

48. Sitzung

am Dienstag, dem 25. Januar 2011

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	2025
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	2025

Fragestunde

- 1. Stahlschienen in der Obernstraße**
Anfrage der Abgeordneten Richter, Dr. Möllenstädt
und Gruppe der FDP vom 17. Dezember 2010 2026
- 2. Winterdienst**
Anfrage der Abgeordneten Richter, Dr. Möllenstädt
und Gruppe der FDP vom 4. Januar 2011 2028
- 3. Brandschutz am Schulgebäude Ritter-Raschen-Straße**
Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert, Dr. Möllenstädt
und Gruppe der FDP vom 4. Januar 2011 2029
- 4. Mensa erst zu klein, dann dicht - knurrende Mägen an der Oberschule
Ronzenstraße**
Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Dr. Güldner
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Januar 2011 2030
- 5. Flexibilisierung der Kinderbetreuung**
Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert, Dr. Möllenstädt
und Gruppe der FDP vom 14. Januar 2011 2033
- 6. Weiterentwicklung des Airbus Standortes Bremen**
Anfrage der Abgeordneten Kastendiek, Focke, Strohmann, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 18. Januar 2011 2034

7. Verkauf des „Haus des Sports“

Anfrage der Abgeordneten Frau Hiller, Pohlmann, Tschöpe

Fraktion der SPD vom 18. Januar 2011 2036

Aktuelle Stunde 2038

Bildung und Betreuung für Kinder und Jugendliche

Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert, Dr. Möllenstädt (FDP)

vom 23. November 2010

(Drucksache 17/665 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 18. Januar 2011

(Drucksache 17/684 S)

Abg. Dr. Buhlert (FDP) 2038

Abg. Frau Garling (SPD) 2040

Abg. Beilken (DIE LINKE) 2041

Abg. Frehe (Bündnis 90/Die Grünen) 2042

Abg. Frau Ahrens (CDU) 2043

Abg. Dr. Buhlert (FDP) 2046

Abg. Beilken (DIE LINKE) 2047

Senatorin Rosenkötter 2048

Abg. Dr. Buhlert (FDP) 2050

Fortschrittsbericht 2010 zur Umsetzung des neuen Leitbilds der Stadtentwicklung

Mitteilung des Senats vom 30. November 2010

(Drucksache 17/670 S) 2051

Geschäftsbericht zur Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2010 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 7. Dezember 2010

(Drucksache 17/675 S) 2051

Identifikation von verunglückten Haustieren

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
 vom 25. Januar 2011
 (Neufassung der Drucksache 17/677 S vom 9. Dezember 2010)
 (Drucksache 17/690 S)

Abg. Frau Speckert (CDU) 2051
 Abg. Frau Peters-Rehwinkel (SPD) 2052
 Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 2052
 Abg. Dr. Buhlert (FDP) 2052
 Abg. Frau Nitz (DIE LINKE) 2052
 Abstimmung 2053

Kooperation zwischen dem Klinikum Bremen-Mitte und dem St. Joseph-Stift

Große Anfrage der Fraktion der CDU
 vom 15. Dezember 2010
 (Drucksache 17/678 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 18. Januar 2011

(Drucksache 17/685 S)

Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU) 2053
 Abg. Brumma (SPD) 2054
 Abg. Beilken (DIE LINKE) 2055
 Abg. Dr. Möllenstädt (FDP) 2056
 Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 2057
 Senatorin Rosenkötter 2058

Halteverbotsschilder im Concordia-Tunnel aufstellen

Antrag der Fraktion der CDU
 vom 16. Dezember 2010
 (Drucksache 17/679 S)

Abg. Strohmann (CDU) 2059
 Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen) 2060
 Abg. Kasper (SPD) 2061
 Abg. Rupp (DIE LINKE) 2062
 Abg. Richter (FDP) 2063
 Abg. Strohmann (CDU) 2065
 Abg. Kasper (SPD) 2065
 Senator Dr. Loske 2066
 Abstimmung 2066

Bericht zur Sanierung des Standesamts Bremen-Mitte - mangelnde politische Steuerung von Immobilien Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
 vom 18. Januar 2011
 (Drucksache 17/682 S)

Dazu

Änderungsantrag der Gruppe der FDP vom 25. Januar 2011

(Drucksache 17/689 S)

Abg. Hinners (CDU)	2067
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	2067
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	2069
Abg. Rupp (DIE LINKE)	2070
Abg. Frau Kummer (SPD)	2071
Abg. Hinners (CDU)	2073
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	2074
Bürgermeisterin Linnert	2075
Abstimmung	2078

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 13 vom 18. Januar 2011

(Drucksache 17/686 S) 2078

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Ehmke, Imhoff, Kau, Frau Krusche, Tschöpe, Frau Marken.

Präsident Weber**Vizepräsidentin Dr. Mathes**
Vizepräsident Ravens**Schriftführerin Ahrens**
Schriftführerin Cakici

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Mützelburg** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Dr. Schulte-Sasse** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und
Soziales)

Staatsrat **Dr. Schuster** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 48. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Auswirkungen des Anwahlverfahrens beim Übergang zur fünften Klasse
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 11. Januar 2011
(Drucksache 17/680 S)
2. Bedarf an zusätzlichen Oberschulen im Stadtgebiet
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 11. Januar 2011
(Drucksache 17/681 S)
3. Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) und der Stadt Durban (Republik Südafrika)
Mitteilung des Senats vom 18. Januar 2011
(Drucksache 17/683 S)
4. Keine City-Maut in Bremen
Antrag der Fraktion der CDU vom 25. Januar 2011
(Drucksache 17/687 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Februar-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Bremische Märkte auch für Initiativen, Vereine, Verbände und demokratische politische Parteien öffnen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 27. Oktober 2010
2. Sanierung des Mahnmals für die Opfer der „Reichspogromnacht“
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 30. November 2010
Dazu
Antwort des Senats vom 25. Januar 2011
(Drucksache 17/688 S)
3. Kostenkalkulation für die Sanierung des Standesamtes in der Hollerallee transparent und nachvollziehbar machen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 22. Dezember 2010
4. Perspektiven der Abfallentsorgung in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 11. Januar 2011

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunkts 3, Erstes Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über

Beiräte und Ortsämter, und zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass der Abgeordnete Woltemath am 9. Dezember 2010 nach dem Ende der Plenarsitzung seinen Austritt aus der FDP-Fraktion erklärt hat. Gemäß Paragraf 7 Absatz 1 der Geschäftsordnung hat die Vereinigung der FDP-Abgeordneten daher ihren Status als Fraktion verloren. Die Abgeordneten der FDP haben sich sodann am 10. Dezember 2010 gemäß Paragraf 7 Absatz 2 der Geschäftsordnung zu einer Gruppe zusammengeschlossen. Zum Vorsitzenden der Gruppe der FDP wurde der Abgeordnete Dr. Möllenstädt gewählt.

Der Abgeordnete Woltemath ist zudem nunmehr auch parteilos und hat am 19. Januar 2011 mit sofortiger Wirkung seinen Austritt aus der städtischen Deputation für Inneres sowie sämtlichen Ausschüssen, in die er von der Stadtbürgerschaft als Mitglied oder stellvertretendes Mitglied gewählt wurde, erklärt.

Zudem haben die Abgeordneten Dr. Buhler, Dr. Möllenstädt und Richter am heutigen Tag ihren Austritt aus sämtlichen Gremien, in die sie von der Stadtbürgerschaft als Mitglied oder stellvertretendes Mitglied gewählt wurden, mit folgenden Ausnahmen erklärt: Der Abgeordnete Dr. Buhler verbleibt in der städtischen Deputation für Bildung, der Abgeordnete Dr. Möllenstädt bleibt Mitglied des Ausschusses Krankenhäuser der Stadtgemeinde Bremen und der Abgeordnete Richter ist weiterhin Mitglied der städtischen Deputation für Bau und Verkehr.

Des Weiteren hat der Deputierte Buchholz mit Wirkung vom heutigen Tag seinen Austritt aus der städtischen Deputation für Kultur und die Deputierte Frau Großer ihren Austritt als Mitglied der städtischen Deputation für Jugend, Soziales, Senioren und Ausländerintegration sowie als stellvertretendes Mitglied aus dem Jugendhilfeausschuss erklärt. Zudem hat der Deputierte Mirbach mit Wirkung vom heutigen Tag seinen Austritt aus der städtischen Deputation für Sport erklärt.

Ich gehe davon aus, dass diesen Erklärungen nicht widersprochen wird.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen sieben frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Stahlschienen in der Obernstraße**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Richter, Dr. Möltenstädt und Gruppe der FDP.

Bitte, Herr Kollege Richter!

Abg. **Richter** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Maßnahmen wurden seit dem letzten Winter unternommen, um die Stahlschienen in der Obernstraße durch rutschsichere Alternativen zu ersetzen, welche Alternativen wurden geprüft und mit welchem Ergebnis?

Zweitens: Ist es, wie der Medienberichtserstattung zu entnehmen war, zu einem Ausflug der Mitarbeiter des Amts für Straßen und Verkehr in den SnowDome in Bispingen gekommen, welchen Grund und Inhalt hatte diese Reise, und welche Kosten sind dadurch erstanden?

Drittens: Entsprechen die verwendeten Stahlschienen den einschlägigen DIN-Normen und den Anforderungen an die Verkehrssicherheit?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die vorhandene Art der Edelstahlschienen in der Obernstraße ist ein Unikat.

Es wurde zunächst geprüft, ob die vorhandenen Schienen beschichtet werden können. Eine Beschichtung wird nach derzeitigem Erkenntnisstand den vielfältigen Anforderungen, beispielsweise Lkw-Verkehr, starke Temperaturunterschiede et cetera, nicht standhalten.

Eine Anraugung der vorhandenen Schienen ist sehr kostenintensiv, beinhaltet den Ein- und Ausbau und den Transport in eine Werkstatt und bie-

tet allein keine zufriedenstellende Gewähr gegen die Rutschgefahr. Eine zusätzliche Schlitzung der vorhandenen Schienen zur Verbesserung der Rutschhemmung bei Schnee und Eis sowie zur besserten Abführung von Nässe kommt wegen der gegebenen Stärke der Schienen, die zehn Millimeter beträgt, nicht in Betracht. Bei einer Verringerung des Querschnitts würden die Schienen nicht mehr den statischen Anforderungen genügen.

Eine Schlitzung ist nur bei einer Schienendicke von 15 Millimetern möglich. Das würde den Ersatz der vorhandenen Schienen erforderlich machen. Seit Dezember werden Probeschienen mit Schlitzern und unterschiedlichen Aufrautechniken, Korund und Edelstahlgranulat, erprobt. Dazu gehört auch der Praxistest unter Schneebedingungen, der witterungsbedingt noch nicht durchgeführt werden konnte und jetzt kurzfristig im SnowDome in Bispingen simuliert werden soll. Eine weitere mögliche Lösung mit aufgeschweißtem Material, die in Oberstdorf in einem ähnlichen Fall seit zwei Jahren realisiert ist, wird zusätzlich geprüft.

Alle sonstigen Hinweise und Schreiben von Fachfirmen, aus anderen Kommunen oder von der Bevölkerung wurden ebenfalls fachlich bewertet. Die eingegangenen Vorschläge haben in der Regel die sich aus dem Lkw-Verkehr ergebenden zusätzlichen Anforderungen nicht berücksichtigt.

Zu Frage 2: Die ersten Abdeckschienen-Prototypen mit sandgestrahlter Anraugung und Schlitzungen wurden in einem Kurztest in Bispingen erprobt, um erste Erkenntnisse zu gewinnen. Zwei Mitarbeiter sind während des Dienstes mit dem Dienst-Pkw zu dem Kurztest gefahren. Kosten vor Ort ergaben sich nicht.

Zu Frage 3: Es gibt keine expliziten technischen Zulassungen beziehungsweise Zulassungsbestimmungen für metallische Materialien in Nebenfächern, auch nicht in Bezug auf Griffigkeit wie bei konventionellen Fahrbahnbelägen. Die als Gestaltungselement und Sonderkonstruktion vorgegebenen Edelstahlrinnenelemente sind nach statischen und hydraulischen Erfordernissen sowie unter optischen Gesichtspunkten vor dem Einbau 2001 geprüft worden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Richter, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Sie sprachen bei der Beantwortung der Frage 1 von einem Unikat, welches im Jahr 2011 realisiert wurde. Trifft es zu, dass das damalige Planungsbüro bereits darauf hingewiesen hat, dass eine entsprechende Rutschge-

fahr bei dieser Lösung gegeben ist, und warum wurde dann trotzdem ein entsprechender Auftrag erteilt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich habe mir das schildern lassen, wie es vor knapp zehn Jahren war, und es gab eine vergleichbare Diskussion, wie sie heute ist. Es gab auf der einen Seite die Dimension der Stadtästhetik, die der Meinung war, dass sich das vortrefflich ins Ortsbild einfügen würde, weil es genau parallel zu den Schienen läuft. Es gab seinerzeit sogar Überlegungen, das mit Licht zu begleiten, sodass dann auf Höhe des Zugs entsprechende Beleuchtung stattgefunden hätte.

(Heiterkeit)

Das hat man allerdings nicht realisiert. Jedenfalls kann man sagen, dass die Aspekte der Stadtästhetik eine wichtige Rolle gespielt haben, aber das natürlich auch - das sagte ich bereits im Teil drei der Antwort - nach statischen und hydraulischen Gesichtspunkten geprüft worden ist.

Die Sicherheitsaspekte wurden auch besprochen, aber offenbar nicht in der notwendigen Intensität. Wir hatten in der letzten Sitzung, Sie waren ja auch dabei, der Baudeputation einen Augenzeugen, einen Zeitzeugen gewissermaßen dabei, nämlich Herrn Focke, der sich auch dazu bekannte, an diesen Entscheidungen beteiligt gewesen zu sein. Gut, das Ergebnis ist so ausgefallen, wie es ausgefallen ist, und es ist ja auch, das muss man ehrlicherweise sagen, lange Jahre gut gegangen. Es sind erst die richtig harten Winter, die uns dieses Problem so richtig bewusst gemacht haben, nämlich vor allen Dingen der letzte und dieser. So stellt sich mir die Sachlage dar.

Präsident Weber: Herr Kollege Richter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Sie sprachen es eben an, die letzten beiden Winter, 2009 auf 2010 und dieser, waren entsprechend stärker als in den Vorjahren, aber trotzdem hat es natürlich auch in den Vorjahren geschneit und auch stark geregnet. Gab es vorher tatsächlich keine Unfallmeldungen? Mir ist eigentlich bekannt, dass immer wieder in den Medien etwas stand, und warum hat man dann letztendlich erst ab dem letzten starken Winter angefangen zu überlegen, wie man es besser machen kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich kann nur für die Zeit berichten, in der ich selbst im Amt bin, nämlich ab

Juni 2007. Da gab es keine größeren Debatten über dieses Thema, erst im Winter 2009/2010.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Sind Ihnen Unfallhäufigkeitszahlen bekannt, und wurde die Stadt schon in Regress genommen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Es gibt einen Prozess, der zurzeit anhängig ist und im März entschieden wird. Das hatten wir in der Deputation berichtet, und das gilt es abzuwarten.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): In der Deputation wurde dann mit Mehrheit ein Vorratsbeschluss gefasst, 450 000 Euro für die Schienen mit dem gleichzeitigen Hinweis, dass nicht auszuschließen ist, dass dann alle drei bis vier Jahre weitere 300 000 Euro für die Nachbereitung erforderlich sind. Sie sprachen vorhin in Ihrer Antwort auch von dem Versuch in Oberstdorf, zwei Jahre Prüfphase. Ist es richtig, wenn man daraus eigentlich schließen kann, vor dem Frühsommer wird es sowieso nicht dazu kommen, dass man einen Austausch vornehmen kann, und stimmen Sie da nicht mit mir überein, dass dann der Vorratsbeschluss eigentlich zu früh erfolgt ist? Eigentlich müssten die Deputierten über sämtliche Alternativen entsprechend informiert sein und insbesondere vielleicht auch über die Gesamtlösung, und da, wenn ich richtig sehe, stimmen Sie mit mir überein, gibt es keine konkrete Kostenschätzung für eine komplette Alternativlösung.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Grundsätzlich muss man, glaube ich, sagen, dass wir uns in einem Spannungsfeld bewegen. Auf der einen Seite müssen wir. Dafür Sorge tragen, dass es bessere Lösungen gibt als die, die jetzt da ist, und danach suchen wir, daran arbeiten wir. Auf der anderen Seite dürfen wir natürlich auch kein Geld versenken, und es sind im Zweifelsfall dann die gleichen Leute, die einem vorwerfen, du machst nichts, das ist ganz furchtbar, und wenn man da etwas machen würde, wären es die Leute, die sagen, du versenkst Geld. Deswegen ist es ein schmaler Grat, auf dem man dort wandert.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Schmale Schienen!)

Deswegen haben wir in der Deputation verabredet, dass die jetzige Variante, die man ja auch ansehen kann, wo man auch darüber gehen kann, bis zu 450 000 Euro mit den entsprechenden Folgekosten alle drei bis vier Jahre kosten würde, und wir haben uns auf Reserve einen Vorratsbeschluss geholt. Gleichzeitig haben wir aber darauf hingewiesen, dass weitere Alternativen untersucht werden. Wir haben verabredet, dass der Vergabeausschuss dann aber gewissermaßen als Teil der Deputation, bevor wir überhaupt die Ausschreibungen machen, noch einmal mit den technischen Details befasst wird, sodass da nichts passiert, was nicht mindestens sehr intensiv auch mit den zuständigen Deputierten diskutiert wird.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Richter [FDP]: Keine weitere Zusatzfrage! Schmalere Grat, aber trotzdem sind die Schienen zu breit!)

Herr Senator, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Winterdienst**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Richter, Dr. Möllenstädt und Gruppe der FDP.

Bitte, Herr Kollege Richter!

Abg. **Richter** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann wurde zuletzt festgelegt, welche Straßen und Radwege in Bremen von wem geräumt und gestreut werden, sieht der Senat die Notwendigkeit, die Kriterien für die Auswahl von Straßen und Radwegen, die geräumt und gestreut werden, neu festzulegen und wann ist mit einer Neufestlegung der Straßen und Wege zu rechnen, die geräumt und gestreut werden?

Zweitens: Wie beurteilt der Senat die Tatsache, dass einzelne Straßen in Tempo-30-Zonen nicht geräumt und gestreut werden, während die Radwege in diesen Straßen sehr wohl geräumt und gestreut werden?

Drittens: Wie beurteilt der Senat sporadische Räumaktionen in Wohnstraßen, die dazu führen, dass, statt einer festgefahrenen Schneedecke, mit Schnee zugeschobene Einfahrten die Nutzung der Straße für die Anwohner erschweren?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Den rechtlichen Rahmen für die Festlegung, welche Straßen beziehungsweise Straßenteile in welcher Priorität geräumt beziehungsweise gestreut werden, bilden das Bremische Landesstraßengesetz sowie die gängige Rechtsprechung.

In Paragraph 39 des Bremischen Landesstraßengesetzes heißt es dazu: „Art und Umfang der Reinigung richten sich nach den Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. In diesem Rahmen gehören zur Reinigung auch das Abstumpfen von Eis- und Schneeglätte auf Fußgängerüberwegen, Straßeneinmündungen und gefährlichen Fahrbahnstrecken, soweit ein nicht unbedeutender Verkehr stattfindet.“

Zurzeit wird auf Grundlage dieser Prioritäten, Gefährlichkeit und Verkehrsbedeutung, die Neufestlegung der Auswahlkriterien als nicht notwendig erachtet. Mehrkosten sollten zudem vermieden werden.

Grundsätzlich werden nur Fahrbahnen der ersten Dringlichkeit mit Salz gestreut. Diese Straßen sind im Winterstreudienstkatalog aufgeführt, der jährlich vom Amt für Straßen und Verkehr aktualisiert wird. Nebenstraßen werden im Allgemeinen nur auf Anforderung und nach Prüfung gestreut beziehungsweise geräumt, soweit es der Betrieb zulässt. Radwege werden grundsätzlich in zweiter Dringlichkeit gestreut, soweit es der Betrieb zulässt.

Die Durchführung des Winterdienstes auf öffentlichen Fahrbahnen und Radwegen obliegt in Bremen der Entsorgung Nord GmbH, ENO, südlich der Lesum, dem Amt für Straßen und Verkehr, in städtischen Außenbereichen der Stadtteile Huchting, Arsten, Habenhausen, Mahndorf und Oberneuland, dem Umweltbetrieb Bremen, nördlich der Lesum, bremenports und der Überseestadt GmbH in den Hafengebieten.

Zu Frage 2: Straßen mit Tempo-30-Zonen sind Nebenstraßen und werden nur auf Anforderung und nach Prüfung gestreut beziehungsweise geräumt, soweit es der Betrieb zulässt. Da Radwege grundsätzlich in zweiter Priorität geräumt werden, kann sich die Situation ergeben, dass Radwege im Gegensatz zu Fahrbahnen geräumt sind.

In den Fällen, wo es keine abgesetzten Gehwege gibt, obliegt den Anliegern das Räumen von 1,50 Meter der Fahrbahn.

Zu Frage 3: In den Nebenstraßen wird lediglich auf gezielte Anforderung von Bürgerinnen und Bürgern, Polizei oder Feuerwehr geprüft und, soweit es der Betrieb zulässt, gestreut beziehungsweise geräumt. Es lässt sich dabei technisch leider nicht vermeiden, dass die Räumfahrzeuge auch bereits frei geräumte Einfahrten mit Schneemengen belegen. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich um eine Haupt- oder Nebenstraße handelt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Richter, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Die letzte Antwort befriedigt uns nicht ganz, aber die Zusatzfrage geht in eine andere Richtung. Es soll in diesem Winter ja wieder schneien. Ist denn in diesem Jahr ausreichend Streugut vorhanden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich habe mich - wir haben ja in den letzten Jahren spezifische Erfahrungen gemacht - jetzt immer unterrichten lassen. Ich habe alle kommen lassen, die ich hier aufgezählt habe, und ich fand, dass es dieses Jahr auch im Vergleich mit anderen Städten bis jetzt sehr gut funktioniert hat. In den ersten Wochen ging das Salz natürlich in rasender Geschwindigkeit weg, weshalb wir froh darüber sind, dass es jetzt ein bisschen milder geworden ist. Wir sind für weitere Schneefälle gut gerüstet, so habe ich es mir sagen und erläutern lassen. Wir hoffen aber durchaus, dass sie nicht allzu stark ausfallen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, sind Sie bereit, auch Fuß- und Radwege aufzunehmen, die notwendig sind, um die Haltestellen dann zu erreichen? An der Haltestelle Rosenpfad ist es beispielsweise erforderlich. Dort ist vor den Häusern überall gestreut, aber der öffentliche Bereich ist nicht geräumt.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Zuständig für die Räumung von Straßenbahnhaltstellen und Bushaltstellen ist die BSAG.

(Abg. Frehe [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, die Straßenbahnhaltstelle ist geräumt. Der Weg zur Haltestelle ist das Problem!)

Da gilt grundsätzlich, dass wir als Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt vor unserem Haus zu kehren haben, und wenn es dort so sein sollte, dass es eine öffentliche Fläche ist, dann ist es von

den Institutionen und Unternehmen zu räumen, die ich gerade vorgetragen habe.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe den dritten Teil Ihrer Antwort so verstanden, dass es möglich ist, auch auf Anforderung dort das Räumen zu ermöglichen. Wären das solche Beispiele?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Eine Lehre, die wir aus dem letzten Winter gezogen haben, war ja, dass wir eine Hotline eingerichtet haben. Die Hotline, das wurde mir von der ENO noch einmal versichert, wird auch regelmäßig genutzt. Das wäre dann sicherlich ein Weg, um sich daran zu wenden, das würde ich dann auch empfehlen. Darauf sind sie auch vorbereitet.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Brandschutz am Schulgebäude Ritter-Raschen-Straße**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. Buhlert, Dr. Möltenstädt und Gruppe der FDP.

Bitte, Herr Kollege Dr. Buhlert!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um den nötigen Brandschutz für die oberen Etagen in dem genannten Gebäude zu erreichen?

Zweitens: Welche Gründe waren ausschlaggebend für die Entscheidung, provisorische Fluchtwege zu installieren?

Drittens: Welche Wirtschaftlichkeitsüberlegungen lagen den Entscheidungen zugrunde und welche langfristige Lösung für die Nutzung der Räume in den oberen Etagen ist angedacht?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der bislang fehlende zweite Rettungsweg wurde über zwei provisorische Gerüsttreppenhäuser hergestellt. Im Brandfall ist somit

ein sicheres Verlassen des Schulgebäudes gewährleistet. Die provisorischen Gerüsttreppenhäuser sind über entsprechend hergerichtete Türen beziehungsweise Fenster zu erreichen.

Zu Frage 2: Die Brandschutzmängel wurden im Zuge der regelmäßigen Begehungen durch Immobilien Bremen festgestellt. Die Begehungen finden in enger Abstimmung mit der Bauordnungsbehörde und der Feuerwehr statt. In diesem Fall war es zur weiteren Nutzung der oberen Etagen des Gebäudes nach eingehender Prüfung notwendig, bis zur Herstellung einer endgültigen Stahlaußentreppe eine provisorische Fluchttreppe zu errichten.

Zu Frage 3: Die Auflage der Bauordnungsbehörde, bei weiterer Nutzung der betroffenen Räume unverzüglich einen zweiten Rettungsweg herzustellen, war bindend. Alternativ hätte die Auslagerung der dort vorhandenen Fachklassen in andere Räume stattfinden müssen. Diese Alternative wurde nach eingehender Prüfung durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft und Immobilien Bremen verworfen. Als dauerhafte Lösung ist die Herstellung von zwei außen liegenden Stahltreppehaustürmen geplant. Diese Lösung befindet sich in der Umsetzung. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Dr. Buhlert, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Welche Kosten sind für das Anmieten, vermute ich einmal, der Gerüsttreppenhäuser bisher angefallen? Sie haben die Kostenschätzung für die Stahltreppen, die dort endgültig errichtet werden sollen, erwähnt.

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Ja, das haben wir! Für die provisorischen Lösungen, die wir ja machen mussten, damit die Schulräume oben weiter genutzt werden können, wird mutmaßlich ein Betrag von 38 000 Euro anfallen. Die Kostenschätzung für die Stahltreppehaustürme, die jetzt gebaut werden, liegt bei 85 000 Euro.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Ich gehe davon aus, dass die 38 000 Euro Gesamtkosten für die Miete und nicht jährliche Miete sind.

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Ja, davon gehe ich auch aus!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage trägt den Titel „**Mensa erst zu klein, dann dicht - knurrende Mägen an der Oberschule Ronzelenstraße**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Stahmann, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die hohe Anzahl von täglich bis zu 600 ausgegebenen Essen an der Oberschule Ronzelenstraße auch im Vergleich mit anderen Schulen in Bremen?

Zweitens: Warum stockt der Umbau der Mensa, und bis wann soll das Provisorium beendet sein?

Drittens: Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um die Essensversorgung an der Ganztagschule mit Sportprofil zügig sicherzustellen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Nach Auffassung der Schulleitung und der Elternvertretung der Oberschule an der Ronzelenstraße sollen alle Schülerinnen und Schüler, die am Ganztagsbetrieb teilnehmen, auch verpflichtend am Mittagessen teilnehmen. Da außerdem die Jahrgänge 7 bis 9 die Schule noch sechszügig durchlaufen und auch die Schülerinnen und Schüler in den Sportkaderklassen dieses Angebot verstärkt wahrnehmen, werden zurzeit täglich circa 600 Essen ausgegeben. Diese Anzahl liegt deutlich über der geplanten Kapazität der Mensa und übersteigt die Anforderungen anderer Ganztagsoberschulen in vergleichbarer Größe erheblich.

Der Senat misst der Mittagessenversorgung an Schulen eine hohe Bedeutung bei. Eine Ausweitung der vorhandenen Kapazitäten an der Ronzelenstraße kann jedoch nur im Rahmen der verfügbaren räumlichen und finanziellen Ressourcen erfolgen.

Zu Frage 2 und 3: Eine mit der Schule, dem Elternbeirat und dem Schulverein abgestimmte Um- und Erweiterungsplanung liegt vor. Danach wür-

den Kosten in Höhe von 617 000 Euro entstehen, für die eine Finanzierung im Haushalt 2011 nicht dargestellt werden kann. Es ist daher beabsichtigt, die vorliegende Planung zu überarbeiten und eine Erweiterung der Mensa und Küche im Rahmen der vorhandenen Mittel in die Haushalte 2012 folgende einzuplanen. Bis dahin steht den Schülerinnen und Schülern eine zusätzliche Essensversorgung in Containerbauten zur Verfügung, die 2010 als Ergänzung zur bestehenden Küche und Mensa aufgestellt wurden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Der Elternverein berichtete, dass es im Beirat am 31. Mai 2010 eine Zusage gegeben hätte, dass der Mensaumbau zum Schuljahr 2011/2012 ganz zügig realisiert wird und abgeschlossen werden kann. Dann berichtete der Elternbeirat ferner, dass es am 25. November 2010 zu einer Absage gekommen ist. Was waren die Gründe dafür? Wie ist das zu erklären?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Zunächst würde ich sagen, dass am 31. Mai 2010 keine Zusage erfolgt ist. Eine Absage ist unter Umständen erfolgt, weil das, was dort passiert ist, als eine Zusage aufgefasst worden ist. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren dort, es gibt auch ein Protokoll dieser Sitzung vom 31. Mai 2010, das übrigens im Normalfall nicht mit uns abgestimmt wird und auch hier nicht abgestimmt worden ist. Dort ist keine Zusage zu erkennen. Meine Mitarbeiter verhalten sich wie immer, wenn solche Anforderungen entstehen. Sie sagen, selbstverständlich, es kann eine Machbarkeitsstudie entstehen, wenn die Anforderung auch seitens des Beirats und der Schule besteht, aber es ist selbstverständlich, dass die Deputation über solche Baufragen und Baukosten entscheidet. Das wissen Sie, und das halten wir eigentlich immer so, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben auch noch einmal versichert, dass es keine Zusage gegeben hat.

Es mag sein, dass Eltern es anders auffassen, wenn ein solcher Container aufgestellt wird, dass man dann auch hofft oder erwartet, dass auch etwas mehr passiert. Ich habe aber dargestellt, es gibt im Ganztagsprogramm keine Mittel für vorhandene Mensen, um diese zu erweitern, und es gibt auch kein anderes Programm außer dem Sanierungsprogramm bei der Finanzsenatorin, das natürlich zur Verfügung steht, soweit Mittel frei sind.

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Welche Möglichkeiten gäbe es denn noch aus Ihrer Sicht, das Verfahren eventuell zu beschleunigen? 2012 ist noch ein bisschen in der Ferne, und im Augenblick ist es so, dass das Küchenpersonal hin- und herlaufen muss, das Geschirr abtransportiert werden muss und für den Container ja auch Zusatzkosten entstehen. Gibt es da Möglichkeiten, den Umbau zu beschleunigen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Erstens ist keine Entscheidung gefallen, dass es 2012 überhaupt stattfindet, weil wir auch noch andere Bauvorhaben haben, Sie wissen das, die ausfinanziert werden müssen, die dann die Mittel unter Umständen belegen können. Deshalb haben wir in der Antwort 2012 folgende gesagt, es gibt Möglichkeiten, innerhalb der Schule im Bestand Veränderungen vorzunehmen. Das habe ich in der Deputation auch erklärt, und das werde ich mir in nächster Zeit anschauen, weil ich durchaus der Meinung bin, dass man die Räumlichkeiten, die vorhanden sind, in der Schule auch nutzen kann. Ich muss aber auch sagen, dass eine Küchenveränderung, eine Erweiterung und Veränderung in der Spülküche, die dort gewünscht ist, 617 000 Euro kostet. Dafür stehe ich nicht. Damit baut man normalerweise mindestens ein bis zwei Einfamilienhäuser. Daher denke ich, dass das nicht akzeptabel ist und man darüber reden muss, welche Anforderungen denn hier seitens der Eltern auch unter Umständen heruntergefahren werden müssen, um zu einer vernünftigen Summe zu kommen.

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe Sie jetzt so verstanden, dass Sie einen Vor-Ort-Termin machen werden, um sich noch einmal ein genaues Bild von der Lage zu machen und auch ausloten werden, was machbar und finanzierbar ist. Das finde ich gut. Daran anschließen möchte ich meine Frage, da der Senat gesagt hat, man müsse über eine Kapazitätsbegrenzung nachdenken: Es ist doch eigentlich gut, wenn wir öffentliche Investitionen machen wie an den Mensen, dass sie so gut genutzt werden wie an der Ronzellenstraße. Wie beurteilen Sie das?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Selbstverständlich ist es gut, wenn alle Kinder, die es wollen, ein warmes Mittagessen bekommen. Wir haben aber Mensen bisher nicht so ausgelegt, dass alle Kinder von Klasse 5 verpflichtend bis Klasse 10 oder darüber hinaus in der Oberstufe essen. So ist bisher keine einzige Mensa in Bremen ausgelegt worden, das ist also neu. Daher muss man darüber nachdenken, ob das der künftige Standard für Mensabauten ist. Wenn er das nach unserer gemeinsamen Auffassung sein soll, werden wir in der nächsten Legislaturperiode nur noch die Hälfte an Mensen bauen können, die wir jetzt bauen. Das muss man abwägen.

(Beifall bei der SPD - Abg. Beilken [DIE LINKE]:
Mehr Geld einsetzen!)

Mehr Geld einsetzen, ist immer gut gesagt, aber schwer getan!

Wir haben noch einen Nachholbedarf an Mensen in anderen Schulen. Insofern ist ja die Frage: Setzt man hier die Priorität auf Erweiterung? Ich meine schon, dass - ich kenne die Schule, es ist ja nicht das erste Mal, dass ich sie mir bei dem Termin anschauen werde - man im Bestand auch diskutieren muss, ob beispielsweise große Versammlungsräume wie eine Aula oder große Räume anderer Art, die im Augenblick für den Freizeitbereich da sind, nicht umgewidmet werden können. All dies werde ich mit der Schule diskutieren, weil ich meine, dass es auch durchaus Schulen gibt, die Mehrzweckräume entwickeln und nicht noch zusätzlichen Raumbedarf reklamieren. Das eigentlich Teure ist aber die Küche, und über die Küche, muss man reden. Wenn man eine Küche einmal umdreht und alles, was man da braucht - Fettabscheider, Wasserzufuhr, Luftabsauger -, verändert, dann wird es teuer.

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein, ich bedanke mich für die Antwort und hoffe, dass die Kolleginnen und Kollegen alle gut zugehört haben. - Danke schön!)

Zusatzfrage? - Bitte sehr, Herr Beilken!

Abg. **Beilken** (DIE LINKE): Frau Senatorin, Sie haben gesagt, der Umbau und Ausbau würde im Rahmen der vorhandenen Mittel 2011/2012 erfolgen. Ich frage Sie: Wie und bis wann wissen Sie die Höhe der mindestens notwendigen Mittel dafür, und teilen Sie sie uns dann mit?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Zunächst, glaube ich, haben Sie sich verhört! Wir haben nicht 2011 gesagt, in diesem Jahr sind wir, und da sind alle Mittel vergeben beziehungsweise es sind bereits Verpflichtungsermächtigungen auf das nächste Jahr gegeben. Das heißt, wir haben Bauvorhaben, die auch auszufinanzieren sind im Jahr 2012. Daher ist die Frage ab 2012 folgende, wenn wir nicht das diskutieren, was ich soeben gesagt habe, dass man unter Umständen auch die Anforderungen niedriger stellt: Wann können wir das Ganze einstellen?

Wenn Sie fragen, was das Mindeste ist, dann ist die Frage, was das Mindeste für eine Mensa und eine Schule ist. Ich kenne bisher keine Schule, die so klar festgelegt hat, wir wollen, dass alle Kinder essen. Das ergibt dann eine solch hohe Zahl, insbesondere weil diese Schule noch hohe Jahrgänge hat. Sie wird aber später weniger haben. Wir haben vorgesehen, dass sie nicht mehr über die gesamte Zeit sechszügig geht. Das heißt, dies muss man auch mit bedenken, wenn dann die Schule wieder kleiner wird und wir eine große Mensa gebaut haben. Daher ist es schwierig zu entscheiden, was das Minimum oder das Mindeste ist. Deswegen will ich selbst noch einmal die Frage stellen, ob eine Küche, die umgebaut wird, wirklich über 600 000 Euro kosten muss. Ich finde, das ist eine stolze Summe.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Herr Beilken, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Beilken** (DIE LINKE): Frau Senatorin, Sie sagen, es ist schwierig zu entscheiden, was das Mindeste ist. Meine Frage ist, wann möchten Sie das entscheiden, was Sie für das Mindestnotwendige halten?

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Das Entscheidende ist doch die Versorgung!)

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Wir entscheiden das in nächster Zeit, sehr zügig. Ich glaube, nächste Woche ist der Termin, und dann können wir der Deputation wieder berichten, was an Möglichkeiten im Bestand entsteht. Was nicht gehen wird, ist ein solcher Umbau, wie er jetzt geplant ist, der dieses Geld erfordert. Ich hoffe, wir kommen noch zu schlichteren Lösungen, sodass vielleicht auch zügiger etwas dargestellt werden kann, aber, wie gesagt, wir haben in diesem Jahr in den Maßnahmen auch eine Kürzung hinnehmen müssen, daher ist keine Luft mehr im Jahr 2011.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Schmidtke! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Frau Senatorin, sollten Sie jetzt bei der Begehung die Überzeugung gewinnen, dass die Schule Ronzelenstraße die ausgebaut Mensa entsprechend ihren Wünschen haben möchte, würde das für andere Schulen im Ganztagsbetrieb, die noch keine Mensa haben, bedeuten, dass sie weiter, also länger auf ihren Mensabau warten müssen, oder würde das mit der schon vorhandenen Liste in Einklang gebracht werden können?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Wir können diese Erweiterung nicht aus dem Ganztagsprogramm nehmen. Das Ganztagsprogramm ist quasi ausfinanziert, beziehungsweise wir haben die zwölf Schulen festgelegt, die wir machen wollen. Noch nicht alles ist auf den Weg gebracht, das ist beim Bauen so, aber im Prinzip können wir davon nichts in Anspruch nehmen. Das heißt, wir können in diesem Fall nur die Mittel für schulstrukturelle Maßnahmen oder für nutzerspezifische Maßnahmen in Anspruch nehmen. Die sind im Jahr 2011, wie gesagt, um 500 000 Euro gekürzt und dann auch noch durch Maßnahmen belegt. Die Sanierungsmaßnahmen kommen dafür, glaube ich, nicht infrage. Das wäre jedenfalls etwas völlig Neues. Aus dem Sanierungsprogramm machen wir die großen Bauvorhaben, wenn Sanierungstatbestände gegeben sind. Eine solche Küche, eine Küchenerweiterung kann man aber schlecht als Sanierungstatbestand definieren. Daher wird das erst in den nächsten Jahren möglich sein.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Flexibilisierung der Kinderbetreuung**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Buhlert, Dr. Möllenstädt und Gruppe der FDP.

Bitte, Herr Kollege Dr. Buhlert!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat das Verfahren von KiTa Bremen zur Ermittlung des Flexibilisierungsbedarfes der Eltern, insbesondere die Tatsache, dass die Erhebung nicht anonymisiert geschieht, der Fragebogen mit dem Wort „Antrag“ überschrieben ist und gleichzeitig mit dem eigentlichen Aufnahmeantrag auszufüllen ist?

Zweitens: Warum wird zur Erhebung des Flexibilisierungsbedarfes ein derart intransparentes und kompliziertes Verfahren statt einer anonymen, formlosen Umfrage gewählt?

Drittens: Werden die im „Antrag“ zur Abfrage des Bedarfes gemachten Beispiele und Auswahlkriterien bezüglich Umfang und Art der Flexibilisierung von der Senatorin als ausreichend und erschöpfend bewertet?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: KiTa Bremen will seine Betreuungszeiten für Kinder in den nächsten Jahren schrittweise flexibler gestalten. In einem ersten Schritt wurden alle Eltern in ausgewählten Einrichtungen nach ihren Wünschen gefragt. Bei dieser Abfrage handelt es sich nicht um eine allgemeine Erhebung von Nachfragewünschen, sondern um eine konkrete Abfrage von Optionen von Betreuungszeiten an bestimmten Tagen, die auch nur in dieser spezifischen Einrichtung realisiert werden sollen.

Zu Frage 2: Eine anonyme, formlose Umfrage ist in diesem Fall der konkreten Umsetzungsprüfung unterschiedlicher Betreuungszeitmodelle nicht zielführend.

Zu Frage 3: Da mit dem von KiTa Bremen eingeleiteten Verfahren keine umfassende Bedarfsabfrage beabsichtigt war, ist das für den genannten Zweck eingeleitete Verfahren ausreichend. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Dr. Buhlert, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Nein, meine Meinungsäußerung kann ich gleich in der weiteren Debatte äußern!)

Zu einer Zusatzfrage die Abgeordnete Frau Garling!

Abg. Frau **Garling** (SPD): Frau Senatorin, wie bewerten Sie denn grundsätzlich das Ansinnen von Trägern, sich jetzt auf den Weg zu machen, um über flexiblere Betreuungszeiten nachzudenken und Eltern dort entsprechend abzufragen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Frau Senatorin Rosenkötter: Ich begrüße, dass sich die Träger hier auf den Weg gemacht haben und insbesondere KiTa Bremen sich hier auf den Weg gemacht hat. Soweit mir bekannt, ist an der einen oder anderen Stelle auch bei anderen Trägern durchaus schon einmal in Einzelfällen so etwas ansatzweise probiert worden, also es ist zu begrüßen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Weiterentwicklung des Airbus Standortes Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Kastendiek, Focke, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Kastendiek!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Bis wann ist mit der Durchführung des im Zusammenhang mit dem Ringschluss der Stadtautobahn A 281 von Airbus begehrten Flächentauschs gemäß dem von Airbus am 29. Oktober 2010 vorgelegten Generalbebauungsplan zur Betriebserweiterung in Bremen zu rechnen?

Zweitens: Ist die Trassenführung der A 281 im Bereich des Werksgeländes von Airbus Bremen aus Sicht des Senats durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 24. November 2010 strittig?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Fragen werden aufgrund ihres sachlichen Zusammenhangs zusammen beantwortet. Im Zusammenhang mit den Planungen für die A 281 hat Airbus Überlegungen zur Weiterentwicklung des Standortes Bremen angestellt, um betriebsinterne Abläufe zu optimieren und Entwicklungspotenziale für die Zukunft sicherzustellen. Dazu gehören umfangreiche Investitionen, unter anderem für ein neues Materialforschungszentrum, die sowohl auf dem jetzigen Werksgelände als auch auf den im Flächentausch neu zu erwerbenden Grundstücken kurzfristig getätigt werden sollen. Diese Maßnahmen tragen zur Sicherung der Arbeitsplätze in Bremen bei.

Die Verhandlungen mit Airbus und den Eigentümern für den Flächentausch sind abgeschlossen.

Im Vertrauen auf die bisherigen Gremienbeschlüsse hat Airbus seinen Generalbebauungsplan vorgelegt. Vor diesem Hintergrund sollen die genannten Grundstücksgeschäfte nach der erforderlichen Gremienbefassung erfolgen. Damit soll Planungssicherheit für die Betroffenen geschaffen und der Weg für die den Standort Bremen sichernden Maßnahmen von Airbus frei gemacht werden.

Der Senat hat aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zum Bauabschnitt 2/2 der A 281 ein Moderationsverfahren eingerichtet, in dessen Rahmen bis Ende April ein Vorschlag zur Führung des Bauabschnittes 2/2 erarbeitet werden soll. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Kastendiek, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Senator, Ihren Ausführungen habe ich nicht entnehmen können, wie Sie nun die zweite Frage beantworten, nämlich ob die Trassenführung strittig ist oder nicht. Das als erste Nachfrage! Die zweite Nachfrage: Kann ich Ihre Antwort so interpretieren, dass Sie das Moderationsverfahren abwarten, bevor der Flächentausch dann vollzogen werden kann beziehungsweise die Gremien damit befasst werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Zur ersten Frage kann ich sagen, dass Airbus auch am runden Tisch beteiligt ist. Sie sind mit der Handelskammer dort und werden ihre Interessen dort einbringen. Zum zweiten Teil kann ich sagen, dass wir die beiden Dinge natürlich in einem zeitlichen Zusammenhang sehen, aber die vertraglichen Vereinbarungen sind so weit gediehen, dass sie im Prinzip spruchreif sind und im Zusammenhang mit dem Abschluss der Arbeiten des runden Tisches dann auch vollzogen werden können, und, wie gesagt, Airbus ist am runden Tisch selbst vertreten. Insofern können Sie sicher sein, dass deren Interessen in angemessener Weise berücksichtigt werden.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Senator, ich habe keinen Zweifel daran, dass die Interessen von Airbus vertreten werden - daran haben wir alle ein Interesse, weil es ein wichtiges Unternehmen hier am Standort Bremen ist -, dass sie ausreichend berücksichtigt werden. Trotzdem glaube ich, dass es angemessen ist, eine Frage zu beantworten und nicht auf die Interessen Dritter hinzuweisen. Meine Frage war, und ich wiederhole sie, ob die

Trassenführung strittig war oder ob die Trassenführung strittig ist, ja oder nein.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Dass die Trassenführung strittig ist, sollten Sie mitbekommen haben, das ist ja Gegenstand des runden Tisches. Deswegen wird dort eine Lösung gefunden werden - da bin ich eigentlich zuversichtlich -, die dann möglichst breit getragen wird, und da wir anders als beim letzten Mal auch die Wirtschaft, die Handelskammer, das GVZ und auch Einzelunternehmen - wie in diesem Fall Airbus - dabei haben, gehe ich davon aus, dass alle dazu in der Lage sind, ihre Interessen einzubringen. Im Übrigen gilt, dass das, was wir gegenüber Airbus zugesagt haben, auch eingehalten wird.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Vielleicht wäre es hilfreich, wenn die Frage dann auch richtig durchgelesen wird! Wir haben nicht nach der Trassenführung gefragt, die durch das Urteil originär strittig ist, sondern im Bereich des Werksgeländes von Airbus. Darauf bezieht sich die Frage, denn nach meinem Kenntnisstand ist diese Trassenführung nicht strittig. Deswegen jetzt meine Nachfrage: Gibt es Erkenntnisse von Ihrer Seite, dass diese Trassenführung im Bereich des Werksgeländes von Airbus strittig ist, so wie die Frage gestellt ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Sie meinen wahrscheinlich die Rampe, anders kann ich mir das nicht erklären, die Rampe, um die es geht, die den Bauabschnitt 2/1 abschließt. Da ist es so, dass, wenn Sie sich den runden Tisch und die Agenda des runden Tisches genau anschauen, im Prinzip zwei Dinge im Raum stehen, entweder die Variante 2/2 mit Modifikationen zu realisieren, also Weglassen der Spange und Tieferlegen des Knotens versus Überführung des Bauabschnittes 2/1 mittels einer Rampe, wo genau dann auch immer, auf die Neuenlander Straße oder Setzen auf die langfristige Variante, 2/2 und 5 zusammenzuplanen in Richtung Brinkum. Das sind die beiden Dinge, die dort im Moment besprochen werden.

Ich kann es aber nur noch einmal sagen, alles, was mit Airbus, aber auch mit den Firmen Metro und Hornbach besprochen worden ist, hat natürlich auf der Grundlage der bisherigen Planungen stattgefunden, und das, was präjudiziert ist, kann man nicht mehr zurückdrehen, auch nicht bei dem Werksgelände von Airbus, und dazu stehen wir und entsprechend werden die Verträge dann ab-

geschlossen, die können sich zu 100 Prozent auf uns verlassen.

Präsident Weber: Herr Senator, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Pohlmann!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Ich bedanke mich noch einmal für die klare Aussage zum Wirtschaftsstandort Airbus. Hier ist auch vom Fragesteller darauf abgehoben worden, ob durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts jetzt die Trassenführung strittig ist. Herr Senator, allgemein ist ja bekannt, dass noch gar kein Gerichtsurteil schriftlich vorliegt. Das ist doch der Fall. Wann rechnen Sie damit?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Sie haben es schon einmal korrigiert. Eigentlich hieß es, es kommt bis zum 20. Januar 2011, jetzt heißt es, am 2. Februar soll es vorgelegt werden. Das kann ich hier mitteilen, weil es ein offizieller Vorgang ist. Wollen wir einmal hoffen, dass es dann kommt! Ich werde es dann, nachdem wir das ausgewertet haben, dem runden Tisch selbst präsentieren und daraus gemeinsam mit dem runden Tisch Handlungsoptionen ableiten. Das ist mein Vorsatz, den ich heute mit Herrn Dr. Hoppensack, dem Moderator, besprochen habe.

Präsident Weber: Herr Kollege Pohlmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Senator, habe ich Sie richtig verstanden, dass dann mit der schriftlichen Begründung des Urteils auch die fachliche Ebene gegeben ist, dass man dann solche Fragen, wie sie vom Fragesteller hier gestellt worden sind, umfassend beantworten kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ja!

Präsident Weber: Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Dr. Schrörs!

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Herr Senator, Sie haben eben von einer Gremienbefassung gesprochen. Sie wissen wahrscheinlich, dass es eine Vorlage in der Wirtschaftsdeputation gegeben hat und auch eine Vorlage im Haushaltsausschuss. Diese Vorlagen sind zurückgezogen worden mit der Begründung, die der Abgeordnete Kastendiek genannt hat. Uns treibt die Sorge um, dass diese Beschlüsse doch letztendlich nicht so gefasst werden sollen, wie sie in der Vorlage stehen. Die Vorlage beschränkt sich, jedenfalls meines Wissens, ausschließlich mit einem Gelände innerhalb

der Fläche von Airbus. Insofern die Frage: Warum wird eigentlich diese Vorlage in den Gremien jetzt nicht aufgerufen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Für die Vorlagen im Wirtschaftsausschuss und im Haushalts- und Finanzausschuss bin ich nicht verantwortlich, aber für den Senat - was ich eben gesagt habe, wir haben es heute Morgen auch noch einmal im Senat besprochen - kann ich das sagen, was ich gerade gesagt habe: Das, was wir mit Airbus verabredet haben, gilt, und wir sind in engen Gesprächen mit ihnen. Mehr kann ich an dieser Stelle nicht sagen. Über die Befassung von Vorlagen in der Wirtschaftsdeputation kann ich nichts sagen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Dann kann ich davon ausgehen, dass sowohl in der Wirtschaftsdeputation als auch im Haushalts- und Finanzausschuss, sprich Grundstücksausschuss, in der nächsten Sitzung diese Vorlagen dann auf der Tagesordnung stehen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das weiß ich nicht, die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Liess** (SPD): Herr Senator, ich möchte, weil der Fragesteller ja suggeriert, dass es hier um die Existenz des Standortes von Airbus gehen würde, jetzt explizit noch einmal die Frage stellen: Sehen Sie durch die aktuelle Entwicklung den Standort und die Weiterentwicklung von Airbus an diesem Standort als gefährdet an?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ganz klar nein! Im Gegenteil, wir arbeiten eng mit ihnen zusammen, um ihnen Entwicklungsmöglichkeiten am Standort Bremen zu geben und hier die Arbeitsplätze zu sichern.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde verlangt vom Senat Auskunft über den **Verkauf des Hauses des Sports**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Hiller, Pohlmann, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Hiller!

Abg. Frau **Hiller** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat das Vorhaben, das Haus des Sports des Landessportbundes Bremen in der Eduard-Grunow-Straße 30 zu veräußern und in ein Youth Hostel umzuwandeln aus städtebaulicher Sicht für den Gesamtbereich Eduard-Grunow-Straße, Rembertring und Am Dobben?

Zweitens: Was hat der Senat in der Vergangenheit unternommen, um die negativen städtebaulichen Tendenzen in diesem Bereich, zum Beispiel heruntergekommene Wohnungen, Trading-down-Effekt und Vermüllung, zu bekämpfen?

Drittens: Welche konkreten Ideen und Vorstellungen hat der Senat für die zukünftige städtebauliche Aufwertung des genannten Bereichs, und wann gedenkt er, tätig zu werden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat steht dem Vorhaben, das Haus des Sports in ein Youth Hostel umzuwandeln, positiv gegenüber. Nach dem geltenden Bebauungsplan kommt eine solche Nutzung allerdings nur im Rahmen einer Befreiung in Betracht. Für eine entsprechende Bauvoranfrage, die der Verwaltung vorliegt, wird ein Dispens in Aussicht gestellt.

Zu Frage 2 und 3: Der Verwaltung ist ein Einzelfall bekannt, bei dem die Vermüllung so erheblich war, dass auch Sicherheitsbelange berührt waren. Hier erfolgte eine sofortige Verfügung der Bauaufsicht und anschließende Beseitigung der Mängel durch den Eigentümer.

Maßnahmen zur städtebaulichen Aufwertung hängen insbesondere von der Neuplanung des Straßenzugs Eduard-Grunow-Straße, Ernst-Glässel-Straße und Rembertring ab. 1991 wurde für diesen Bereich ein städtebaulicher Ideenwettbewerb „Rembertikreisel Bremen“ durchgeführt und 1993 mit einem Bebauungsplanverfahren begonnen. Parallel zum Bebauungsplanverfahren wurden im Rahmen eines runden Tisches verschiedene Verkehrsalternativen für den Bereich Rembertikreisel, Eduard-Grunow-Straße und Ernst-Glässel-Straße, Dobbenweg, Schleifmühlendurchbruch und Außer der Schleifmühle erarbeitet und diskutiert. Aufgrund der erheblichen

Immissionsbelastung, die sich im Laufe der weiteren Konkretisierung herausgestellt hat, wurden die verkehrlichen Untersuchungen wie auch das Bebauungsplanverfahren 1521 zunächst nicht weitergeführt.

Die Gebäude entlang der Eduard-Grunow-Straße zwischen Bohnenstraße und der Straße Am Dobben sind nur durch einen schmalen Fuß- und Radweg von der stark befahrenen und lauten Hauptverkehrsstraße getrennt. Ihnen fehlt ein Vorfeld. Arkaden und in weiten Teilen auskragende Bauteile machen den Raum für Fahrradfahrer und Fußgänger zusätzlich unattraktiv.

Der Bereich Eduard-Grunow-Straße/Ernst-Gläsel-Straße liegt im Randbereich des zu erstellenden Innenstadtkonzeptes, sodass in diesem Zusammenhang Verbesserungsmöglichkeiten untersucht werden sollen. Anschließend ist zu entscheiden, wie dieser Bereich städtebaulich weiterzuentwickeln ist. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hiller** (SPD): Mich würde noch einmal genau die Eduard-Grunow-Straße interessieren! Da gibt es einen großen Wohnkomplex, das sind die Hausnummern 24, 24 a und 24 b, da sind unten sehr große Leerstände, da gab es früher Restaurants, da passiert nichts. Die Wohnsituation der Bewohnerinnen und Bewohner ist sehr fragwürdig. Dort ist der gleiche Hausverwalter tätig, der in der Neuwieder Straße 1 auch tätig ist. Ist Ihnen bekannt, wie schwierig dort die Wohnsituation ist und dass die Bewohner auch schon über die Zeitung und so weiter deutlich gemacht haben, dass sie eigentlich eine Unterstützung erwarten, was gerade auch die Leerstände und die schwierige Wohnlage betrifft?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das ist uns bekannt. Ähnlich wie bei der Neuwieder Straße 1 und 3 hat es natürlich eine öffentliche Diskussion gegeben. Wenn man ehrlich ist, muss man sagen, dass dieser Bereich stark verbesserungsfähig ist, und deswegen habe ich mich heute auch noch einmal bei unserer Bauabteilung erkundigt, das wird ein Thema im Rahmen des Innenstadtentwicklungskonzepts sein. Jetzt aktuell dafür zu sorgen, dass Geschäfte, die leerstehen, wieder besetzt werden, das können wir natürlich nicht, wir haben keinen direkten Einfluss darauf. Wir können nur ermutigen und anregen, das zu tun, und das tun wir auch. Uns ist aber voll bewusst, wie problematisch die Lage dort ist.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hiller** (SPD): Es geht auch noch einmal um den Bereich, nämlich die dortige Parksituation. Da würde mich auch interessieren, ob Ihnen bekannt ist, dass die Geschäftsleute gerade Am Dobben sich seit Langem wünschen, dass sich die Parksituation für sie selbst verbessert, was den Lieferverkehr und das Kurzparken angeht, aber dass es in dem gesamten Bereich auch immer wieder einmal Planungen gab, ein Parkhaus zu entwickeln beziehungsweise dort auch Parkflächen vorhanden sind, die zurzeit nicht öffentlich sind, es aber privat 120 Stellplätze gibt, die eigentlich kaum genutzt werden, ob man da nicht doch vielleicht auch im Vorfeld oder verhältnismäßig kurzfristig auch mit verschiedenen Resorts einen runden Tisch einrichtet, um sich einmal intensiver diesen Bereich anzuschauen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Auf die Frage, wie es mit der Parkplatzsituation dort ist, bin ich jetzt nicht vorbereitet, aber ich rege an - wenn ich auf den Kollegen Pohlmann schaue -, dass wir das einmal in der Deputation beraten. Ob wir dann gleich einen runden Tisch einrichten, da will ich vorsichtig sein.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Ergebnisoffenen Tisch!)

Ich nehme das gern entgegen, kann Ihnen im Moment aber keine Auskunft darüber geben.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Herr Senator, ich habe eine Verständnisfrage: Habe ich es richtig verstanden, dass die Bebauungsplanentwicklungen oder -verfahren ruhen, bis das Innenstadtkonzept fertig ist, und erst dann über die Weitergestaltung des Areals Rumbertikreisel entschieden werden soll?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Die ruhen, und die ruhen ja auch eigentlich, wenn ich es richtig verstanden habe in dem Gespräch mit meiner Bauabteilung, im großen Konsens, um es einmal vorsichtig auszudrücken, denn es ist dort sehr laut. Der Verkehr brandet sehr nah an den Gebäuden vorbei, sodass es dort realistischerweise keine so große Erwartungshaltung gab, was die Entwicklungsmöglichkeiten betrifft. Das soll jetzt aber keine Kapitulation sein nach dem Motto, da kann man sowieso nichts machen. Ich glaube, wir sollten uns auch Gedanken darüber machen, wie wir es aufwerten können, und der systematisch richtige

Ort dafür ist das Innenstadtkonzept. Da sind Ideen willkommen, gern auch von der Gruppe der FDP!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Bildung und Betreuung für Kinder und Jugendliche

Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert und Dr. Möllenstädt (FDP)
vom 23. November 2010
(Drucksache 17/665 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 18. Januar 2011 (Drucksache 17/684 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Frau Senatorin, ich gehe davon aus, dass Sie darauf verzichten wollen, sodass wir gleich in die Aussprache eintreten können.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem ich immer wieder angemahnt hatte und es uns als FDP auch ein Anliegen ist, dass die Dinge gemeinsam gesehen werden, die in den Ressorts Jugend und Bildung verantwortet werden, ist es dann doch notwendig gewesen, eine Große Anfrage zu diesem Komplex zu stellen. In der Tat wurden Fragen im Jugendhilfeausschuss nicht ausreichend beantwortet und in der Jugendhilfe-deputation auch nicht, weil man den anderen Teil der Fragen nicht beantworten konnte oder wollte, der in der Bildungsdeputation hätte beantwortet werden können, dort aber dann immer wieder darauf verwiesen wurde, dass das andere Senatsressort für Horte und Kindergärten zuständig sei.

Hier gibt es sehr viele Schnittmengen, sehr viele Dinge, die ineinandergreifen müssten, und weil seit 2007 irgendwie für uns als Liberale unbefriedigende Antworten gegeben wurden, war es einfach schlichtweg notwendig, dann einmal eine Zusammenschau zu erhalten. Deswegen danke ich erst einmal, dass diese Zusammenschau geglückt ist, dass die Senatorinnen hier eine Antwort gegeben haben.

Trotzdem, muss ich sagen, bin ich mit der Antwort überhaupt nicht zufrieden, denn der Senat hat es nicht einmal geleistet zusammenzurechnen, wie viele Kinder denn im Grundschulbereich ganztags betreut werden; dass 23,4 Prozent der Kinder Ganztagsgrundschulen besuchen und 17,5 Prozent Horte, da ist nichts anderes getan worden, als dass die beiden Ressorts ihre Daten zusammengefügt haben. Eine Gesamtschau findet leider nicht statt, aber sie kann stattfinden, man kann das zusammenrechnen, und insofern haben wir jetzt wenigstens eine Datengrundlage, über die wir reden können. Dafür erst einmal herzlichen Dank! Es sind 40,9 Prozent, für diejenigen, die mitrechnen wollten!

Wenn wir uns aber dann anschauen, welche Diskrepanz herrscht, welche Differenz es gibt zwischen dem Reden des Senats und der rot-grünen Koalition und dem, was an Wirklichkeit hier deutlich geschildert wird, dann muss man doch sagen, es wird offensichtlich, dass mit Scheindiskussionen, die mit der Realität in den Kindergärten leider noch nichts zu tun haben, von der notwendigen Verbesserung abgelenkt wird.

Wir haben Diskussionen über Flexibilisierung, da macht KiTa Bremen - wir haben die Anfrage dazu gestellt und die Antwort eben in der Fragestunde bekommen - eine Abfrage über Flexibilisierungsmöglichkeiten. Da geht es aber nicht um Flexibilisierung, wie wir sie uns vorstellen, nämlich um die Möglichkeit weit früher anzufangen und weit später das Kind aus der Kindertagesstätte zu holen, nein, da werden Beispiele genannt, die alle um 8.00 oder 9.00 Uhr anfangen und dann bis 15.00 oder 16.00 Uhr gehen. Das ist nicht die Art von Flexibilisierung, wie Eltern sie heute brauchen, wenn sie denn berufstätig sein wollen.

(Beifall bei der FDP)

Berufstätigkeit ist doch eine der Chancen für Menschen, insbesondere alleinerziehende Mütter, sich aus der Armutsfalle zu befreien. Deswegen brauchen wir solche Möglichkeiten, und wer wirklich Armut in dieser Stadt bekämpfen will, der muss dann auch an diesen Stellschrauben drehen und den Trägern dafür die Möglichkeiten zur Verfügung stellen. Sie haben ja auch alle die Kritik

des Landesverbandes der Evangelischen Kindertagesheime an der Stelle hören können. Dort gibt es eine ganz andere Nachfrage als die, auf die hier mit Flexibilisierung geantwortet wird, denn die Flexibilisierung, die die Eltern wollen, heißt, wir brauchen eigentlich erst einmal längere Betreuungszeiten.

Ich habe heute Morgen mit einer Kindergartenleiterin gesprochen, die sagte mir: Ja, unser Kindergarten wird ausgelastet sein, aber ich muss vielen für ganztags eine Absage erteilen, die Nachfrage nach Ganztagsplätzen ist viel größer. Da mutet der Senat es den Kindergartenleiterinnen und -leitern zu, den Eltern zu erklären, dass sie im Zweifel jetzt ihren Job kündigen oder zumindest zu ihrem Arbeitgeber gehen und sagen müssen, ich muss meine Stunden reduzieren, ich weiß mein Kind nicht betreut. Das ist eine Sache, die wir als FDP nicht wollen. Hier muss es Änderungen geben, hier müssen richtige Prioritäten gesetzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Statt dass die entsprechenden Gremien dazu tagen können, erhalte ich gestern eine Absage des Jugendhilfeausschusses, weil das Sozial- und Jugendressort nicht in der Lage ist, dafür die Unterlagen fertig zu erstellen. In solchen Gremien wird aber beraten, wie das Anmeldeverfahren läuft und welche Weiterentwicklungen notwendig sind. Das empfinde ich als einen Skandal, und diesen Skandal will ich damit auch benannt haben. Hier muss ordentlich gearbeitet werden, denn sonst können Sie noch so viel in der Zeitung über Flexibilisierung sprechen und darüber diskutieren, dass Sie am liebsten allen Kindern kostenlos Mittagessen geben wollen. Das ist ja furchtbar nett, aber wenn die Voraussetzungen nicht gegeben sind, wenn nicht einmal das, was jetzt notwendig ist, getan wird, dann können Sie noch so lang von Dingen, die in Zukunft notwendig sind, sprechen - ich diskutiere auch gern über Kostenfreiheit von Kindergartenplätzen, insbesondere vor der Schule -, aber darüber können wir doch erst sprechen, wenn die Hausaufgaben gemacht sind.

Die Hausaufgaben für das nächste Kindergartenjahr sind nicht gemacht worden. Wir haben ja immer wieder, unterstützt von der CDU, gefordert, dass endlich einmal der Bedarf für die Unter-Dreijährigen-Betreuung ermittelt wird, aber der Senat hat sich verweigert. Was sagen Sie? Wir müssen ausbauen auf 35 Prozent, das schreibt der Bundesgesetzgeber vor. Wir wissen zwar, dass es nicht reicht, aber wie viel wir brauchen, wollen wir gar nicht wissen, denn unser Geld reicht nicht.

So können Sie doch nicht seriös planen. Wir wussten doch 2007 schon alle gemeinsam, dass der Bedarf weiter über 40 Prozent liegt und dass man eigentlich da hinstreben muss. Wenn Sie es ernst meinen, und hier seriös sagen, Sie wollen etwas zur sozialen Lage in dieser Stadt beitragen, dann machen Sie es Eltern und Alleinerziehenden möglich, arbeiten zu gehen. Man muss dafür Prioritäten setzen. Ich weiß, dass das nicht einfach ist. Ich weiß, wie viele Millionen Euro zusätzlich für diesen Bereich ausgegeben werden, aber wenn man sich angestrengt hätte, hätte die Umorganisation im Sozial- und Jugendressort auch früher passieren können, und dann wäre es auch möglich, früher dafür Geld zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zum Schluss dieses Teils. Ich habe zu Anfang deutlich gemacht, wie schlecht die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts ist, wenn man die Anfrage anschaut. Die Daten wurden nicht zusammen in Verbindung gesetzt, sondern einzeln nebeneinander gestellt. Wir haben schon in vielen Debatten deutlich gemacht, dass eine Zusammenschau des Ganzen nötig ist, dass eine Flexibilisierung nötig ist, die darauf beruht, dass man die Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen organisiert, dass man eine Zusammenschau, wo wird eine Schule frei, und wo werden weitere Kindergartenplätze benötigt, organisiert. Eine Zusammenschau davon, dass beispielsweise in der Neustadt die Schule an der Mainstraße frei wird und geklärt wird, was mit diesem Gebäude passiert. Man hat immer das Gefühl, dass dort zwei Welten miteinander nicht sprechen und trotzdem über dasselbe reden, nämlich über die Frage: Wie werden Kinder optimal betreut? Da wünsche ich mir doch in der Tat, dass hier eine Zusammenschau stattfindet. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass es nur eine Möglichkeit gibt, das zu gewährleisten, nämlich indem die Ressortverantwortung in eine Hand kommt und die Ressorts zusammengelegt werden.

So wie es bisher nebeneinander passiert, gelingt es nicht, denn dann bleiben die Kindergartenzeiten so starr, und dann werden die Kinder nur nach den Sommerferien in den Kindergarten aufgenommen. Der Druck, der da ist - weil die Eltern natürlich nicht nur im August anfangen zu arbeiten und Arbeitsplätze auch einmal dazwischen entstehen -, wird dann in der Schule nicht ankommen, und in der Schule wird dann nur an einer Schule, nämlich am Buntentorsteinweg, geschaut, wie es mit den flexiblen Einschulungszeiten geht. Das ist aber eine Voraussetzung dafür, dass durch Flexibilität in der Schule, in der sie das abnehmende System haben, auch die Kindergärten

flexibel aufnehmen können. Das geht aber nur, wenn sie zusammenschauen und es in einem Ressort gebündelt bearbeiten. Ansonsten wird hier noch viel Wasser die Weser herunterfließen, bis die Eltern eine Verbesserung für ihre Kinder erreicht haben. Kinder sind nur wenige Zeit im Kindergarten, und deswegen will ich nicht, dass weitere Kindergartengenerationen unter diesem System leiden müssen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)**): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie in jedem Jahr, Herr Dr. Buhlert hat es gerade schon angedeutet, befinden wir uns im Januar, auch in diesem Jahr wieder, in einer sehr spannenden Zeit. Es geht um Betreuungsplätze in den Kitas, um Plätze an den Schulen, und die Anmeldephase läuft. Eltern wünschen sich für ihre Kinder bestimmte Einrichtungen zur Kinderbetreuung und auch bestimmte Schulen, an denen sie ihre Kinder gut aufgehoben wissen. Besonders der Ansturm auf die Kitas ist groß, und wir freuen uns darüber, denn allen Beteiligten ist klar, dass eine möglichst frühe Kinderbetreuung die größten Bildungschancen für alle Kinder ermöglicht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dies ist unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialem Hintergrund. Gerade im Bereich der drei- bis sechsjährigen Kinder ist diese Entwicklung zu beobachten. Daher wird es für uns alle in den nächsten Wochen, sobald die Anmeldezahlen vorliegen, eine wichtige Aufgabe sein, diesen Bedarf zu erfüllen. In den meisten Stadtteilen wird es problemlos gehen, und dort wo Plätze fehlen, werden wir mit den Akteuren vor Ort schnelle und gute Lösungen finden. In dieser Zeit kommt nun die Große Anfrage der FDP zur Bildung und Betreuung. Diese Anfrage beschreibt im Einleitungstext viele richtige Dinge. Schon im ersten Satz steht, dass Bremen ein vielfältiges Angebot an Bildung und Betreuung für Kinder und Jugendliche hat. Das ist richtig. Auch die Begründung für gute Bildung und Betreuung wird im zweiten Absatz richtig erklärt, da sind wir uns auch einig. Wir wissen alle, wie Sie es geschrieben haben, dass viele Eltern zwei Einkommen brauchen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, dass es in dieser Stadt ein hohes Potenzial von gut qualifizierten Frauen gibt, die gern arbeiten möchten

und auf die der Arbeitsmarkt auch nicht verzichten kann, und dass es viele Kinder gibt, die auf eine frühe Kinderbetreuung angewiesen sind, um ihre persönlichen Potenziale entwickeln zu können. Das geht schon beim Erlernen der Sprache los. Die FDP ist sich auch mit uns darüber einig, dass der weitere Ausbau von Ganztagschulen bildungspolitisch richtig ist.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen wird auch die Einführung der Grundschule PLUS von den Eltern als sehr positiv wahrgenommen. Damit geben wir Kindern, die mehr Unterstützung beim Lernen brauchen, eine gute Chance und tun etwas für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir können also feststellen, dass die FDP im Grundsatz mit der Weiterentwicklung des Senats im Bereich Betreuung und Bildung einverstanden ist.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Nur die Geschwindigkeit stimmt nicht!)

Sie stellt jedoch auch fest, dass es Optimierungspotenziale gibt. Das bestreitet auch niemand. Wir befinden uns auf einem Weg, dessen Ziel wir alle fest im Blick haben. Zu Beginn dieser Legislatur hat die Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Schwerpunkt der Regierung für Betreuung und Bildung gesetzt. Er ist auch eingehalten worden, soweit es unter der Berücksichtigung unserer schwierigen Haushaltslage möglich war. Das kann man auch sehr einfach an den Haushaltsmitteln darstellen, die dafür in diesen vier Jahren zusätzlich bereitgestellt wurden. Im Bereich der Kinderbetreuung haben wir im Jahr 2007 80 Millionen Euro ausgegeben, inzwischen sind es 120 Millionen Euro.

Faktisch haben wir in den Kitas die Personalsituation verbessert, die Betreuungszeit ausgeweitet, ein kostenloses Mittagessen eingeführt und Zug um Zug die Platzzahlen ausgeweitet. Besonders bei den unter Dreijährigen ist dies eine große Herausforderung. Im Bereich von Bildung sieht es ähnlich aus. Die Mittel aus dem Konjunkturpaket haben uns für die Infrastruktur an Kitas und Schulen sehr geholfen. Wir befinden uns auf einem Weg, der weiterhin große Anforderungen an uns alle stellt, und zwar in beiden Bereichen, Bildung und Betreuung. Das bedeutet auch im nächsten Schritt die Erfüllung der Anforderungen bei den unter Dreijährigen, bis 2013 eine 35-prozentige Versorgung sicherzustellen. Diese werden wir, auch ohne dass die Spielkreise eingerechnet werden, erreichen. Ein weiterer wichtiger Schritt wird es sein, die Elternvereine weiterzuentwickeln, denn sie sind ein unverzichtbarer Bestandteil der

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Kinderbetreuung, insbesondere bei den unter Dreijährigen.

(Zuruf des Abg. Dr. Buhlert [FDP])

Darüber hinaus wird die Flexibilisierung von Betreuungszeiten eine große Rolle spielen, denn nicht jede Frau, Herr Dr. Buhlert, Sie haben es gerade gesagt, hat Arbeitszeiten von 8.00 bis 14.00 Uhr. Viele Frauen arbeiten im Einzelhandel, in der Gastronomie oder im Schichtdienst. Wir sind gefordert, auch dafür Lösungen zu finden.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben es richtig gesagt. Natürlich ist auch die Ganztagsbetreuung, die wir Schritt für Schritt für alle Kinder erreichen müssen, eine große Herausforderung. Für mich ist die Ressortzuständigkeit dabei nicht von zentraler Bedeutung, sondern es sind die Weiterentwicklung und Qualität von Betreuung und Bildung in dieser Stadt. Das Ziel muss sein, dass unser Betreuungsangebot sich an den individuellen Bedarfen von Eltern orientiert, weiterentwickelt und die Kinder ihre Potenziale durch ein gutes Angebot entfalten können. Dabei können Sie mithelfen, indem Sie sich hier konstruktiv beteiligen und auf Bundesebene ihren Einfluss zur Unterstützung der Länder geltend machen.

(Beifall bei der SPD)

Leider müssen wir feststellen, dass diese Regierung in Berlin gerade die Schwächsten nicht im Blick hat, sondern die ohnehin schon schwierige Lage vieler Familien weiter verschärft.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal bemerken, Sie sind ja jetzt keine Fraktion mehr, sondern eine Gruppe geworden. Ich bedaure außerordentlich, dass Sie sich dazu entschieden haben, im Jugendhilfeausschuss und ebenso in der Sozialdeputation nicht weiter mitzuarbeiten. Bisher habe ich unseren Umgang miteinander und unsere gemeinsame politische Arbeit eigentlich als sehr konstruktiv empfunden. Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass ich es schade finde, dass Sie sich für andere Bereiche mehr interessieren.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Da sieht man es!)

Wir jedenfalls werden an unserem Weg festhalten und auch in der nächsten Legislatur alle Anstrengungen unternehmen, um den Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt eine bestmögliche Entwicklungschance zu bieten.

Meine Herren von der FDP, wenn Sie Glück haben, können Sie sich auch in den nächsten vier Jahren dieser Herausforderung stellen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben hier insgesamt eine Antwort bekommen für die Bereiche Unter-Dreijährigen-Betreuung, Kindertagesstätten, Grundschulen, Oberstufen, Gymnasien sowie Jugendfreizeitheime. Ich möchte zunächst zu den ersten drei Punkten etwas sagen. Bei der Unter-Dreijährigen-Betreuung haben wir einen Hinweis auf die Versorgungsquote von zunächst 23 Prozent. Wenn wir die Tagespflege abziehen, bleiben 19 Prozent, wenn wir Spielkreise abziehen, bleiben 4 Prozent. Ab 2013 besteht der Rechtsanspruch auf die Unter-Dreijährigen-Betreuung mit einer Quote von 35 Prozent. Das sind circa 50 Prozent mehr, als wir heute zur Verfügung haben, die Plätze müssen verdoppelt werden. Ich habe den Eindruck, hier hinkt die nötige Entwicklung hinter dem hinterher, was aus sozialen, politischen und sogar noch aus rechtlichen Gründen geboten ist. Das ist insofern bisher keine Erfolgsmeldung.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben zum anderen ein Problem in der Richtung, dass die Daten unzureichend sind. Vielleicht können Sie das noch korrigieren oder erläutern. Ich stelle fest, dass in den Tabellen die Plätze den bestätigten Anmeldungen gegenübergestellt werden. Bestätigte Anmeldungen sind die, die einen Platz zugesagt bekommen haben. Ich sehe aber keine Gegenüberstellung von den Plätzen auf der einen Seite, auf der anderen Seite den Bedarf, also die angestrebten Anmeldungen.

(Abg. Frehe [Bündnis 90/Die Grünen]: Das macht doch keinen Sinn!)

Sollte es tatsächlich so sein, haben wir keine Gegenüberstellung von Bedarf einerseits und den Plätzen andererseits. Wenn Sie das nicht aufklären können, dann muss ich sagen, ist es eine Informationskultur, die ich aus den Bereichen Bildungs- und Kulturpolitik so nicht kenne. Da müssen Sie vielleicht nachbessern oder es erklären.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Ich beziehe mich jetzt auf den Bereich Kindergärten. Es fehlt eine wohnortnahe Versorgung an Kindergartenplätzen. Das ist nicht garantiert, das steht in der Antwort selbst darin. Dort muss nachgebessert werden. Im Übrigen: Das Wesentliche ist bekannt, die Gruppen sind zu groß, die Personalausstattung ist zu gering. Von den Praktikerinnen, den Erzieherinnen, ist mir zur Sprachförderung mehrfach gesagt worden, dass diejenigen Kinder, die beim Cito-Test nicht richtig geraten haben und deswegen dann eine Förderung bekommen, Glück gehabt haben, aber dass manche Kinder auch eine Förderung brauchen, die dort richtig geraten haben, und dass insofern die Fachleute vor Ort doch wissen, dass mehr Förderung nötig ist, als durchgeführt wird. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP würdigt in der Großen Anfrage den Ausbau der Ganztagschulen, die Einbeziehung der Hausaufgabenbetreuung, den Ausbau des pädagogischen Mittagstischs und die Umwandlung der Hortangebote in schulische Ganztagsförderung. Das finde ich positiv. Andererseits beklagt sie das Nebeneinander der zu vielen Angebote der Bildung, Erziehung und Tagesbetreuung und erkennt darin Doppelstrukturen. Dieser Frage möchte ich ein wenig nachgehen.

Aus der Antwort des Senats auf die 62 Fragen ist ein Kompendium der Angebote für Kinder und Jugendliche geworden, das die differenzierte Struktur, ihre Kosten, den Umfang der Tagesbetreuung deutlich macht, die wir hier in Bremen geschaffen haben. Auf dieses differenzierte Angebot sollten wir stolz sein, anstatt daran herumzumäkeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Im Bereich der Erziehung, Betreuung und Förderung von Kleinkindern haben wir im August des letzten Jahres eine Versorgungsquote von 23 Prozent erreicht. In diesem Jahr wird das Angebot weiter ausgebaut. Immerhin wenden wir jährlich 26,5 Millionen Euro hierfür auf. Damit haben wir keineswegs ein bedarfsdeckendes Angebot erreicht. Wir sind aber auch auf einem guten Weg dahin.

Es macht in dieser Situation überhaupt keinen Sinn, eine Bedarfsanalyse zu machen, wenn wir wissen, dass der Bedarf nicht gedeckt wird. Wir, das wissen Sie aus dem Jugendhilfeausschuss, haben dafür plädiert, diese Bedarfsanalyse dann zu machen, wenn der Anspruch auf einen solchen Krippenplatz auch gesetzgeberisch gegeben ist. Wir wollen kurz davor eine Bedarfsanalyse machen, und dann haben wir dort auch valide Daten.

Eine Überschneidung - um Ihren Einspruch einmal etwas ironisch zu nehmen - dieses Krippenangebots mit Ganztagschulen kann ich aber nicht erkennen. Da liegt meines Erachtens eine zu große Altersdifferenz zugrunde.

(Zuruf des Abg. Dr. Buhler [FDP])

Wichtig finde ich, dass das institutionelle Angebot in Kindertagesstätten durch Tagespflegepersonen ergänzt wird. Immerhin sind 532 Kinder bei Tageseltern untergebracht. Diese persönliche, zeitlich flexible und familienförmige Erziehung ist eine ganz wichtige Ergänzung des Angebots in den Kindertagesstätten und keineswegs eine Doppelstruktur. Auch die Spielkreise sind eine wichtige Ergänzung für Eltern, die ihre unter Dreijährigen Kinder zwar mit anderen Kindern zusammenbringen wollen, aber nicht in strukturierten Angeboten für volle 20 Stunden oder mehr. Diese strukturierten Angebote, zum Beispiel bei den Tagespflegepersonen, machen 90 Prozent mit über 20 Stunden aus, und viele Eltern wollen das kürzer. Deswegen sind die Spielkreise auch ein vernünftiges Angebot, das das andere Angebot ergänzt. Das Angebot für die unter Dreijährigen muss insbesondere an die Bedürfnisse der Kinder und Eltern angepasst sein, an den Entwicklungsstand der Kinder, ihren Erziehungsbedarf, ihren Wunsch an Zuwendung, aber auch an die beruflichen Anforderungen der Eltern. Es gibt nicht das eine Angebot wie eine Patentlösung, sondern nur die Berücksichtigung der unterschiedlichen Anforderungen und Bedürfnisse durch ein differenziertes Angebot ist richtig.

Auf die Betreuung der Kinder von über drei Jahren besteht ein Rechtsanspruch, wie sie wissen, der zunehmend aber auch eingelöst wird. Insbesondere für die Dreijährigen steigt die Nachfrage. Bei den Fünfjährigen, ein Jahr vor der Einschulung, haben wir faktisch die Hundert-Prozent-Grenze der Kinder erreicht. Wenn zum Beispiel in Walle eine Versorgungsquote von 118 Prozent erreicht wird, so liegt das daran, dass die Kinder bis zum Schulanfang im Kindergarten bleiben und auch der Bedarf des angrenzenden Stadtteils Gröpelingen mit abgedeckt wird. Das gilt auch für den Stadtteil Schwachhausen, der mit dem Spit-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

zenwert von 122 Prozent der Alterskohorte einer der Spitzenreiter ist.

Aus der Antwort des Senats geht hervor, dass der Rechtsanspruch tatsächlich, wenn auch nicht immer bei der nächstgelegenen Kita, eingelöst wird, auch bei der Qualität der Tagesbetreuung hat sich einiges getan und wird sich noch einiges tun. Wir brauchen einen Personalmix aus Sozialassistentinnen, Erzieherinnen, Sozialpädagogen, Elementarpädagogen, deren Arbeit durch Beschäftigte mit therapeutischen Spezialqualifikationen, Physiotherapie, Logopädie, Kinderpsychologie und heilpädagogische Qualifikationen in der Frühförderung ergänzt und weiter qualifiziert wird. Dieser Personalmix muss sich nach den konkreten Anforderungen des Förderbedarfs der Kinder richten und kann nicht durch eine statistische Auflistung, wie Sie es versucht haben, dargestellt werden.

Wir werden die Erzieherinnen- und Erzieherausbildung neu gestalten, wir sind die Vorreiter bei der Ausbildung von Elementarpädagoginnen und -pädagogen mit universitärem Abschluss, und wir werden die Frühförderung in einem neuen bremischen Kinderförderungsgesetz auch gesetzlich in die Tageserziehung einbinden. Damit brauchen wir den Vergleich mit anderen Bundesländern keinesfalls zu scheuen. Wir sind in der Tageserziehung in einem Reformprozess, in dem wir sehr viel Geld, aber auch sehr viel Fachlichkeit investieren. Das gilt auch für den Ausbau der Ganztagschulen. Die Einbeziehung der Hausaufgabenbetreuung, der Ausbau des pädagogischen Mittagstischs und die Umwandlung der Hortangebote in schulische Ganztagsförderung werden auch von der SPD durchaus anerkannt. Auch die Konzepte der Jugendfreizeitheime müssten an die Anforderungen der heutigen Jugendlichen angepasst werden. Angebote solcher Treffpunkte können aber nicht durch Bildungsangebote in den Schulen ersetzt werden. Deswegen macht auch die Zusammenführung von Bildung und Jugendhilfe möglicherweise einen Sinn, aber es würde hier überhaupt nichts verbessern. Es ist auch keine Doppelstruktur, ähnlich wie Ihre Freizeitangebote auch keine Doppelstruktur zum Arbeitsplatz darstellen.

Insgesamt geht aus der umfangreichen, mit viel Arbeitsaufwand erzeugten Antwort des Senats hervor, dass wir eine sehr differenzierte Angebotsstruktur in den Bildungs-, Erziehungs- und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche haben. Manches muss sicher noch besser miteinander verzahnt werden. Übergänge können sicherlich noch besser gestaltet werden. Das ist ein permanenter Prozess, den wir intensiv fachlich vorantreiben. Mit großen finanziellen Anstrengungen wird nicht nur die Infrastruktur quantitativ an

Plätzen ausgebaut, sondern auch inhaltlich, fachlich qualifiziert. Damit sind wir auf einem guten Weg, der in der Antwort des Senats aber auch deutlich wird.

Wenngleich aus der Großen Anfrage der FDP die Zielrichtung Ihrer Fragen, bis auf die, dass zwei Ressorts zusammengeführt werden sollen, weitgehend im Dunkeln bleiben oder sich auf Kurzschlüsse beschränkt, weisen die Antworten doch aus, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden, Chancengleichheit für die Kinder durch eine gute pädagogische Infrastruktur bereitzustellen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau **Ahrens** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann verstehen, Frau Garling, warum die FDP sich dafür entschieden hat, im Jugendhilfeausschuss nicht mehr weiterzuarbeiten. In letzter Zeit ist er mehr ausgefallen, als dass er stattgefunden hat. Vorlagen, die angekündigt worden sind, wurden nicht vorgelegt. Insofern hilft es zeitweise tatsächlich, sich die Informationen auf anderem Weg zu besorgen.

(Beifall bei der CDU)

Die Antwort auf die Große Anfrage der FDP deckt in einigen Teilen schonungslos die Mängel im System auf und zeigt, dass die Pflicht - und da gibt es haufenweise Baustellen, auf die ich gleich noch eingehen werde - zuerst erledigt werden muss, bevor die SPD-Sozialsenatorin zur Kür kostenloser Kitaplätze kommen kann.

Festzustellen ist, dass die Antworten von Bildung und Soziales zusammengestückelt sind und eine echte Kooperation zwischen beiden Ressorts nicht erkennen lassen. Schonungslos deckt dies der Senat selbst in seiner Antwort auf Frage 3U auf Seite 18 - Sie können ja einmal nachlesen, Herr Dr. Kuhn! - auf, in der er selbst eingesteht, dass aufgrund der verschiedenen Systeme zwischen Bildung und Soziales eine Zusammenfassung der Daten nicht möglich ist. Übersetzt heißt das, Soziales und Bildung werkeln vor sich hin ohne echte Abstimmung miteinander. Leittragende sind die unbetreuten Kinder, die Eltern und die Steuerzahler, deren Geld für sinnlose Doppel-

* Von der Rednerin nicht überprüft.

strukturen ohne Mehrwert für die Betroffenen verschleudert wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/
Die Grünen])

Sinnvolle Politik sieht anders aus, meine Damen und Herren! Geben Sie Ihren Widerstand auf, lassen Sie uns gemeinsam die Zuständigkeiten für Kinder, Jugend und Bildung bei Bildung bündeln! Denn es darf nicht sein, dass Kinder und Eltern die Leidtragenden von Ressortstreitigkeiten oder schlicht irgendwelchen Abstimmungsproblemen sind.

Insgesamt zeigt sich, dass eine echte Bedarfsanalyse bei den Eltern von der Betreuung der Kleinsten, unter Dreijährigen, den Kindergartenkindern bis zu den hortbetreuten Kindern bei den Schulkindern fehlt. Wir haben einen Babyboom in Bremen, wie das Statistische Bundsamt mitteilte. Wenn Sie aber die Eltern fragen, freuen sich diese nicht, sondern sagen: Oh nein, noch mehr, die sich um die wenigen Plätze streiten! Denn wer Kinder hat, stellt in Bremen vor allem eines fest: zu wenig Krippenplätze, im Kindergarten wird es eng, im Hort - wenn es überhaupt noch einen im Stadtteil gibt - wird es eng. Es gibt zu wenige Schulplätze, egal welche Schulform. Kinder zu haben bedeutet, eigentlich von Anfang an immer irgendwie auf der Suche nach einem Platz zu sein. Das ist das zentrale Erlebnis von Eltern in Bremen, und wenn Sie sich entsprechend informieren, Frau Busch, merken Sie das auch.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Sie haben eben Falsches gesagt, erkundigen Sie sich einmal, bevor Sie so etwas behaupten!)

Wir wollen junge Familien nach Bremen ziehen und in Bremen halten. Dafür brauchen wir attraktiven Wohnraum und eine gute Infrastruktur.

(Beifall bei der CDU)

Damit Infrastruktur vorhanden ist, braucht es natürlich auch Personal für diese Infrastruktur. Damit kommen wir zur Baustelle des Erzieherinnenmangels und zur dringend notwendigen Qualitätsverbesserung der Erzieherinnenausbildung. Uns fehlen nach den Erhebungen des Deutschen Jugendinstituts bis 2013 mindestens 280 Erzieherinnen und Erzieher im Land Bremen. Dem Senat sind die Zahlen bis 2008 bekannt. Er hat sie in unserer Großen Anfrage damals selbst ausgeführt. Leider blieb diese Erkenntnis lange Zeit tatenlos. Jetzt will man 100 zusätzliche Fachkräfte bis 2013 schaffen. Das wird die 280 fehlenden Plätze nicht ersetzen können. Fachkräftemangel bedeutet automatisch fehlende Plätze, oder, wenn man tat-

sächlich den Anspruch der Kinder erfüllt, dass man die Qualität absenken muss und mehr Kinder in eine Gruppe geben muss. Wollen Sie das? Das muss man sich fragen.

Die dringend notwendige und bundesweit schon viel weiter vorangeschrittene Qualitätsverbesserung in der Erzieherinnenausbildung ist in Bremen fast schon ein Schildbürgerstreich. Nach der Anhörung haben wir uns auf den Entwurf gefreut, dann gab es immer wieder Ankündigungen eines Entwurfs. Im Dezember gab es dann eine Landesjugendhilfeausschusssitzung, in der dies vorgelegt werden sollte. Wir haben auch ein Papier bekommen. Passiert ist dann, dass diese Sitzung kurz vorher abgesagt worden ist, wegen Differenzen zwischen Bildung und Soziales, zwischen Rot und Grün. Wie auch immer! Fakt ist jedenfalls, es wurde versprochen, diese im Februar vorzulegen, und siehe da, es passiert das, was irgendwie ständig passiert, der Jugendhilfeausschuss ist einmal wieder abgesagt worden. Nein, eine Vorlage erfolgt nicht. Ab 1. August dieses Jahres sollen die Erzieher Schulen das neue System umsetzen. Da frage ich Sie: Welches System? Was machen wir nun, und wann können wir eigentlich einmal mit einer Vorlage rechnen? Eine Antwort würde uns doch wirklich interessieren.

Insgesamt kann ich nur sagen - und das stelle ich immer wieder fest, ich mache das im Jugendhilfeausschuss schon ein paar Jahre länger -, so schlecht wie in diesen letzten dreieinhalb Jahren ist die Vorbereitung der Jugendhilfeausschusssitzungen wirklich noch nie gewesen! Es werden Vorlagen nicht erstellt, es wird ständig abgesagt.

(Beifall bei der CDU)

Es wird ständig nachversand, bis zu 5 Nachsendungen bis einmal wirklich die Tagesordnung vollständig ist. So ein Chaos, das ist wirklich hanebüchen. Wenn ich dann überlege, dass bis Ende 2011 noch die Umorganisation des Amts für Soziale Dienste erfolgen soll, weiß ich jetzt schon: Die nächsten Jugendhilfeausschusssitzungen bis Mai werden in der Qualität kein Stück besser sein.

Kommen wir zur Baustelle im Krippenbereich! Die Krippenplätze in Bremen sind Mangelware. Zahlen wurden schon von mehreren Vorrednern ausgeführt. Ich will darauf gar nicht mehr in aller Deutlichkeit eingehen. Was haben Sie vor? Sie haben vor, die Qualität abzusenken, indem Sie jetzt zwei Kinder mehr in die jeweiligen Krippeneinrichtungen geben, ohne zusätzliches Personal hineinzugeben. Das ist eine klare Qualitätsabsenkung. Kinder - gerade unter drei Jahren - brauchen eine Zuwendung, brauchen noch sehr viel Liebe, auch körperliche Nähe zur Erzieherin be-

ziehungsweise zum Erzieher. Wenn zwei Personen mehr in der Einrichtung sind, bedeutet dies, dass neben Wickeln, neben Essen geben und anderen Dinge, wie An- und Ausziehen, weniger Zeit dafür zur Verfügung steht, auch das muss man sozialpolitisch natürlich ganz deutlich festhalten.

Die zentralistische Vorgabe, in jedem Stadtteil die gleiche Betreuungsquote aufzubauen, sorgt automatisch noch einmal zusätzlich dafür, dass gerade in Stadtteilen mit außergewöhnlich hohem Anteil Alleinerziehender die Alleinerziehenden ein Hopping betreiben müssen, indem sie in anderen Stadtteilen ihre Kinder in der Krippe abgeben müssen. Das würde alles mit einer vernünftigen Bedarfsanalyse - mein Kollege von der FDP hat es ausgeführt - nicht passieren. Genau dies möchte man aber nicht, aus welchen Gründen auch immer.

Auch die Baustelle Kindergarten ist nicht ganz so einfach, wie sie hier dargestellt worden ist. Sie haben sich vorhin damit gebrüstet, Herr Frehe, dass Schwachhausen 122 Prozent Abdeckung hat. Leider haben Sie die Wahrheit ein wenig verschwiegen. Die Kinder, die im vierten Quartal geboren sind, sind in diesem Bereich gar nicht mit berücksichtigt, und 100 Prozent ist immer die Datenbasis aller Kinder, die bis zum 1. August ihr drittes Lebensjahr vollendet haben. Dass dabei noch ein ganzes Stück des Jahres übrig bleiben, nämlich vom 1. September bis zum 31. Dezember, sorgt automatisch dafür - weil man einen Monat, nämlich den September, noch mit berücksichtigt -, dass wir immer über 100 Prozent liegen. Das ist höchste Verhalberung der Menschen, hat aber mit der wirklichen Realität vor Ort, dass wir nämlich viel zu wenig Plätze haben, überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Ich will es Ihnen an einem einzigen Beispiel deutlich machen. In der Neustadt, laut Ihren eigenen Zahlen, fehlen im Jahr 2011 94 Kindergartenplätze für Rechtsanspruchskinder, bis zum Jahr 2013 steigert sich dies auf 270. Das ist eine Zahl in der Höhe von minimal drei Kindereinrichtungen, das sind keine Peanuts, meine Damen und Herren, und in anderen Stadtteilen sieht es teilweise nicht anders aus. Hier muss eine vernünftige Gesamtplanung durchgeführt werden, und da kann man nicht einfach einmal einen Senatsbeschluss treffen, mehr Kinder in die jeweiligen Gruppen zu verbringen, und dann wird es schon irgendwie klappen. Ich weiß, Sie fangen an, sich auf den Weg zu machen, in der Antwort steht von dem Weg, den Sie vielleicht beschreiten wollen, aber noch nichts.

Wir brauchen flexible Anmeldezeiten, nicht mehr das starre System, deswegen fordere ich Sie noch einmal auf, überlegen Sie noch einmal Ihre Haltung zu dem Antrag, den wir damals zur Flexibilisierung eingereicht haben - wir bringen den Antrag gern noch einmal ein -, denn es ist notwendig, und es fehlt auch an flexiblen Öffnungszeiten in den Kindertageseinrichtungen.

Hier ist schon auf das Beispiel von KiTa Bremen eingegangen worden. Ich weiß nicht, ob das wirklich der beste Weg ist, an dieser Stelle Ganztagsplätze gedeckelt zu lassen und dann das Ganze, was es bisher auch schon an Systemen gibt, auch jetzt kann sich nämlich ein Elternteil schon eine Tagesmutter nach der normalen Kita-Zeit besorgen, jetzt entsprechend über KiTa Bremen anzubieten. Letztlich ist das nicht die wirklich notwendige Flexibilisierung, die wir im Kindergartenbereich benötigen, sondern dort werden zusätzliche teilprekäre Arbeitsplätze geschaffen, weil Tagesmütter darauf beschränkt sind, eine bestimmte Anzahl von Kindern, die sie maximal gleichzeitig betreuen können, zu nehmen. Wenn dort solche Arbeitsplätze geschaffen werden, die noch nicht einmal ganztags so etwas anbieten, dann fragt man sich an der Stelle beschäftigungspolitisch wieder, was wir da für Frauen vorhalten.

Insgesamt brauchen wir eine Transparenz in der Bezahlung von Leistungen. Der CDU ist jedes Kind gleich viel Wert, und es kann nicht angehen, dass Elternvereine, freie Träger oder der Eigenbetrieb KiTa Bremen völlig unterschiedliche Beträge von der öffentlichen Hand erhalten für die gleiche Qualität, die sie zu erbringen haben. Da bekommt man das Gefühl, dass Eigenbeiträge der jeweiligen Angebotsformen -

(Glocke)

ich komme gleich zum Schluss - ohne roten Faden von der öffentlichen Hand festgelegt worden sind. Hier ist dringender Handlungsbedarf, und daher unterstützt die CDU die Forderung der Elternvereine und der freigemeinnützigen Träger nach Transparenz und Offenlegung dieser Strukturen.

(Beifall bei der CDU)

Ein letzter Punkt, dann komme ich zum Schluss. Machen Sie eine ordentliche Bedarfsanalyse, die wirklich etwas mit der Realität zu tun hat! Lösen Sie diese nicht aktuellen EMA-Daten ab, bündeln Sie die Zuständigkeit für Kinder, Jugend und Bildung bei dem Ressort Bildung und beenden Sie dieses organisierte Nebeneinander! Schaffen Sie die Gewissheit für Eltern, dass frühzeitig beim Übergang vom Kindergarten in die Schule, insbe-

sondere was den Gesamtbetreuungsrahmen angeht, eine Sicherheit geschaffen wird. Es nützt niemandem, der einen Kindergartenplatz bis 16.00 Uhr hatte, wenn er danach nur einen Platz in der verlässlichen Grundschule bis 13.00 Uhr bekommt und danach Schluss ist. Das bedeutet, dass Eltern, und in dem Fall sind es nach wie vor vorrangig die Frauen, dann ihre Arbeitszeit reduzieren oder gegebenenfalls ganz aufgeben müssen, das kann es auch nicht sein. Insofern gibt es eine Menge Baustellen, und erst die Pflicht, dann die Kür, meine Damen und Herren! - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Frehe, ja, die Koalition ist an vielen Stellen auf dem richtigen Weg, aber wenn man sich auf den Weg macht, muss man sich auch fragen, ob man mit der richtigen Geschwindigkeit unterwegs ist, und dann ist die Frage, ob hier nicht an einigen Stellen, weil der Bedarf so ist - und welche Auswirkungen das sozial hat, habe ich deutlich gemacht -, mehr Gas gegeben werden muss. Darüber streiten wir doch, und deswegen, Frau Garling, habe ich mich auch dazu entschieden, im Haushalts- und Finanzausschuss zu bleiben, weil genau da die Weichen gestellt, nämlich die Fragen behandelt werden, wo wird gespart, wo werden Prioritäten gesetzt?

(Abg. Frau Garling [SPD]: Super!)

Seien Sie einmal sicher, dass ich an der einen oder anderen Sitzung eines Ausschusses auch als Gast teilnehmen werde, in dem ich nicht vertreten bin. Das habe ich jetzt beispielsweise auch schon bei der Innendputation so gehandhabt, weil es mich einfach interessiert hat, wie es mit dem Standesamt weitergeht. Das Thema werden wir aber an anderer Stelle noch diskutieren.

(Beifall bei der FDP - Abg. Frau Garling [SPD]: Super!)

Es geht uns darum, uns für die Belange der Menschen in dieser Stadt einzusetzen, und was Eltern wollen, ist, glaube ich, ziemlich deutlich geworden. Wenn Sie aber nicht den Bedarf ermitteln, hat das doch einzig und allein den Grund, dass Sie scheuen, vor der Wahl zu sagen, wie groß die Lücke ist zwischen den 16,1 Prozent bei der Betreuung der unter Dreijährigen, die jetzt das Statistische Bundesamt deutlich gemacht hat, zu den 35 bis 45 Prozent, die wir brauchen. Diese

Lücke wollen Sie doch einfach nur nicht benennen.

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Wir benennen sie doch! Sie ist doch schon bekannt!)

Wenn Sie dann sagen, wir machen das kurz bevor der Rechtsanspruch gilt, dann heißt das doch, Sie wollen nicht sinnvoll planen, sondern Sie wollen kurzfristig irgendwelche Notmaßnahmen ergreifen, sagen, wir nehmen dann auch die Zweieinhalbjährigen in den Regelkindergarten, das machen wir ja mit den Kindern, die im vierten Quartal geboren sind, so oder so auch, also haben wir dann das Problem gelöst. Nein, solche Notmaßnahmen meinen wir nicht, genauso wenig, wie wir die Notmaßnahmen meinen, die der Senat im September beschlossen hat.

Die Erhöhung der Gruppengröße in der U3-Betreuung und in der Kindergartenbetreuung, zumindest in einigen Stadtteilen, steht wieder in der Antwort, das ist eins zu eins die Senatsvorlage, die in die Antwort hineinkopiert wurde. Haben Sie sich als Senat davon noch nicht verabschiedet, Frau Rosenkötter? Ich erwarte dazu eine klare Antwort. Der Jugendhilfeausschuss war da schon einen Schritt weiter, aber der Senat gibt hier im Januar, das ist vier Monate später - und im Dezember haben wir im Jugendhilfeausschuss darüber geredet -, immer noch die Antwort vom September: Gruppengröße erhöhen. Erzählen Sie uns auch dazu bitte gleich etwas!

Die nächste Frage, die deutlich geworden ist, ist, Frau Ahrens hat es dankenswerterweise erwähnt, es müssen alle Anbieter auch irgendwo gleichgestellt werden. Es gibt Anbieter wie Tagesmütter und Tagesväter, Tagesbetreuungspersonen, die ein anderes Angebot unterbreiten, das hoch flexibel ist, im Zweifel auch nachts besteht, welches wir brauchen, da kommen wir nicht darum herum. Wenn es aber so ist, müssen sie auch finanziell gleich ausgestattet werden, das gilt für die Elternvereine einerseits, andererseits gilt es aber auch, und da komme ich dann noch einmal zum Schulbereich, für die freien Schulen. Sie bieten zwar teilweise ganztags an, bekommen aber kein Geld für ganztags, insofern ist das doch eine Unterscheidung, die wir nicht hinnehmen können. Dem Senat und uns sollten doch alle Kinder gleich viel Wert sein. Uns als FDP sind alle Kinder gleich viel Wert, deswegen wollen wir auch eine gleiche finanzielle Ausstattung pro Kind, und deswegen setzen wir uns dafür ein.

Da Sie gefragt haben, wiederhole ich jetzt einmal ein paar der Forderungen, die wir schon an anderer Stelle deutlich gemacht haben. Es ist doch klar, dass wir möglichst vielen Kindern Chancen

bieten wollen, Betreuungsplätze und Bildungsplätze bringen wollen. Dann muss man doch fragen, ist es denn so, dass hier der Schwerpunkt richtig gesetzt ist, geht man mit Siebenmeilenstiefeln voran, und ist der Schwerpunkt auch wirklich schwer genug? Ich denke, Sie machen hier zwar das Richtige, sind auf dem richtigen Weg, aber noch nicht ausreichend.

(Abg. Frau Garling [SPD]: Das behauptet doch keiner!)

Wenn Sie dann sagen, ja, aber die sozialpädagogischen Spielkreise leisten eine wertvolle Arbeit, antworte ich Ihnen mit der Frage: Ja, aber sind Sie sicher, dass die Eltern, die alle mit ihren Kindern da sind, diese Spielkreise wollen? Nein, ich bin sicher, dass etliche gern eine Ganztagsbetreuung, eine Halbtagsbetreuung, eine 20-Stunden-Betreuung haben wollen, die sie aber nicht bekommen haben, und deswegen dies nehmen, um sich die Betreuungszeiten für ihre Kinder zu rechtzustückeln. Die zwölf Stunden, die in den Spielkreisen geleistet werden, sind pädagogisch wertvoll, gehen aber ganz oft am Bedarf vorbei, der ist höher, und darauf wollten wir aufmerksam machen. Deswegen: gern genommen die guten Aussagen zu den Einrichtungen und dass unterschiedliche Bedarfe bestehen.

Es bestehen und entstehen aber Doppelstrukturen, die so nicht gewünscht sind. Eltern, die in einer Schule ihre Kinder in die im selben Gebäude befindliche Hortgruppe schicken, würden doch auch einen pädagogischen Mittagstisch oder eine Ganztagschule an dieser Stelle in Anspruch nehmen. Sind es Doppelstrukturen oder nicht, Herr Frehe? Streuen Sie hier nicht Sand in die Augen, sondern schauen Sie auch hin, dass es Doppelstrukturen gibt, und machen Sie sich nicht über Dinge lustig, die natürlich keine Doppelstrukturen sind, weil U3-Betreuung und Ganztagschule natürlich zwei Paar Schuhe sind! Die passenden Schuhe aber nebeneinander zu stellen und zu schauen, was ist passgenauer für die Eltern und was ist ihr Bedarf, dem verweigern Sie sich, und das können Sie auch nicht schönreden. Das sollten Sie den Eltern und den Bürgern dieses Landes nicht zumuten, denn sie wissen ziemlich genau, wie die Situation ist. Da mögen Sie zwar einige täuschen, aber die Eltern nicht! - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Bei den Grundschulen weist der Bericht aus, dass wir dort bei den Vollzeitstunden eine rückgängige Beschäftigungszielzahl haben von 1 026 auf 924, also 100 Stellen weniger. Wir haben gleichzeitig die Information, dass die Schüler-Lehrer-Relation in Bremen mit 18,4 deutlich über anderen Stadtstaaten liegt - der Vergleich mit Hamburg ist ja in diesen Tagen sehr aktuell -, also auch in diesem Fall Hamburg leider besser mit 17,7 und Berlin deutlich besser mit 16,9 als Relation von Lehrern und Schüler. Die Zahlen aus dem Jahr 2008 liegen vor.

Es ist bei den 15 000 Grundschülerinnen und Grundschülern nur gegeben, dass 3 500 in Ganztagschulen betreut sind, das ist ganz offenbar zu wenig. Dieser Ausbau geht zu langsam voran, hier müssen Sie nachbessern, um dem gerecht zu werden, was alle wissen, dass nämlich gute Bildung in dem Elementarbereich und Primarbereich anfängt. Dass dort mehr getan werden muss, müssen Sie hier realisieren und nicht nur im Wahlprogramm darstellen, dann wird es sich auch ergeben, dass wir dann auch eine wirklich flächendeckende Versorgung mit Mittagessen haben.

Ich komme zu den Oberschulen und Gymnasien. An vielen Oberschulen findet, um diesen Punkt herauszugreifen, kein echter Ganztagschulbetrieb statt in dem Sinne, wie wir es alle wünschen, nämlich dass es eine gleichmäßige Verteilung des Unterrichts auch am Vormittag und Nachmittag gibt, dass wir eben nicht diese Konzentration am Vormittag haben und am Nachmittag leider das eine oder andere Fragezeichen. Das macht natürlich die Ganztagschulen dann in diesem Bereich nicht attraktiver; im Gegenteil, der Ruf muss dann verbessert werden, indem wirklich ganztags hier eine Lösung angeboten wird, die Qualität hat, von der ersten bis zur letzten Stunde, auch an allen fünf Tagen, auch mit durchgängigen Angeboten des Mensaessens. Es kann nicht angehen, dass in den Zeiten, die dann als Pausenzeiten oder Aufenthaltsmöglichkeiten angeboten werden, die Bibliothek zum Beispiel geschlossen ist, weil sie einfach gerade einmal nicht betreut werden kann. Das sind Beispiele, die wir dann von den Betroffenen hören, und hier muss etwas getan werden.

Die Ganztagschulen sind im Übrigen, das haben wir hier schon öfters gesagt, weitgehend auf Personal angewiesen, welches nicht dem öffentlichen Dienst zugehörig ist, welches dort eben prekär beschäftigt ist, welches kompliziert gemanagt

*) Vom Redner nicht überprüft.

werden muss von den Schulleiterinnen und Schulleitern und wo wir eigentlich alle - jedenfalls, ich sage einmal, die linke Hälfte des Hauses - finden, dass dies eigentlich in den öffentlichen Dienst gehört. Machen Sie da Ernst, unternehmen Sie dort mehr Anstrengungen, um auch auf diese Weise von der Beschäftigungsseite her eine verlässliche Betreuung dieser Ganztagsangebote und eine verlässliche pädagogische Arbeit dort zu gewährleisten, dann wird auch die Akzeptanz der Eltern, die auch hier nicht immer so ist, wie wir uns das alle wünschen, größer sein, das ist selbstverständlich. Es ist gut, dass die Eltern immer wieder auf diese Missstände oder unzureichenden Situationen hinweisen.

Ich komme zu den Jugendfreizeitheimen, hier haben Sie bekanntermaßen die Mittel eingefroren. Eingefrorene Mittel bedeuten bei steigenden Mitteln für Personal und zum Beispiel Heizkosten eine permanente Kürzung. Wir haben hier eine Verringerung des Angebots, wir haben weniger Öffnungszeiten, und die 600 000 Euro, die Sie hier zusätzlich investiert haben, zeigen, dass Sie selbst den Mangel auch erkannt haben, aber sie sind, das werden Sie alle zugeben müssen, ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wir wissen selbst, dass hier mehr getan werden müsste. Gerade bei den Jugendlichen ist dieses Angebot sehr wichtig, und wir müssen dort investieren, dass dann auch am Wochenende geöffnet ist.

Jeder, der sich einigermaßen auskennt, weiß, dass die Wochenenden auch schwierige Situationen sein können, gerade da muss ein Angebot gemacht werden, sonst ist es kein Wunder, wenn dann immer mehr Druck in dem Kessel entsteht, sage ich einmal, und Sie dann am Ende wieder investieren in Ihr Konzept „Stopp der Jugendgewalt“. Nein, das ist nicht der Weg, den wir wollen, sondern wir wollen natürlich Investitionen in das, was den Leuten zusteht. Dazu gehören nun einmal auch Jugendfreizeitheime, wie wir das früher genannt haben. Dies muss verbessert werden, meine Damen und Herren!

Nicht zuletzt möchte ich auf die Sportvereine zurückkommen. Die Sportvereine klagen zunehmend über ihre Schwierigkeit, den Anforderungen standzuhalten aufgrund der geringen Mittel, die sie zur Verfügung haben, auch hier muss etwas getan werden.

Ein weiterer Bereich ist das Sozialticket. Die Jugendlichen müssen von A nach B kommen und sie leiden auch genau darunter. Mobilität gehört dazu!

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir haben eine sehr große Anfrage, Sie möchten das vielleicht nicht hören -, wenn Jugendliche nur in ihrem Stadtteil bleiben können, macht auch das mehr Druck in dem Kessel, nehmen Sie das zur Kenntnis. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Abgeordnete! Bildung und Betreuung für Kinder und Jugendliche ist ein wichtiger Bereich, den wir kontinuierlich stärken und ausbauen. Deswegen investiert der Senat in den Ausbau von Kindergärten und Ganztagschulen. Dieser Bereich war, ist und bleibt ein Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode und sicherlich auch darüber hinaus.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt nicht Finanzierung durch Neuerschulung, sondern durch Umschichtung in allen Ressorts, auch das muss hier, glaube ich, einmal deutlich gesagt werden.

Erst wenige Wochen ist es her, dass wir gemeinsam mit dem Bremer Rat für Integration eine Kampagne gestartet haben, mit der vor allem Eltern mit Migrationshintergrund dazu ermuntert werden, ihre Kinder in den Kindergarten zu schicken. Wir werben mit Recht und Stolz für die Kitas und für die gute Arbeit, die dort von den engagierten Erzieherinnen und Erziehern geleistet wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir werben nicht nur für unsere Kitas, sondern wir bauen aus. Ich will einfach noch einmal in Erinnerung rufen, was wir hier in den letzten Monaten getan haben. Wir haben mehr Personal in die Kitas gegeben, wir haben die Betreuungszeiten mit dem Rechtsanspruch auf eine Fünf-Stunden-Betreuung ausgeweitet, wir haben das kostenlose Mittagessen für die geschaffen, die es brauchen, und wir haben eine durchgängige Ferienbetreuung. Das bleiben elementare Bausteine in dem Ausbau für die Kindertagesbetreuung.

Wir haben die Betreuungsquote der unter Dreijährigen von 15 Prozent im Jahre 2006 auf jetzt 23 Prozent erhöht. Das sind Zahlen, die sich sehen lassen können, aber da sind natürlich auch Aufgaben, die in den nächsten Jahren bleiben, das ist klar. Wir haben sehr viel Geld in die Hand genommen, wir haben 2006 85 Millionen Euro für die Kindertagesbetreuung aufgewendet, wir haben jetzt im Haushalt 2011 einen Betrag von 115

Millionen Euro. Das heißt nicht, dass wir nur das eine Jahr den Betrag um 30 Millionen Euro gesteigert haben, sondern dass ist ein jährlicher Betrag, der immer größer und notwendiger für die Betreuung wird, und das ist eine sehr deutliche Steigerung. Ich glaube, das werden alle auch sicherlich so ohne Weiteres erkennen können. Weitere Plätze und Angebote sind erforderlich und werden auch folgen, meine Damen und Herren. Rund 400 zusätzliche Plätze für die Null- bis Dreijährigen werden in diesem Jahr realisiert.

Es ist hier angesprochen worden, Frau Garling hat es dankenswerterweise noch einmal deutlich gemacht, wie der Ablauf ist. Wir befinden uns in der Anmeldephase, und das ist eine spannende Zeit. Das ist natürlich auch für die Eltern eine besonders spannende und sicherlich an der einen oder anderen Stelle auch eine unsichere Zeit. Die Anmeldephase endet Ende Januar, dann beginnt es auch genau zu werden, wo wir die Ansprüche und Platzzahlen in den einzelnen Stadtteilen brauchen. Deswegen ist es richtig, dass wir die Akteure vor Ort mit einbeziehen, um die Plätze, die wir zusätzlich zu denen, die vorhanden sind, brauchen, vor Ort auch zu schaffen und hier Lösungen gemeinsam mit den Akteuren vor Ort zu realisieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz auf den Redebeitrag und auf die Große Anfrage der FDP im Besonderen eingehen. Sie sprechen von flexiblen Betreuungszeiten und haben schon in der Fragestunde angekündigt, dass Sie das hier auch - nur noch Herr Dr. Buhlert ist gerade von der Gruppe der FDP da - ganz besonders interessiert.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Herr Möllenstädt hat schon gewechselt!)

Es ist in der Tat so, auch da haben wir, glaube ich, einen großen Schritt, den ich sehr begrüße, nach vorn getan, hier zu überlegen, wie wir zu einer flexiblen Handhabung für die Eltern in den Kitas kommen können. Zu einer flexiblen Handhabung gehört nicht nur der Bereich, dass es in der Tat für Eltern auch eine Ausweitung nach vorn oder nach hinten gibt, sondern wir stellen fest, dass immer mehr Eltern sagen, wir brauchen gerade in der U3-Betreuung Zeiten, die meinerwegen nur zwei Wochentage umfassen oder die ganz bestimmte Zeiten umfassen, wo wir natürlich unter ökonomischen Gesichtspunkten schauen müssen, wie wir das in den einzelnen Kitas hinbekommen. Wenn Sie, Herr Dr. Buhlert, hier immer wieder die Geschwindigkeit ansprechen und uns

jetzt ja in Ihrem zweiten Redebeitrag noch einmal deutlich gemacht haben, aus welchen Gründen Sie auch im Haushalts- und Finanzausschuss bleiben, da muss ich Ihnen sagen, habe ich in den letzten Jahren vermisst, dass Sie gerade zu diesem Teil Anträge in den Haushaltsberatungen stellen, die noch mehr Gelder für die Kinderbetreuung zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Tun Sie es! Sorgen Sie vor allen Dingen dafür, dass auf Bundesebene die Bundespolitik einen anderen Weg einschlägt und nicht zwei Milliarden Euro für Steuersenkungen ausgibt!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dafür können wir eine ganze Menge Kinderbetreuungsplätze in den Kommunen und dann auch in Bremen schaffen. Sorgen Sie dafür, dass hier nicht mit Doppelzüngigkeit gehandelt wird, sondern dass Sie dann auch die Schwerpunkte durchsetzen, dass den Kommunen Gelder zur Verfügung gestellt werden, um dies hier zu realisieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir sind nicht, meine Damen und Herren der FDP und der LINKEN, in einer Wunsch-Dir-etwas-Debatte. Wir müssen schauen, was hier auch unter den Haushaltsbedingungen möglich und machbar ist und was wir für die Kinder in den Stadtteilen brauchen, und da habe ich nicht ein Wunsch-Dir-etwas-Konzert, sondern da muss ich auf das schauen, was wir realisieren können. Ich will eigentlich gar nicht so weit ausholen, aber wenn Sie sagen für Jugendfreizeitheime sind die Gelder gekürzt worden, ist das schlichtweg falsch, und das wissen Sie auch. Deswegen: Setzen Sie nicht solche Dinge in die Welt, das ist einfach nicht angemessen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Nur noch einmal zu dem Bereich, in dem wir gemeinsam unterwegs sind, um die Situation der Übergänge von Kitas in Grundschulen weiter zu verbessern. Sie alle kennen die Maßnahmen und Projekte. Die werden nämlich, und da sind sie richtig angesiedelt, in den Kitas mit den Grundschulen vor Ort gestaltet. Das ist etwas Entscheidendes, dass dort die Kita-Leitung der Einrichtungen mit der Grundschulleitung gemeinsam diese Übergänge gestalten, weil die Kinder in aller Re-

gel dort in dem Stadtteil auch in die Grundschule gehen, in dem sie in der Kita waren. Deswegen funktionieren da die Dinge vor Ort, nicht in allem gleichermaßen, aber da ist die engagierte Leitung, die dies gestaltet und dafür auch die Unterstützung bekommt.

Wir haben die Sprachförderung und werden die auch weiter voranbringen, das ist ein ganz wichtiges Thema. Ich denke, ich will das noch einmal sagen, dass wir hier motivieren und sensibilisieren, dass insbesondere die Eltern mit Migrationshintergrund ihre Kinder in die Kita bringen, das ist ein richtiger und wichtiger Weg. Deswegen noch einmal: Sorgen Sie dafür, dass solche unnötigen Dinge, wie zum Beispiel das Elterngeld, nicht auf den Weg gebracht werden, sondern dass diese Gelder in die Infrastruktur gehen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Sorgen Sie dafür, dass die Debatte, die sich jetzt um die Hartz-IV-Reform und die Regelsätze hinzieht, wirklich an den Stellen, an denen wir sie brauchen, Konturen annimmt und dass Sie hier auch zu einer Lösung kommen, die den Eltern und den Kindern zugute kommt, und zwar zügig, schnell und realistisch, nämlich an den Stellen: Bildungspaket und auch bei einem realistischen Regelsatz! Das sind die Dinge, die wir brauchen. Wir brauchen keine zusätzlichen 1300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Arbeitsverwaltung, die dann dieses Bildungspaket abarbeiten, sondern wir können das in den Kommunen machen. Dafür sollten Sie sich auch auf der Bundesebene verwenden! Wenn wir bei diesen Schritten zügig vorankommen, dann werden auch die Kinder hier in Bremen davon profitieren. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Nein! Bitte nicht!)

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur weil hier wieder fälschlicherweise behauptet wird, wir machen keine Vorschläge zur Frage, wie man Geld sparen soll: die Zusammenlegung der Ressorts wird Geld sparen, weil der Wasserkopf abgebaut wird und die Verwaltung der Verwaltung reduziert wird und das Geld wirklich ernsthaft den Kindern zur Verfügung steht, denn wir brauchen doch das Geld vor Ort in den Einrichtungen und nicht für die Verwaltung der Verwaltung. Wir haben uns dafür eingesetzt und tun das als Bremer FDP an vielen

Tagen und immer wieder, dass der Mehrwertsteueranteil, den die Länder zur Verfügung bekommen, und der dann auch an die Kommunen weitergereicht wird, größer wird, damit Bildung und Betreuung bezahlt werden können. Wir haben hier gemeinsam mit der Koalition beschlossen, dass wir als Bremer Parlament gegen das Betreuungsgeld sind. Das haben wir doch gemeinsam eingebracht. Ich weiß nicht, wo da Finanzierungsvorschläge fehlen. Ich will das so, und ich kämpfe dafür, und deswegen reise ich auch ab und an nach Berlin oder woanders hin, um Kolleginnen und Kollegen zu erzählen, dass das der richtige Weg ist,

(Abg. Frau Garling [SPD]: Mach einmal Vorschläge beim Bund, da mach einmal Vorschläge!)

denn die Kommunen hier vor Ort brauchen doch die Mittel, damit bessere Möglichkeiten gegeben sind.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Reisekader!)

Da haben Sie uns auf Ihrer Seite, aber wenn Sie dann ernsthaft weiter erzählen, Rechtsanspruch auf fünf Stunden sei das, was die Eltern brauchen, sage ich nein. Die brauchen natürlich erst einmal einen Rechtsanspruch, das ist der Teil Bildung: Rechtsanspruch auf fünf Stunden. Sie brauchen aber, um arbeiten zu können, häufig acht Stunden flexible Betreuungszeit.

(Abg. Frau Garling [SPD]: Dafür gibt es jetzt die Grundschule PLUS!)

Da gibt es die Grundschule PLUS und die Ganztagschule. Da gibt es aber auch nicht ausreichend U3- und Kindergartenplätze. Ich habe vorhin geschildert, wie Kindergartenleiterinnen gezwungen sind, den Eltern beizubringen, dass ihr Antrag leider abgelehnt wird und sie dann ihrem Arbeitgeber erzählen müssen, dass es so mit dem Arbeiten nicht mehr geht. Das sind doch Situationen, die wir nicht hinnehmen können, denn nur dann ist eine Stadt wirklich sozial, wenn sie Menschen, die die Möglichkeit nutzen wollen, sich selbst aus der Armut zu befreien, auch die Chancen dazu gibt. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 17/684 S, auf die Große An-

frage der Abgeordneten Dr. Buhlert und Dr. Möl-
lenstädt Kenntnis.

Der Tagesordnungspunkt 3, Erstes Ortsgesetz zur
Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ort-
sämter, ist ausgesetzt.

Fortschrittsbericht 2010 zur Umsetzung des neuen Leitbilds der Stadtentwicklung

Mitteilung des Senats vom 30. November 2010
(Drucksache 17/670 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen
nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung
des Senats, Drucksache 17/670 S, Kenntnis.

Geschäftsbericht zur Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2010 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 7. Dezember 2010
(Drucksache 17/675 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen
nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung
des Senats, Drucksache 17/675 S, Kenntnis.

Identifikation von verunglückten Haustieren

Antrag der Fraktionen der CDU, SPD und
Bündnis 90/Die Grünen
vom 25. Januar 2011

(Neufassung der Drucksache 17/677 S vom
9. Dezember 2010)
(Drucksache 17/690 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin
Rosenkötter.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete
Frau Speckert.

Abg. Frau **Speckert** (CDU): Herr Präsident, sehr
geehrte Damen und Herren! Fast 23 Millionen
Haustiere leben in deutschen Haushalten. Diese
enorme Zahl macht deutlich, wie wichtig Tiere für
Menschen sind. Tiere beruhigen und trösten uns,
bereiten uns Freude und bringen Abwechslung in
unser Leben. Gerade für Senioren sind Tiere
wichtig. Sie wirken positiv auf die Gesundheit und
erleichtern soziale Kontakte. Für viele ist das
Haustier sogar ein vollwertiges Familienmitglied.
Umso schmerzlicher ist es, wenn das Tier plötz-

lich verschwunden ist, und das kann zum Beispiel
durch ein offenes Fenster oder eine offene Tür
schnell passieren. Besonders Katzen kommen
plötzlich nicht mehr nach Hause, weil sie Freigän-
ger sind. Jeder, der ein Tier hat, kann diese Situa-
tion wahrscheinlich gut nachempfinden. Jeden
Moment hofft man, dass das Tier zurückkommt
oder auf die Nachricht, dass das Tier gefunden
wurde. In vielen Fällen finden die Tiere auch wie-
der auf dem einen oder anderen Weg zurück nach
Hause. Hilfreich ist dabei, dass die meisten Hun-
de und Katzen einen Mikrochip haben, durch den
die Tierheime und Tierärzte die Besitzer ermitteln
können.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Doch leider kehren nicht alle entlaufenen Haustie-
re wieder zurück. Tritt so ein Fall ein, starten die
Besitzer meist umfangreiche Suchaktionen in der
Nachbarschaft. Meine Damen und Herren, Sie al-
le kennen die Flyer, auf denen verzweifelte Tier-
besitzer um Unterstützung bei der Suche nach ih-
rem Haustier bitten. Leider ist die Ursache für das
Ausbleiben jedoch oft auch ein Verkehrsunfall, bei
dem das Tier ums Leben gekommen ist. Tritt die-
se Situation ein, wird das tote Tier in der Regel
von den städtischen Entsorgungsbetrieben ord-
nungsgemäß entsorgt. Die Besitzer werden bisher
allerdings nicht informiert, dass ihr Tier tot aufge-
funden und entsorgt wurde. Der Grund dafür ist,
dass zum Beispiel die ENO nicht im Besitz eines
Laserscanners ist, und sie deshalb diesen Chip,
der unter der Haut sitzt, nicht scannen kann.

Um den Betroffenen die schweren Stunden der
Ungewissheit zu ersparen, wäre es aus unserer
Sicht daher sinnvoll, wenn die städtischen Entsor-
gungsbetriebe ein Chiplesegerät anschaffen wür-
den, mit dem die Besitzer der verunglückten
Haustiere ermittelt werden könnten. Den Besit-
zern wird auf diese Weise die Möglichkeit eröffnet,
wenigstens von ihrem Tier Abschied nehmen zu
können.

Ich möchte auch noch anmerken, ich finde es
sehr positiv, dass wir hier einen gemeinsamen
Antrag auf die Reise geschickt haben mit den Kol-
legen der SPD und der Grünen. Ich finde, das ist
ein sehr gutes Signal. - Vielen Dank für Ihre Auf-
merksamkeit!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim
Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat
das Wort die Abgeordnete Frau Peters-Reh-
winkel.

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD)^{*)}: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich voll und ganz den Ausführungen meiner Kollegin Frau Speckert anschließen, was die Wichtigkeit der Tiere für sowohl ältere als auch junge Menschen anbelangt. Es ist von erheblicher Wichtigkeit zu wissen, wo mein Tier ist, wenn es verschwunden ist. Ich hoffe, dass viele Menschen die Möglichkeit nutzen, ihre Haustiere zu chippen, um dann überhaupt die Möglichkeit zu haben, sie wiederzufinden, entweder wenn sie noch leben oder leider tot sind. Wenn das Tier am Straßenrand gefunden wird, ist es sozusagen Müll. Das mag niemand gern hören, wird aber so aufgefasst. Leider ist es so. Ich würde mich sehr freuen, wenn jetzt antragsgemäß die ENO, sollte sie ein totes Tier finden, sich die Mühe macht und schaut, ob das Tier gechipt ist, und es ausliest.

Wir haben in diesen wirklich dankenswerterweise gemeinsamen Antrag noch die Vorstellung mit eingebracht, dass diese Nummer dann auf einer Seite zu finden ist. Es gibt beispielsweise auch eine Internetseite, die europaweit agiert, und eine dort angemeldete Chipnummer wird dann beispielsweise an TASSO, Ista-Haustierregister oder das Deutsche Haustierregister weitergereicht, und dann ist gewährleistet, dass Menschen, die ein Tier verloren haben, auf dieser Seite schauen können, ob die Nummer dort ist, sie haben dann Gewissheit. Es kann ja auch manchmal sein, dass Tiere verschwinden, weil sie zu Versuchszwecken benutzt werden. Das wäre eine Vorstellung, die könnte ich ganz und gar nicht ertragen. Dann ist es mir lieber, ich weiß, dass mein Tier tot ist. Sehr schön, dass wir das im Tierschutzbeirat auch immer alle zusammen so besprechen können. - Danke!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist in der Sache richtig, dass die Haustierbesitzerinnen und Haustierbesitzer erfahren, was mit ihren Tieren passiert ist. Insofern ist es auch so, dass wir Grünen uns diesem Antrag angeschlossen haben. Ich möchte nur noch zwei Anmerkungen machen. Die eine ist die, weil Sie, Frau Speckert, jetzt schon wieder von städtischen Entsorgungsbetrieben gesprochen haben: Wir haben den Antrag ja entsprechend korrigiert, dass es sich bei der ENO um eine GmbH handelt. Der entspre-

chende Aufgabenbereich wurde damals von der Großen Koalition privatisiert. Insofern ist auch der Einfluss auf die ENO relativ gering. Nichtsdestoweniger finden wir es ja richtig, dass die Haustierbesitzerinnen und Haustierbesitzer erfahren, was mit ihren Tieren passiert ist, insofern eben hier auch die weichere Formulierung zu sagen, bitte Senat, wirke darauf hin!

Die zweite Anmerkung bezieht sich darauf. In der Tat, als der Antrag da war, war für uns klar, dass wir uns beteiligen: Ich glaube aber, dass in dem Fall nicht unbedingt ein Antrag notwendig gewesen wäre. So ein Chiplesegerät kostet im unteren zweistelligen Euro-Bereich. Ich glaube, dass man mit ein paar Gesprächen oder vielleicht nur mit einem Gespräch mit der ENO dasselbe Ziel erreicht hätte und weniger durch parlamentarische Arbeit verursachten bürokratischen Aufwand produziert hätte. Dennoch haben wir das gemeinsame Ziel und werden das als Grüne mit unterstützen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ja schon spannend, was alles Gegenstand einer parlamentarischen Debatte wird, aber es ist richtig, was hier beantragt wird. Deshalb werden wir als FDP in der Bremischen Bürgerschaft diesen Antrag auch unterstützen.

Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, noch einen Hinweis zu geben. Es wird immer wieder viel über die Frage des Haltens von gefährlichen Hunden geredet. Diese Hunde haben auch alle diese Chips, aber weder Stadtamt noch Polizei verfügen über ausreichend Chiplesegeräte, um sich schlau zu machen, wer der Besitzer des Tieres ist, das dort unterwegs ist. Darüber sollte man auch einmal nachdenken und nicht nur diesen einen Fall, der für die Besitzer der traurigste ist, im Auge behalten. Insofern sei mir dieser Hinweis gestattet! Dem Antrag werden wir zustimmen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Nitz.

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wird Sie nicht verwundern, auch DIE LINKE wird natürlich dieser Initiative ihre Zustimmung geben. Parla-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

mentarische Debatte ja oder nein, ich frage einfach nur: Warum denn nicht? Ich meine, es herrscht hohe Einigkeit hier im Hause, dann kann man das auch, glaube ich, schnell über die Bühne bringen. Das zeigt ja auch die Debatte jetzt.

Ich finde es gut, wenn Oma Gertrud am Ende des Tages weiß, ob ihr Kater Willi beispielsweise noch lebt oder ob der kleine Maximilian sich weiter sorgen muss um seinen kleinen vierbeinigen Freund. Insgesamt ist die Initiative gut, sie ist zu befürworten. Der Tierschutzbeirat hat sich auch dementsprechend verhalten oder, besser gesagt, hat sich in mehreren Debatten dazu schon geäußert.

Wichtig ist nur, dass wir ab und zu auch einmal schauen, was am Ende dabei herauskommt. Ich meine, es gibt auch eine Bilanz in Düsseldorf, die Ende Oktober 2010/Anfang November 2010 vorgestellt wurde. Dort wurde auch ein Chiplesegerät gefordert. Letztendlich hat die Jahresbilanz gezeigt, dass lediglich zwei vermisste Tiere auf diese Art und Weise identifiziert werden konnten. Das ist natürlich vor dem Hintergrund problematisch, dass sich wahrscheinlich nicht jede Tierbesitzerin und jeder Tierbesitzer die Implantation von Chips, die ja ungefähr 100 Euro kosten, leisten kann. Das heißt also, es gibt Besitzer, die scheuen die Kosten. Davor dürfen wir die Augen einfach nicht verschließen. Diejenigen, die aber die Kosten nicht gescheut haben und es sich leisten konnten, ihr Tier dementsprechend zu kennzeichnen, sollen eben nicht im Ungewissen gelassen werden. Deswegen geben wir auch hier unsere Zustimmung. - Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/690 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Kooperation zwischen dem Klinikum Bremen-Mitte und dem St. Joseph-Stift

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 15. Dezember 2010

(Drucksache 17/678 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 18. Januar 2011

(Drucksache 17/685 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Frau Senatorin Rosenkötter, dass Sie die Antwort des Senats, Drucksache 17/685 S, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU nicht mündlich wiederholen möchten.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll.

Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Ich rufe als erste Rednerin Frau Dr. Mohr-Lüllmann auf.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Seit zwölf Jahren bestand eine Kooperation im Bereich Neonatologie zwischen dem Klinikum Bremen-Mitte und dem St. Joseph-Stift. Im Rahmen dieser Kooperation übernahmen Kinderfachärzte des Klinikums Bremen-Mitte die Neugeborenenbetreuung im St. Joseph-Stift.

Der Senat bewertet die Zusammenarbeit aus fachlicher Sicht äußerst positiv. Sie war ein wichtiger Teil der Versorgung neu- und frühgeborener Kinder in der Stadt Bremen. Aus diesem Grund war die Kooperation auch viele Jahre im Krankenhausplan verankert. Diese Kooperation wurde jetzt seitens der Geschäftsführung der Gesundheit Nord fristlos gekündigt, und das, obwohl die fachliche und medizinische Zusammenarbeit der beiden Kliniken in der Vergangenheit gut funktioniert hat. Es sind in der zwölfjährigen Kooperation keine Probleme in der Zusammenarbeit bekannt geworden, so die Antwort des Senats. Die Gesundheit Nord ist damit vor Gericht im Eilverfahren gescheitert.

Wie ist es aber zu dieser fristlosen Kündigung gekommen? Als Grund wird seitens der Geschäftsführung der Gesundheit Nord angeführt, dass das St. Joseph-Stift einen Antrag auf Einrichtung einer eigenständigen Neonatologieeinheit gestellt hat. Das heißt aus unserer Sicht nichts anderes, als dass die Gesundheit Nord insgesamt den gesunden Wettbewerb mit den freien Kliniken scheut.

Die Geburtenzahlen belegen, dass 2009 im St. Joseph-Stift mehr Kinder zur Welt kamen als im Klinikum Bremen-Mitte. Die Gesundheit Nord als Ganzes ist unter Druck geraten und kämpft an allen Fronten, so müssen wir es feststellen, so auch das Interview im „Weser-Kurier“ vom 16. Januar 2011 mit der Überschrift „Wir sind unter Druck geraten“. Wie der Geschäftsführer der Gesundheit Nord selbst bestätigte, gibt es Konflikte, und der Konkurrenzkampf ist zu groß. In einem Brief, den er an zahlreiche Ärzte in dieser Stadt geschickt hat, teilt er mit: „Wir können und wollen nicht den weiteren Ausbau von Konkurrenzangeboten, die unseren Versorgungsauftrag für die Bevölkerung und unsere wirtschaftliche Grundlage schwächen.“ Ich wäre übrigens interessiert daran, wenn solch ein Brief von privaten Trägern mit entsprechendem Inhalt hinausgegangen wäre. Das hätte sicherlich eine große Empörung ausgelöst.

Es ist also jetzt so, im DIAKO soll eine urologische Abteilung ausgebaut werden, bisher war die Urologie am KBM. Außer der Neonatologie soll am St. Joseph-Stift eine Abteilung für Nuklearmedizin entstehen. Am Rotes Kreuz Krankenhaus soll ein Herzkatheterlabor in Konkurrenz zum LDW aufgebaut werden. Damit steht fest, es gibt einen gesunden Wettbewerb zwischen den vier kommunalen Kliniken der Gesundheit Nord und den Krankenhäusern der freien Trägerschaft. Doch leider wird anhand der Kündigung des Kooperationsvertrags, des Interviews und des Briefs der Gesundheit Nord mit großem Verteiler eines deutlich: Die Monopolisierungstendenz der Gesundheit Nord! Diese Monopolisierungstendenz können und wollen wir, die CDU-Fraktion, nicht zulassen. Wir brauchen einen fairen Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern, keine Machtkonzentration der kommunalen Träger.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zur Erläuterung noch: Im Bundesanzeiger 2008 konnte man damals auch die erklärte Absicht der Gesundheit Nord in einem Lagebericht nachlesen. Dort war nämlich das Ziel ausgeführt „Ausbau der Kooperation mit anderen Leistungsanbietern“. In den letzten Monaten allerdings versucht die Gesundheit Nord bei zahlreichen niedergelassenen Kooperationspartnern, Verträge zu lösen, was dann dazu führt, dass sich Niedergelassene be-

ziehungsweise Kooperationspartner anderweitig orientieren, das Bundesland sogar verlassen, die Kooperation mit anderen Trägern suchen, und die Fälle wandern dann eben auch von der Gesundheit Nord ab. Die Annahme der Gesundheit Nord, dass durch die Kündigung von Kooperationsverträgen der Gewinn für das eigene Haus damit zu steigern wäre, geht nicht auf. Das können wir jetzt schon feststellen. Es findet ganz im Gegenteil eine Fallzahlminderung statt.

Nun, die Verhandlungen über den Kooperationsvertrag mit der Neonatologie haben nun wieder begonnen. Fairer wäre es aus unserer Sicht gewesen, vor der fristlosen Kündigung zu verhandeln und ins Gespräch zu kommen, aber wir hoffen, dass jetzt vielleicht noch einiges quasi zu retten ist.

Jetzt erlauben Sie mir noch eine Bemerkung! Die Versorgung der Neugeborenen durch das Klinikum Bremen-Mitte macht auch aus übergeordneter ärztlicher Sicht für die Frauen und Kinder einen Sinn. Für ein entsprechendes Know-how kommt es auch immer auf einen hohen Ausbildungsgrad und eine hohe Fallzahl an. Beide Krankenhäuser würden im Fall der Kündigung verlieren, nämlich an Versorgungsqualität. Deshalb aus unserer Sicht der Appell an die Senatorin: Anstatt gegen Wettbewerb vorzugehen, sollten wir doch das Wohl der Patienten im Auge behalten und in diesem Sinne bestmögliche Versorgung für die Patienten sicherstellen! - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Monopolstellung: Wir als Sozialdemokraten sind nicht für Monopole. Ich finde aber, der Wettbewerb muss sachgerecht und auch transparent sein. Für uns hat sich das Thema, was wir heute besprechen, eigentlich schon erledigt. Genau wie Sie, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, habe ich mich geärgert, dass ohne Ankündigung der Kooperationsvertrag zwischen St. Josef-Stift und Klinikum Bremen-Mitte durch den Geschäftsführer Herrn Dr. Hansen bis zum Ende des Jahres gekündigt wurde. Das erzeugt aus meiner Sicht unnötigen Ärger und verunsichert auch die schwangeren Frauen mit ihren zukünftigen Geburten.

Wir als SPD-Fraktion wollen eine Zusammenarbeit zwischen beiden Kliniken. Dies ist bisher im Landeskrankenhausplan so verankert. Wir sind auch immer für eine Konzentration der Leistun-

gen, deswegen die Zentrenbildung. Zum Herz-Zentrum im Klinikum Links der Weser habe ich neulich eine Anfrage gestellt. Die Versorgung bei Herzinfarkten ist in Bremen ausgezeichnet, wir liegen bei den Todesraten 45 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt, eine enorm gute Zahl. Wir sind aber auch für eine Kooperation zwischen den Kliniken. Das waren wir immer, das ist unser strategisches Konzept. Wir sind für qualitätssteigernde Maßnahmen in allen Häusern. Das sieht man in unserem Verhalten. Wir wollen Personalstandards, es gab hierzu eine Initiative auf Bundesebene. Wir sind gegen Leiharbeit in Kliniken, höchstens in Spitzen, in Ausnahmesituationen sollte das geschehen. Wir sind für eine ordentliche Bezahlung der Beschäftigten.

Was die Geburtenzahlen anbetrifft, ist es erfreulich, dass vom Jahr 2007 bis 2009 eine Steigerung insgesamt in der Stadt Bremen erfolgte, das können wir in der Beantwortung der Großen Anfrage lesen. Wir wissen, in der ganzen Republik gehen die Geburtenzahlen zurück, und deshalb ist es interessant, dass wir in Bremen in unseren Kliniken steigende Zahlen haben.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage. - Glocke)

Vizepräsident Ravens: Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Abg. **Brumma** (SPD): Nein, im Moment nicht! Erwähnen möchte ich hierbei allerdings auch, Sie haben vorhin Gesundheit Nord gesagt, hier sollte man über die ganze Gesundheit Nord sprechen. Im Jahr 2010 hat zum Beispiel das Klinikum Links der Weser die Hürde von 2 000 Geburten geschafft. Das stand aktuell in der Zeitung, das ist ein außerordentlicher Erfolg. Die anderen Kliniken konnten zumindest ihre Vorjahresergebnisse halten, auch das St. Josef-Stift konnte die Zahl erhöhen. Das macht einmal mehr deutlich, wie gut die Versorgung in unseren Kliniken in diesem Bereich ist, und das wird auch so vom Umland gesehen. Deswegen sollten wir als Haus den Mitarbeitern unseren Dank aussprechen, dass wir solche Ergebnisse in allen Häusern erzielen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Was die zukünftige Landeskrankenhausplanung betrifft, sollten wir die Verhandlungen der Krankenkassen mit den Krankenhäusern abwarten. Wie in jeder Planungsperiode werden viele Wünsche geäußert, das konnte man jetzt nachlesen. Ob sie so in Erfüllung gehen, wie gesagt, dazu sollten wir uns äußern, wenn das Ergebnis da ist. Wir als SPD-Fraktion haben natürlich ein Interes-

se, dass die beste Qualität auch beim Patienten ankommt. Deshalb werden wir die Ergebnisse erst kommentieren, wenn sie vorliegen. Für uns ist wichtig, dass es erfolgreiche Zentren gibt, mit hohen Fallzahlen, die auch qualitativ hervorragend arbeiten. Krankenhäuser dürfen aus unserer Sicht keine Versuchslabore werden, und jeder schnippelt irgendwie an etwas herum, nur damit er zusätzliche Einnahmen erzielt. Hier hat betriebswirtschaftliches Denken eindeutig hinter dem volkswirtschaftlichem Denken zurückzustehen.

Wir begrüßen auch, dass im konkreten Fall die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden und es hoffentlich zu einer einvernehmlichen Lösung kommt. Durch das St. Josef-Stift wurde auch mitgeteilt, dass es bei einer Kooperation seinen Antrag eventuell zurückziehen will. Auch hoffen wir, dass die zukünftige Kommunikation der Akteure nicht zur Verunsicherung von Patientinnen und Patienten und der Öffentlichkeit führt, denn dies schadet allen Kliniken und bringt keine besseren Ergebnisse für alle unsere Kliniken. In diesem Sinne ist dieser Appell zu verstehen. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist leicht zu begreifen, was hier geschehen ist. Ein Konkurrent der Gesundheit Nord ist durch diesen Kooperationsvertrag gefördert worden, und nachdem der Konkurrent jetzt stärker geworden ist, zieht man diese Förderung zurück. Dann hat es einen großen Aufschrei gegeben. Jetzt gibt es Verhandlungen. Nach meinem Eindruck geht der Weg so weiter, dass man jetzt sagt, wir setzen die Kooperation fort, und wir wollen eine solche Konkurrenz auch nicht haben, wo der eine versucht, den anderen zu überflügeln und letztlich aus dem Feld zu schlagen. Insofern, da stimme ich meinem Vorredner zu, ist die Situation erst einmal so weit auf einem guten Weg. Es ist da aber meines Erachtens doch deutlich geworden, dass Handlungsbedarf besteht, denn das Klinikum Bremen-Mitte muss möglicherweise darüber nachdenken, warum es mehr Zuwachs aufseiten der Klinik in freier Trägerschaft gegeben hat.

Wir haben auf der letzteren Seite 100 zusätzliche Geburten und beim Klinikum Bremen-Mitte nur 60 zusätzliche Geburten. Das scheint mir, auch zusätzlich ein Hintergrund zu sein. Natürlich müssen

*) Vom Redner nicht überprüft.

wir hier einen positiven Wettbewerb befürworten. Wenn schon Wettbewerb überhaupt sein muss, dann natürlich nicht auf Kosten der Bediensteten und nicht auf Kosten womöglich jetzt mangelnder Qualität, sondern ein Wettbewerb der guten Qualität und des guten Umgangs mit dem Personal. Die Arbeitsverdichtung auf den Stationen hat eine kritische Grenze erreicht. Auf diese Situation mit Qualitätsverbesserung und Angebotsverbesserung zu reagieren, ist, glaube ich, der richtige Weg. - Danke schön!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP)^{*)}: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Insgesamt kann man sagen, ist es doch bemerkenswert, wie sich die zuständige Senatorin in der Beantwortung der Großen Anfrage windet. Es ist schon ganz beachtlich nach dem Aufschrei, den es gegeben hat, dass dann hier argumentiert wird, es sei nun geradezu eine Errungenschaft der Gesundheitsministerin, dass sie es nun erreicht habe, dass man an einen Tisch zurückkehrt. Das Tischtuch hatte zuvor die Gesundheit Nord zerschnitten in einer, wie ich fand, ziemlich ungeeigneten Art. Ich frage mich auch, Frau Senatorin, wenn diese Kooperation denn so positiv von Ihnen bewertet worden ist - meines Wissens sind Sie auch in den Aufsichtsgremien der Gesundheit Nord vertreten - : Wie kann es denn sein, dass die Geschäftsführung offensichtlich auch ohne Rücksprache mit Ihnen solch einen Schritt hier vollzieht, wenn der fachlich gar nicht gerechtfertigt ist? Da muss man sich doch auch einmal fragen, wie es um die Eignung der Personen bestellt ist, die Sie in die Geschäftsführung der Gesundheit Nord berufen haben.

Insofern glaube ich, dass diese Debatte richtig ist, weil sie deutlich macht, dass die freien Krankenhausträger in unserer Stadt wettbewerblich sehr gut aufgestellt sind, dass dies auch zu Recht von den Krankenkassen - das ist auch deutlich geworden - gewünscht ist, dass es einen Wettbewerb gibt. Übrigens, Herr Brumma, nicht auf Kosten der Patienten, sondern zum Nutzen der Patienten und der Versicherten, gerade derjenigen, die in den gesetzlichen Krankenversicherungen versichert sind, weil es auch darum geht, dort vernünftige Angebote vorzuhalten, die eine hohe Qualität haben! Ich glaube, da redet man doch ein wenig daran vorbei, wenn hier von Leiharbeit oder Ähnlichem die Rede ist. Dann zeigen Sie mir doch einmal auf, wo in diesem hier in Rede stehenden

Bereich denn mit Leiharbeitskräften gearbeitet wird. Mir ist davon nichts bekannt, und ich glaube auch, das geht wirklich an der Debatte vorbei.

Im Übrigen würde ich es auch schon begrüßen, wenn wir da auch einmal deutlich machten, dass es eben gerade die freien Krankenhausträger sind, die Hervorragendes beitragen. Wir wollen als Liberale eindeutig keine Monopole, deshalb haben wir auch als einzige Partei in Bremen deutlich gesagt, wir wollen hier ein neues Modell ausprobieren. Wir glauben, dass die Marktmacht der Gesundheit Nord mit ihrem Marktanteil zu groß ist und dass es sich in der Vergangenheit eben nicht als richtig herausgestellt hat, dass die Stadt immer wieder auch dort versucht hat, Vorteile zu schaffen oder zumindest diesen Marktanteil abzusichern. Dies kann nicht sinnvoll sein, dass Bremen sich dort in einem Markt in dieser Art und Weise einmischt. Wir wollen einen vernünftigen Wettbewerb. Dazu gehört auch eine vernünftige Marktstruktur.

Deshalb haben wir auch deutlich gemacht, dass es uns darum geht, dass wir die Risiken, die die Stadtgemeinde Bremen in Form von hunderten Millionen Euro Bürgschaften für die Gesundheit Nord übernommen hat, perspektivisch loswerden müssen und es auch sinnvoll ist, darüber nachzudenken, ob man nicht die guten Erfahrungen, die wir mit den freien Trägern gemacht haben, ein Stück weit nutzen kann, um über die Zukunft der Gesundheit Nord nachzudenken, gerade mit Blick auch auf eine mögliche Privatisierung dieses Betriebs. Ich freue mich, wenn die Kolleginnen und Kollegen der CDU sich diesem Gedanken ein Stück weit mehr öffnen.

Frau Mohr-Lüllmann, ich habe mich sehr über Ihren Redebeitrag gefreut. In den letzten Jahren war es dann eher die Frage - mehr haben Sie sich dann nicht getraut -, das als Einheitsgesellschaft zu organisieren, ja oder nein. Ich freue mich auf eine auch in Zukunft gute Debatte mit Ihnen, wenn wir dort tatsächlich auch über Wettbewerb und Marktwirtschaft ein Stück weit mehr sprechen. Ich will das ganz ausdrücklich sagen, ich glaube, keiner der vielen tausend Patienten, die die freien Kliniken und ihre medizinischen Angebote genutzt haben, wird zu dem Schluss gekommen sein, dort nun erheblich schlechter behandelt worden zu sein. Die meisten sind sogar zufriedener mit den Angeboten, die sie dort finden, als in den städtischen Kliniken. Das darf an dieser Stelle auch einmal gesagt werden.

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Was reden Sie da eigentlich?)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Ich würde schon glauben, dass es sinnvoll ist, auch die Situation von Herrn Dr. Hansen einmal in den Blick zu nehmen. Dieser Mann richtet mit seinen eigenmächtigen Entscheidungen in der Krankenhauslandschaft in Bremen großen Schaden an. Ich glaube, liebe Frau Senatorin Rosenkötter, dort wäre es wichtig, darauf ein Augenmerk zu haben, dass dort keine eigenmächtigen und unabgestimmten Entscheidungen getroffen werden, die sich offensichtlich nicht mit dem fachlich haltbaren Urteil begründen lassen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Möllenstädt sagte gerade, als er die Antwort las, hätte er den Eindruck gehabt, die Senatorin windet sich. Ich hatte komischerweise beim Lesen des gleichen Textes einen völlig anderen Eindruck. Ich habe selten eine klarere, präzisere und auf den Punkt genaue Antwort des Senats zu einer Fragestellung gelesen als diese. Ich weiß gar nicht, wo Sie in diesen Antworten ein Sich-Winden entdecken können. Es steht darin, was der Senat von diesem Vorgang hält, was er angeregt hat und was jetzt auf die Reise gebracht worden ist, eine, wie ich finde, hervorragende Antwort des Senats an dieser Stelle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Die anderen sind auch nicht schlecht!)

Es ist ein ernstes Thema, wenn man krank ist und ins Krankenhaus kommt, aber fast könnte man ein bisschen amüsiert sagen, es ist schon lustig, wie Sie mit den Begriffen Markt und Marktwirtschaft umgehen. Wenn Sie sich genau ansehen, was passiert ist, hat sich eigentlich in Ihrem Sinne das Klinikum Bremen-Mitte beziehungsweise die Gesundheit Nord extrem marktkonform verhalten, nämlich in einem sehr harten Wettbewerb versucht, Marktanteile für sich zu sichern und sich dort als Marktteilnehmer zu verhalten. Das fordern Sie sonst ein. In dem Fall aber, weil es ein staatliches Unternehmen ist, sagen Sie jetzt, das darf es nicht, das dürfen nur andere. Markt gehört immer allen, sehr geehrter Herr Dr. Möllenstädt, Markt betrifft immer alle, und nicht so, wie Sie es gern hätten: Die staatlichen Betriebe sollen sich zurückhalten, und alle anderen dürfen dann gern Marktwirtschaft spielen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das ist nicht die Auffassung der Koalition an dieser Stelle, das ist nicht die Auffassung der Grünen. Wenn Sie hier immer von Monopol sprechen, finde ich das gegenüber den freien Kliniken nicht in Ordnung. Wir haben hier eine lebendige, vitale und sehr leistungsfähige Landschaft von freien Kliniken und sind weit davon entfernt, irgendeine Monopolsituation der kommunalen Krankenhäuser zu haben. Wenn Sie die ganze Zeit sagen, auch Frau Dr. Mohr-Lüllmann, wir hätten hier monopolähnliche Zustände, negieren Sie völlig, dass wir hier eine wirklich äußerst leistungsfähige und bunte Krankenhauslandschaft in freier Trägerschaft haben, die wir auch gern erhalten wollen. Allerdings, wie einige auch schon gesagt haben, zu fairen Bedingungen, aber dann auch bitte faire Marktbedingungen für alle Seiten dieses Krankenhauswettbewerbs hier in Bremen, meine Damen und Herren.

Es geht hier in dieser konkreten Frage meines Erachtens um ein schwieriges Austarieren der Frage Markt und marktgerechtes Verhalten einerseits, Kooperation andererseits. Die Auffassung der grünen Fraktion ist, dass wir beides brauchen, weil die Kooperation etwas ist, wo zwei Marktteilnehmer zu ihrem eigenen Wohl und vor allen Dingen zum Wohl der Patienten gut zusammenarbeiten. Das betrifft aber auch wieder beide Seiten. Jetzt muss man schon einmal andeuten, dass der angekündigte Antrag des St. Joseph-Stifts, eine eigene Neonatologie im Krankenhausplan zu beantragen, natürlich auch ein Signal war in die Richtung, genau wie dann die Antwort der Gesundheit Nord auch ausgesehen hat, sich nämlich in diesem Markt mit Maßnahmen auch aus der Kooperation heraus zum eigenen Nutzen zu behaupten. Dann hat die Gesundheit Nord, wie es völlig legitim ist, auch darauf reagiert.

Ich teile die Einschätzung, dass es in dem Fall klüger gewesen wäre, sich erst einmal hinzusetzen und zwischen den Partnern - diese Partnerschaft hat hervorragend funktioniert - in Ruhe zu sprechen, statt übereilt eine solche fristlose Kündigung zu machen. Ich teile diese Auffassung vollständig, halte das auch für einen übereilten Schritt, weil dabei etwas herausgekommen wäre, was der Senat in seiner Antwort jetzt als politisches Signal ganz deutlich formuliert. Herausgekommen wäre dabei, dass man sich hingewetzt hätte und weiter in diesem sehr sensiblen Bereich der Neonatologie kooperiert hätte und das zum Wohl der Patientinnen und Patienten. Das wäre genau die richtige Situation gewesen. Insofern hat der Senat - weil das manchmal natürlich auch bei eigenen Betrieben notwendig ist - ein klares politisches Signal gesetzt, dass er das so für nicht richtig gehalten hat, und gesagt, wohin die Reise ge-

hen soll. Als Anteilseigner kann er das. Das ist in der Senatsantwort auch enthalten.

Insofern sind wir in diesem sehr hart umkämpften Gesundheitsmarkt immer, ob wir im Krankenhaussektor nun in staatlicher oder in freier Trägerschaft agieren, gezwungen, uns auch an diesem Gesundheitsmarkt zu orientieren. Die FDP trägt durch ihren Bundesgesundheitsminister dazu bei, dass dieser Markt quasi unter verschärften Bedingungen stattfindet. Nun werfen Sie hier Marktteilnehmern wie der Gesundheit Nord vor, dass sie auf Bedingungen reagieren, die Sie auf Bundesebene mit Ihrem Gesundheitsminister geschaffen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das ist auch ein wirklich tolles Stück. Davon kann man viel lernen. Insofern halten wir den Schritt, der gegangen worden ist, für übereilt und auch für falsch, weil diese Zusammenarbeit zwischen den beiden Häusern zum Wohle aller eine sehr gut angelegte Kooperation ist, und wir entnehmen der Senatsantwort, das ist auch der Wunsch unserer Fraktion, dass diese Kooperation in Zukunft umgesetzt wird. Daher werden wir auch noch in Zukunft zwischen marktgerechtem Verhalten und gemeinsamem Vorgehen der Bremer Krankenhäuser abwägen und es immer neu zu bewerten haben. In diesem Fall ist das auf einem sehr guten Weg. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zusammenarbeit des Klinikums Bremen-Mitte mit dem St. Joseph-Stift ist über den Landeskrankhausplan bereits 1998 angestoßen worden. Sie hatte zum Ziel, die neonatologische Versorgung zu verbessern. Die Zusammenarbeit ist kurz darauf etabliert worden. Nach meiner Information lief diese Zusammenarbeit in der ganzen Zeit auch problemlos. Die Kooperation war und ist ein wichtiger Beitrag zur guten neonatologischen Versorgung in der Stadt Bremen und ganz sicherlich auch darüber hinaus.

Im Mai 2010 hat das St. Joseph-Stift im Rahmen der Fortschreibung des Krankenhausplans einen Antrag auf die Umwandlung der bisher in Kooperation vorgehaltenen sechs Betten in eine eigenständig betriebene neonatologische Einheit eingereicht. Nach eigenem Bekunden war dies aller-

dings nur ein vorsorglicher Antrag für den Fall, dass das Klinikum Bremen-Mitte den Kooperationsvertrag kündigt. Das ist von der GeNo-Geschäftsführung offenbar hier auch missverstanden worden und führte dazu, dass im Gegenzug das Klinikum Bremen-Mitte den Kooperationsvertrag Ende November mit Wirkung zum 31. Dezember 2010 gekündigt hatte.

Da ich nach wie vor der Meinung bin, dass die jahrelange gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Häusern ganz im Sinne der Mütter und vor allen Dingen der Kinder als wichtiger Baustein der neonatologischen Versorgung erhalten bleiben soll, habe ich die Geschäftsführungen der beiden Krankenhäuser gebeten, Verhandlungen über eine vertragliche Lösung zur Fortsetzung dieser Kooperation aufzunehmen. Die Gespräche werden zurzeit geführt, es wird im Krankenhausausschuss auch über den Ausgang dieser Gespräche berichtet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu dem Thema Wettbewerb zwei, drei Sätze sagen: Wettbewerb auch unter den Krankenhäusern? Ja! Grundlage der Krankenhausplanung, besonders in Spezialgebieten - und davon reden wir in diesem wie auch in anderen Fällen, die hier an einigen Stellen genannt waren -, war es bisher, das Kompetenz-Know-how konzentriert einzusetzen, um unnötige und unwirtschaftliche Doppelstrukturen zu vermeiden und letztendlich die beste medizinische und pflegerische Versorgung für die Patientinnen und Patienten sicherstellen zu können.

Hier ist meines Erachtens vor dem derzeitigen Hintergrund eine Verständigung und Kommunikation über die geltenden und zukünftigen Rahmenbedingungen und über die Grundlagen und Grundlinien wichtig. Dazu müssen sich die Krankenkassen, die Krankenhausgesellschaft und alle anderen an den Tisch setzen, um zu sagen, wir wollen auch weiterhin auf dieser Grundlage, mit der Bremen in den letzten, ich will einmal sagen, zwanzig Jahren hervorragend gefahren ist, für die Menschen in Bremen und umzu gerade in Spezialbereichen höchste medizinische Qualität anzubieten, weiterarbeiten. Daran habe ich ein ganz großes Interesse. Ich denke, das ist etwas, das auch weiterhin die Grundlage in den Gesprächen bilden muss. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 17/685 S, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Halteverbotschilder im Concordia-Tunnel aufstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Dezember 2010
(Drucksache 17/679 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, vielen Dank für den Doktor!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Wenn die Schilder stehen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben Ihnen heute diesen Antrag vorgelegt, weil wir das leidige und endlose Thema Concordia-Tunnel endlich abschließen möchten und diese Straße dafür freimachen wollen, wofür sie gebaut worden ist. Dieses wichtige Infrastrukturprojekt wurde ja noch zu einer Zeit geplant und mit dem Bau begonnen, als der Regierung die Erreichbarkeit der Stadt als Oberzentrum noch wichtig war.

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das konnte man im Weihnachtstrubel bemerken, wie leer die Innenstadt geworden ist! Man bekam leider keine Luft!)

Schon damals aber gab es kontroverse Debatten darüber, wie und wie groß beziehungsweise wie breit. Ich weiß noch, da haben sich sogar Menschen angekettet, und es gab Lichterketten, und die Grünen waren bei allem voran. Ich glaube aber, dass der damalige Kompromiss der richtige war, und dieser Kompromiss wird und wurde auch von der Mehrheit der Bevölkerung so getragen.

Was wir aber in den letzten Wochen seit der Fertigstellung erleben, ist schon haarsträubend. Bremen baut eine wichtige Einfallstraße für circa 20 Millionen Euro um, und als sie fertig ist, wird es der breiteste Bürgersteig dieser Stadt beziehungsweise der teuerste Parkplatz!

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Koalition, und Sie wundern sich, dass die Geberländer ein ungutes Gefühl beim Finanzausgleich haben!

(Beifall bei der CDU)

Aber es wird ja noch besser! Als die Bürgerinnen und Bürger und die öffentliche Meinung sich über ihren Ärger Luft verschaffen, sagt Herr Dr. Loske einfach, aus unserer Sicht gibt es derzeit keine tatsächlichen Beeinträchtigungen des Verkehrsflusses, deshalb werden wir auch kein Halteverbot einführen. Um seine Meinung zu untermauern, will Herr Senator jetzt Videokameras installieren. Das finde ich ganz toll! Auf dem Bahnhofsvorplatz zur Kriminalitätsbekämpfung ist das für die Grünen immer sehr problematisch, aber bei Autofahrern ist das ja kein Problem. Was ist das für eine Symbolik?

(Beifall bei der CDU - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Verkehrsmanagementzentrale haben wir nicht erfunden!)

Aber mittlerweile geht die SPD ja auf Distanz. So sagte Herr Tschöpe, ich meine zu Recht, ich zitiere: „Wer Verkehrspolitik für den sechstgrößten Industriestandort machen will, muss Pragmatismus walten lassen. Ich wage zu bezweifeln, dass man für den Standort mit Symbolen, Visionen und Profilierungen weiterkommt.“ Da hat er recht. Ich höre die Worte, doch mir fehlt der Glaube, denn ehrlicherweise, liebe SPD, können Sie nicht so tun, als wenn von Ihnen das Problem jetzt zum ersten Mal so wahrgenommen wurde. Da hoffe ich auch, dass er jetzt einmal ein bisschen härter eingreift. Ihr Herr Fraktionsvorsitzender ist ja heute leider nicht da, aber er kann sich natürlich nicht hinstellen und sagen, ich zitiere noch einmal: „Das Nichtaufstellen von Parkverbotschildern ist nicht mitbestimmungspflichtig.“ Das ist richtig, aber das reicht uns nicht, und sie betonen ja alle immer, Sie sind der größere Partner, also handeln Sie auch danach, beenden Sie endlich diese Farce, und setzen Sie sich durch!

(Beifall bei der CDU)

Heute können Sie es ja ganz einfach machen, Sie können im Grunde genommen den Worten Taten folgen lassen, Sie brauchen eigentlich nur unserem Antrag zuzustimmen, dann können wir Parkverbotschilder aufstellen, und das Thema wäre damit soweit beendet. Der Herr Senator und vor ihm Frau Dr. Schaefer werden gleich wieder das Übliche sagen, wir seien die Autofahrer-Partei, wir seien die Lobbyisten für die Unternehmen und hier im ganz Besonderen für die Logistikunternehmen, wir seien Lobbyisten für die Handwerker,

und alles ist im Grunde genommen ganz schrecklich.

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Lassen Sie sie doch ihre eigene Rede halten!)

Aber, sehr geehrter Herr Senator, ich möchte von Ihnen einfach eine Erklärung! Es reicht mir nicht aus, was Sie bisher gesagt haben. Wie können Sie begründen, wenn wir solch eine Straße bauen, dass Sie sie einfach so ohne eine Rechtsgrundlage, ohne einen Beschluss der Bürgerschaft, der Baudeputation, künstlich verengen? Können Sie das einfach so machen? Das möchte ich von Ihnen begründet haben, und dann lassen wir uns vielleicht überzeugen. Ich glaube es nicht, aber wir machen diese Symbolpolitik nicht mehr mit. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Parken im Concordia-Tunnel war ja letzte Woche schon einmal Thema in der Baudeputation. Zunächst, Herr Strohmann, ist es so, dass der Tunnel bis jetzt schon elektronisch seit der Baustellenaktivität per Verkehrsbeeinflussungsanlage überwacht wird. Damit werden nicht neue Videokameras installiert, es gibt schon welche, aber eine Verkehrsbeeinflussungsanlage ist auch etwas anderes als einfache Videokameras, das wissen Sie auch. Sie haben zumindest einen Antrag für diese Bürgerschaftswoche gestellt und die länderübergreifende Vernetzung von Verkehrsbeeinflussungsanlagen gefordert! Insofern setze ich voraus, dass Sie wissen, worum es hier geht.

Diese Verkehrsbeeinflussungsanlage dient dazu zu schauen, ob es überhaupt Staus gibt, und wenn es welche gibt, dann dementsprechend jederzeit gegenzusteuern. Bisher - und das kann man auch transparent im Internet nachverfolgen - gibt es keine nennenswerte Staus, und das ist auch ein Dissens zu Ihrem Antrag, worin Sie nämlich schreiben, es gäbe weiterhin lange Staus vor und hinter dem Tunnel, und das ist nicht nur ein Gefühl aus dem Bauch heraus, sondern das kann man im Internet nachschauen. Es gibt Belege, dass es diese Staus nicht gibt, und wenn doch, dann sind sie schon bei der Ampel vorher, aber nicht in dem Tunnel, und insofern sehen wir als Grüne auch keine Notwendigkeit, das Parken stadteinwärts zu unterbinden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Allerdings sprechen Sie, meine Damen und Herren von der CDU, die lange Bauzeit des Concordia-Tunnels in Ihrem Antrag explizit an, es waren knapp vier Jahre. Hierunter haben eben nicht nur die Anwohner und die Autofahrer gelitten, sondern ganz massiv die ansässigen Geschäftsleute, und wenn man sich dort einmal in dem Bereich rund um den Concordia-Tunnel umschaute, dann stellt man fest, dass es dort Bücher- und Küchenläden, Raumdesigner, Apotheken, Ärzte, Restaurants et cetera gibt. Gerade diese Geschäftsleute profitieren von den Parkmöglichkeiten für ihre Kunden. Meine Damen und Herren, wollen Sie jetzt der dortigen Wirtschaft diese Art von Kompensation wegnehmen? Die Geschäftsleute dort haben eine vier Jahre lange Durststrecke mit finanziellen Verlusten hinter sich.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Jetzt haben sie schöne Parkplätze! Im Tunnel! Toll!)

Unterhalten Sie sich mit diesen Geschäftsleuten, sie sind darauf angewiesen, dass ihre Kundschaft zurück zu ihnen kommt, und wenn das Parken dort jetzt verboten wird, nur damit Autofahrer wieder ein paar Sekunden schneller in der Innenstadt sind, dann geht das Aufstellen der Parkverbotschilder eindeutig zulasten der dort ansässigen Geschäftsleute, und das wollen wir nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da sind wir auch im Dissens mit der Handelskammer, die nämlich das Aufstellen der Parkverbotschilder propagiert. Ich finde, die Handelskammer hat nicht nur eine Verantwortung für die großen Unternehmen, sondern auch für die kleinen Geschäfte vor Ort, denn die sind auch Mitglieder dieser Institution.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Herr Strohmann, ich werde das Gefühl nicht los, dass Sie von der CDU nur ein Herz für die Autofahrer haben und dabei aus den Augen verlieren, dass in Bremen Menschen auch an großen und viel befahrenen Straßen wohnen, die froh sind, wenn Verkehrspolitik auch die Bedürfnisse von Anwohnern, die Sicherheit von Verkehrsteilnehmern, Barrierefreiheit, aber wie in diesem Fall auch die Interessen der ansässigen Wirtschaft im Fokus hat.

Ich würde mich freuen, wenn Sie sich, genauso wie wir, differenziert mit den einzelnen Verkehrsthemen auseinandersetzen würden. Dann würden Sie sehen, dass unsere Verkehrspolitik versucht, möglichst alle Interessen zu berücksichtigen und natürlich auch die der Wirtschaft, aber nicht nur ausschließlich. Wir schließen uns dem Beiratsvo-

tum an, der hat sich nämlich sehr eindeutig mit den Stimmen von Rot-Grün im Beirat für den Erhalt der Parkplätze ausgesprochen. Diesem Votum schließen wir Grünen uns voll und ganz an.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde es in der Verkehrspolitik eigentlich auch sehr spannend, dass da, wo sonst Parkplätze wegfallen, und das weiß ich auch noch aus meiner Beiratsarbeit im Gebiet Neustadt, gerade die CDU-Mitglieder ganz oft aufschreien: Das finden wir doof, dass hier Parkplätze wegfallen! Jetzt setzen Sie sich in diesem Fall dafür ein, dass Parkplätze, wo sonst ja Wegfall bemängelt wird, plötzlich wegfallen sollen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das ist abenteuerlich!
Wir wollen keinen Parkplatz für 20 Millionen Euro!)

Da wird auch immer geschaut, wie das wirklich bei Ihnen so hinpasst!

Falls es wirklich zu Staus im Bereich des Concordia-Tunnels kommen und sich die Verkehrssituation deutlich verschlechtern sollte, kann man immer noch über Gegenmaßnahmen nachdenken, aber gegenwärtig geben die Verkehrszahlen keinen Anlass zu solchen Halteverboten.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das sieht Herr Tschöpe anders!)

Einig sind wir uns, dass das aufgesetzte Parken auf den Fahrradwegen untersagt und kontrolliert werden soll, das fordern wir auch. Der CDU-Antrag lässt auf jeden Fall mit der Forderung der Aufstellung der Halteverbotsschilder die ansässigen Geschäftsleute im Regen stehen, und das finden wir falsch. Wir sind aber bereit, uns fachlich und sachlich weiterhin mit dem Thema auseinanderzusetzen. Wir stehen jederzeit für Diskussionen zur Verfügung. Wir stehen auch noch einmal in der Baudeputation zur Verfügung, um unsere Argumente hier noch einmal mit Ihnen weiter zu diskutieren und unsere Argumente auch dort zu vertreten. Ich halte aber jetzt für uns Grüne fest, wir halten das Aufstellen von Halteverbotsschildern eindeutig für das falsche Signal für die Anwohnerinnen und Anwohnern, für den Beirat, aber vor allen Dingen auch für die betroffenen Geschäftsleute. Wir beantragen trotzdem, weil wir uns der Diskussion weiterhin stellen wollen, eine Überweisung in die Baudeputation.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Hört, hört!)

Aber, wie gesagt, wir halten das Aufstellen von Halteverbotsschildern für ein eindeutig falsches Signal. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Abg. Röwekamp [CDU]: Aber dann können Sie doch lieber ablehnen als überweisen!)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kasper.

Abg. **Kasper** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Oppositionsführer, auf Antrag der CDU-Fraktion soll die Stadtbürgerschaft einen Antrag zur Beschilderung in der Schwachhauser Heerstraße beschließen. Mit dieser Beschilderung soll erreicht werden, dass eine zweispurige Nutzung des Concordia-Tunnels möglich ist. Meine Damen und Herren, eine mehrspurige Nutzung ist vorhanden, auf der einen Spur wird gefahren, auf der anderen Spur wird geparkt.

(Heiterkeit)

Dann müssen Sie Ihre Anträge deutlicher formulieren und nicht in Form solch einer unpräzisen Darstellung! Ich will Ihnen gern Hilfestellung reichen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Wir übernehmen Ihre Änderungen!)

Was wollen Sie denn ändern? Sie ändern, glaube ich, nichts daran, das ist das Schöne. An der Beschlusslage nachher ändern Sie nichts. Sie haben gefordert, dass man dort nicht mehr parken darf. Wollen Sie kurzzeitig parken, um das Dienstleistungsangebot dort zu ermöglichen, wollen Sie es ganz unterbinden, dann vergraulen Sie es sich mit den Geschäftsleuten? Frau Dr. Schaefer hat es vorhin gesagt, wir waren mit einigen SPD-Abgeordneten dort und haben mit den Einzelhändlern in dem Bereich gesprochen, und die waren ganz bitterlich gebeutelt durch die Baustelle, das erkennen wir gemeinsam an.

Jetzt ist es so, dass die Verkehrslage es ermöglicht, dass zurzeit an der Stelle noch geparkt werden kann. Wenn Sie jetzt sagen, teure Parkplätze für 20 Millionen Euro - -: Kann es sein, dass die Ausgangslage eine andere war, dass vielleicht die Deutsche Bahn eine Brücke erneuern wollte? Kann es sein, dass die BSAG Gleise erneuern wollte? Kann es sein, dass die Durchfahrtshöhe verändert werden sollte, damit da nicht Lkw hängen bleiben, die Fahrdrähte der BSAG abreißen und dadurch dann der ÖPNV zum Erliegen kommt? War das nicht irgendwie Ausgangslage?

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Sie behaupten außerdem in Ihrem Antragstext, dass vor und hinter dem Tunnel lange Staus sind, den richtigen Beweis dafür sind Sie bisher schuldig geblieben. Auf der Sitzung des Beirats Schwachhausen am 20. Januar 2011, das war in der vergangenen Woche, wurde - -.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Einen Kilometer Stau morgens um 8.30 Uhr! - Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Um 7.30 Uhr auch!)

Wie war es auf dem Heerstraßenzug in Burg-Grambke, wie war es an der Hafенrandstraße, wie war es auf den Delben, wie war es in anderen Stadtteilen? Da gab es keinen Stau, da gab es hervorragenden fließenden Verkehr? In welcher Stadt leben Sie, Herr Kastendiek? Diese Verkehrsbehinderungen gibt es an jeder Einfallstraße zu den Hauptverkehrszeiten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zurück zum Beirat Schwachhausen! Dort hatte die CDU auch den Vorschlag gemacht, Halteverbotschilder aufzustellen. Es gab dann laut Pressebericht Aussagen von Beiratsmitgliedern, bestätigt durch die örtliche Polizei, die ganz andere Beobachtungen gemacht haben. Es wird dann auch in der Presse eine Vertreterin des Amts für Straßen und Verkehr zitiert: „Es liegt keine Beeinträchtigung vor, somit gibt es kein Erfordernis für ein Park- oder Halteverbot.“ Das ist die Aussage des Amts für Straßen und Verkehr. Deshalb war es auch nicht verwunderlich, dass die Beiratsmehrheit den CDU-Antrag abgelehnt hat, zumal alle Beiräte zusammen dieses Beirätegesetz, das aktuell ist, beschlossen haben, dessen Paragraf 10 Absatz 1 Nummer 3 sagt, dass Beiräte Entscheidungsrechte im Bereich verkehrslenkende, -beschränkende und -beruhigende Maßnahmen haben. Wollen wir diese Beiräterechte wieder aushebeln? Ich nicht!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Frau Dr. Schaefer hat schon gesagt, wir müssen ganz eindeutig das aufgesetzte Parken vor dem Tunnel verhindern. Dort ist eine neue Nebenanlage für viel Steuergeld entstanden, dort ist ein Radweg geschaffen worden mit dem Schutzstreifen dazu, und es kann nicht sein, dass sich Autofahrer dort einen Parkplatz suchen, wo er nicht sein darf.

Jetzt habe ich mich selbst ein bisschen aufgeregt, obwohl ich eigentlich unaufgeregt sein wollte, und ich denke, dieses Unaufgeregte würde dieser Stadt in der Diskussion im Verkehrsbereich auch besser zu Gesicht stehen. Meiner Einschätzung nach interessiert viele Einwohner und Pendler ein Halteverbot im Concordia-Tunnel überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wer täglich zwischen dem Hohenesch und der Kurt-Schumacher-Allee oder der Drebberstraße und dem Roggenkamp oder auf dem Beginnenlande und Waltjenstraße fährt, hat genauso Zeiten, in denen der Straßenverkehr steht, zähflüssig ist, egal ob es einspurig oder zweispurig ist. Auf allen Strecken gibt es technische Bauwerke wie Überführungen oder Tunnel.

Wir sollten nach meiner Meinung auf ein Normalmaß der Diskussion in dieser Stadt zurückkehren. Unser gemeinsames Ziel für den Straßenverkehr sollte sein, so viel wie nötig, aber so wenig wie möglich. Wir werden uns dem Vorschlag der Überweisung an die Baudeputation anschließen, und ich hoffe, dass wir dort dann fachausgerichtet diskutieren unter dem Begriff Concordia. Concordia ist Latein und heißt Eintracht! - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Rupp.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Der will zweistreifig parken!)

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon interessant, warum solch eine Debatte geführt wird. Die erste Frage, die sich aufdrängt, und das ist auch nach dem bisherigen Verlauf der Debatte so, ist, dass man nichts weiter will, als irgendeine Form des Populismus vor den Wahlen hochzukochen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Nur damit die Bonzen mit ihren Autos parken können! - Abg. Strohmann [CDU]: Aus Schwachhausen! - Abg. Röwekamp [CDU]: Bonzen aus Schwachhausen!)

Ich hoffe, dass sich die CDU-Fraktion wieder ein bisschen beruhigt, Sie müssen mir ja nicht zuhören, aber ich würde schon ganz gern fortfahren. Es gibt natürlich Formen von Populismus, die auf

*) Vom Redner nicht überprüft.

einer Form von Demagogie beruhen, die meines Erachtens nicht zulässig ist.

Soweit mir bekannt ist, ist dieser Tunnel, ist diese Brücke nicht von dieser Regierung beschlossen worden, sondern von einer anderen. Ich weiß, dass die Menschen im Stadtteil seit Jahren darauf hinweisen, dass ein solcher Ausbau erstens nicht gewollt und zweitens überflüssig ist. Jetzt ist es so, jetzt hat man unter anderem, weil man da eine Bahnbrücke bauen wollte, die wäre auch nicht wesentlich, vielleicht 10 bis 15 Millionen Euro für eine zweispurige Straße - -. Was wäre dabei herausgekommen? Einen hohen Teil dieser Summe hätte man ausgeben müssen, um eine neue Brücke zu bauen, um Lärmschutz zu machen und so weiter.

Dann hat man gesagt, wir halten an einem Plan, eine Stadtautobahn in Bremen einzurichten, fest und bauen das einmal vierspurig in der Hoffnung, dass wir dort dann irgendwie durchjagen können. Ich kenne Pläne, da wollte man die ganzen Häuser, die Apotheke, alles dort auf der Ecke wegreißen, also das war absurd! Das waren Pläne, die spätestens seit den Fünfziger-, Sechzigerjahren eigentlich auf den Müllhaufen der Stadtplanung gehören, aber hier hat man sie noch weiter verfolgt.

Jetzt haben wir eine Situation, jetzt sagen Sie, jetzt haben wir die teuersten Parkplätze Bremens. Ich sage einmal, bekommen wir von den 20 Millionen Euro etwas wieder, wenn wir da fahren? Nein, die Logik ist, Sie haben mit 20 Millionen Euro möglicherweise viel Geld in einen Ausbau gesteckt, der notwendig war. Jetzt verlangen Sie, dass man zu diesem Übel ein Weiteres hinzufügt, nämlich eine Lärmbelastung der Anwohnerinnen und Anwohner durch einen vierspurigen Straßenverkehr und auch einen Verzicht der örtlichen Geschäftsleute auf möglicherweise sogar notwendigen Parkraum. Jetzt wollen Sie einem Übel ein Weiteres hinzufügen. Das ist der Kern Ihres Anliegen, weil besser wird dadurch, dass man da die Halteverbotsschilder aufstellt und dort nicht mehr parkt, gar nichts.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es wird einfach nur unterm Strich schlechter!

Deswegen sage ich, es ist eine Form von demagogischem Populismus, wo Sie einfach Zahlen miteinander vergleichen und Stimmung gegen etwas machen, das in dieser Stadt langsam, aber sicher meines Erachtens Einzug erhält, nämlich die Erkenntnis, dass eine moderne Stadt wie Bremen mit einem modernen und lebendigen Kern, mit einer lebendigen Geschäftswelt zwei

Dinge nicht braucht, erstens, eine Stadtautobahn für Pkw und zweitens, eine Durchgangsstraße für mautpflichtige Lkw, die einmal quer durch die Stadt geht. Das braucht eine moderne Großstadt nicht mehr. Das weiß man heute, man braucht andere Dinge. Deswegen ist es völlig richtig, an dieser Stelle die Halteverbotsschilder nicht aufzustellen, dort zu parken.

Im Übrigen, wenn man solch ein Problem des Straßenverkehrs einmal hydrodynamisch betrachtet, wird man feststellen, wenn man dort möglicherweise vierspurig aufmacht, hat man gegebenenfalls vorhandene Staus an anderer Stelle. Man verlagert unter Umständen die Staus oder den Stop-and-go-Verkehr nur weiter in die Innenstadt. Selbst wenn man vierspurig vom Concordia-Tunnel einmal durch die Innenstadt bis hinüber in den Häfen baut, selbst dann gäbe es wieder Staus, weil das Mittel gegen Staus eben nicht mehr Straßen oder mehr Spuren sind. Das Mittel gegen Staus ist weniger Individualverkehr, ein attraktiver öffentlicher Verkehr und gegebenenfalls Umgehungsstraßen, aber nicht die vierspurige Nutzung des Concordia-Tunnels.

Deswegen wundere ich mich ein bisschen, dass die Überweisung an den Verkehrsausschuss notwendig ist. Es gibt ein eindeutiges Votum des Beirats, das haben wir gehört, es gibt keine verkehrstechnischen Notwendigkeiten, es wäre nachgerade eine vergleichsweise schwierige Sache, eine schlimme Sache noch schlimmer zu machen. Für mich gibt es keinen Grund, das an die Deputation für Bau und Verkehr zu überweisen. Der Antrag selbst ist ein Schuldbürgerstreich, nicht der Tunnel. Daher würde ich vorschlagen, wir lehnen ihn ab. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren! Irgendwie fühle ich mich hier jetzt wie im falschen Film. Herr Rupp redet von Lärminderung. Wer ist denn der Lärmverursacher an dieser Stelle? Das ist die Bahn, durch die Taktzahlverdichtung, das ist der eigentliche Lärmverursacher, natürlich auch die Straße, aber man muss zunächst einmal das benennen, was auch wirklich ist.

(Beifall bei der FDP)

Frau Dr. Schaefer bietet eine Diskussion über das Thema Concordia-Tunnel an, der Kollege Kasper sagt, aber an der Beschlusslage wird sich nichts

ändern, dann brauche ich auch nicht zu überweisen, obwohl ich für die Überweisung bin, zweite Feststellung!

Jetzt zum eigentlichen CDU-Antrag! Der CDU-Antrag beschränkt sich auf den kleinen Bereich des Concordia-Tunnels und enthält eigentlich wiederum Flickschusterei. Man muss sich natürlich mit dem Verkehrsproblem insgesamt beschäftigen.

(Beifall bei der FDP)

In Wahrheit ist der gesamte Straßenzug von Borgfeld bis zur Blockumfahrung Außer der Schleifmühle an vielen Stellen eine einzige Katastrophe, übrigens nicht nur für Autofahrer, sondern auch für Fahrradfahrer und Fußgänger. Das liegt unter anderem auch an den Ampelumlaufphasen. Erhebliche Rückstaus bereits in den Wohnstraßen Borgfeld-West und -Ost! Stau im Bereich des Autobahnzubringers Horn. Rückstau im Bereich der Horner Mühle/Vorstraße, Stau wegen der zu kurzen Abbiegespur beim Kaufhaus Lestra! Katastrophale Zustände im Bereich Marcusallee/Bürgermeister-Spitta-Allee, Schwachhauser und Horner Heerstraße mit erheblichem Verbesserungspotenzial! Der nächste Dauerstau dann im Bereich der Kurfürstenallee und, keine Angst, in spätestens 30 Sekunden bin ich auch beim Concordia-Tunnel, schneller als die Linie 4. Von dort dann der Dauerstau bis zur Hollerallee, unter anderem verursacht durch eine nicht bedarfsgerechte Ampelschaltung und eine viel zu kurz geratene Abbiegespur Graf-Moltke-Straße! Hier ist der Pfropf, der dann dazu führt, dass es bis zum Concordia-Tunnel zwar keinen Dauerstau - da gebe ich Frau Dr. Schaefer und Herrn Kasper recht - gibt, aber das Befahren nach Ende der circa 20 Meter geführten zweiseitigen Schraffur eine hohe Konzentration erfordert.

(Beifall bei der FDP)

Genau wie an der Umfahrung Außer der Schleifmühle, da hat man nämlich darüber nachgedacht, wie man das ändert! An dieser Stelle sind viele, die hier nicht täglich fahren, schlicht und ergreifend überfordert, weil sie gar nicht mehr wissen, in welche Richtung es gehen soll, und das nenne ich schlicht und ergreifend Verkehrsgefährdung, und dieser Situation wird man auch durch Verkehrsbeeinflussungsanlagen oder Videokameras nicht gerecht, weil sie diese Situation gar nicht auffangen.

(Beifall bei der FDP)

Nach einer sehr langen Bauphase von vier Jahren, sie ist soeben genannt worden, werden jetzt

im Bereich bis zur Parkstraße die neuen Fahrradwege durch aufgesetzt parkende Fahrzeuge halb versperrt, im Bereich des Concordia-Tunnels ist die gleiche Situation, wenn auch nicht durch Aufsetzen. Überwiegend von Dauerparkern! Frau Dr. Schaefer, es ist Unfug, was Sie da in Bezug auf Kundenparkplätze erzählt haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich kenne nicht nur viele der Geschäftsleute, ich bin bei einigen sogar Kunde. Wenn Sie sich dort einmal mit den Menschen unterhalten, sie sind gebeutelt durch die vier Jahre lange Bauphase. Es war extrem problematisch, aber, und jetzt kommt es, die Anwohner - und das können Sie an der Beschilderung der Autos sehen, die überhaupt nichts mit den Geschäften in dem Bereich zu tun haben - nutzen den Concordia-Tunnel als kostenlos überdachte Garage, denn hinter dem Tunnel gibt es einen Parkstreifen, der sich bis zur Straße Außer der Schleifmühle fortsetzt. Täglich fahre ich mit dem Fahrrad oder mit dem Auto dort vorbei. Dort finden Sie auch zu Hauptverkehrszeiten Lücken. Mein provozierender Vorschlag also für Sie: alle Brückenbauten in Bremen als Garagen für 50 Euro Miete pro Monat zu vermieten, das wäre doch auch etwas für den Stadthaushalt!

Jetzt aber einmal wieder Scherz beiseite: Kommen wir einmal zum ernsthaften Thema zurück! Der jetzt realisierten Planung ging, und das ist eben auch schon gesagt worden, eine sehr lange Diskussionsphase mit den Beiräten, aber auch mit mehreren Bürgerinitiativen voraus. Dann wurde der Kompromiss, nämlich zwei Fahrspuren, wenn auch eingeschränkt, in jede Richtung realisiert, jedoch bewusst ohne entsprechende Schraffur. So weit so gut und auch richtig! Hiermit sollte der Verkehrsfluss auch bei Anlieferverkehr, Müllabfuhr et cetera sichergestellt werden. Durch das nun erlaubte Parken ist das aber Fehlanzeige.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Parkplätze auch stadteinwärts gewollt gewesen wären, dann hätten diese auch, wie stadtauswärts geschehen, realisiert werden können, so meine Wahrnehmung.

(Beifall bei der FDP)

Der Fuß- und Radwegbereich im Concordia-Tunnel stadteinwärts - man möge es einmal nachmessen - hätte immer noch in einer ausreichenden Breite gebaut werden können, auch mit einem zusätzlichen Parkstreifen, dann hätten sich die Geschäftsleute wirklich gefreut. Solange die Verkehrsprobleme im Bereich der Hauptverkehrsachsen nicht für alle Verkehrsteilnehmer be-

friedigender gelöst sind als derzeit, darf man sich nicht wundern, dass diese Flickschusterei nicht nur von der Handels- und Handwerkskammer, sondern auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern stark kritisiert und als Frust empfunden wird.

(Beifall bei der FDP)

Klare Forderung: An Lösungen arbeiten, um die vorhandenen Verstopfungen an den von mir genannten Stellen, und zwar im Bereich der Hollerallee und vorher, aufzulösen und den Fahrradfahrern den gerade neu entstandenen Weg - auch im Concordia-Tunnel, wo allerdings weniger aufsetzen - frei zur Nutzung zu überlassen. Wir stimmen insofern dem CDU-Antrag zu, allerdings, glaube ich, mit einer besseren Begründung. Wir haben aber auch nichts dagegen, wenn eine Überweisung an die Baudeputation erfolgt. Dann sollte es doch zu einer Diskussion und zur Überzeugung durch unsere Argumente kommen. Wir sind ja immer gegen Verbotsschilder, aber ich kenne einige Stellen, wo welche abgebaut und hier wieder aufgestellt werden können, das kostet dann auch kein Geld. - Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt überlegt, ob ich mich noch einmal melde, weil Herr Richter ja auch noch einmal auf die Argumentation gerade von Frau Dr. Schaefer eingegangen ist. Deswegen will ich es so jetzt nicht tun. Ich finde, wir unterstützen das mit der Überweisung an die Baudeputation. So schlimm scheint er dann doch nicht zu sein, sonst hätten Sie ihn ja auch ablehnen können. Ich möchte dann nur eine Frage an die SPD stellen, damit Sie sich dann auf die Befassung in der Baudeputation vorbereiten. Ich muss es jetzt wissen, Herr Kasper: Wollen Sie die Überweisung nur, damit es jetzt beendet wird, oder diskutieren wir dort auch noch einmal darüber?

(Beifall bei der CDU)

Ihre Aussage, an der Beschlussfassung ändert sich nichts, hat mich doch ein bisschen irritiert, weil sie konträr zu dem geht, was Ihr Fraktionsvorsitzender in der Zeitung gesagt hat. Er hat nämlich diese fehlenden Parkverbotsschilder als Unfug bezeichnet, und das ist doch eine sehr große Differenz, so nehme ich es wahr. Ich bin gern bereit, in der Baudeputation dann auch noch über einige Sachen zu diskutieren und einen gemeinsamen Beschluss zu fassen. Eines ist aber

auch klar: Wenn Sie dies dann letztlich nachher ablehnen, werden Sie es irgendwo auch den Bürgerinnen und Bürgern darstellen müssen,

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Kein Problem!)

das ist klar. Okay! - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kasper.

Abg. **Kasper** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will gern versuchen, es zu erläutern! Herr Kollege Strohmann, wir haben übereinstimmend festgestellt, dass die Baustelle circa vier Jahre gedauert hat. In dieser Zeit haben sich die Verkehrsteilnehmer andere Fahrtwege gesucht, wie sie trotzdem von A nach B kommen. Jetzt ist die Straße wieder frei, das heißt, es wird jetzt eine Zeit lang dauern, bis sich der Verkehrsteilnehmer in der Gesamtheit wieder an die alte Strecke gewöhnt oder bei seiner Ausweichstrecke bleibt. Das ist der Pragmatismus an der Sache. Sie schütteln mit dem Kopf, ich meine, womit sollen Sie auch sonst schütteln?

(Heiterkeit)

Die Frage ist doch tatsächlich: Wie viel Ahnung haben Sie von Verkehrsrecht? Haben Sie sich einmal mit Mitarbeitern des Amts für Straßen und Verkehr unterhalten?

(Zuruf des Abg. Richter [FDP])

Also, es geht schlicht und ergreifend darum, dass sich Verkehrsteilnehmer neue Wege gesucht haben. Jetzt ist die alte Verbindung wieder offen, und es kann sein - -. Sie waren, genauso wie der Kollege Richter, in der Baudeputation anwesend, als die Vertreterin des Amts für Straßen und Verkehr gesagt hat: „Wir haben ein ganz waches Auge darauf. Wir schauen jeden Tag über die Verkehrsmanagementzentrale, wir sind in der Verbindung mit der Polizei, wir schauen darauf, und sollte sich etwas tun, werden wir selbstverständlich Maßnahmen ergreifen müssen.“ Das ist genau der Punkt, wo wir sagen, lasst uns alle gemeinsam einträchtig - Concordia - in der Baudeputation unter fachlichen Gesichtspunkten darüber debattieren, und dann werden wir zu einem Ergebnis kommen, mit dem alle, glaube ich, dann letztendlich leben können: die Anwohner, die Verkehrsteilnehmer und auch die Politik. Ich denke, es ist das Wichtigste, dass wir zu einem vernünft-

tigen Ergebnis kommen, nicht zu einem Schnellschuss. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Im Oktober 2010 ist nach gut dreieinhalbjähriger Bauzeit die Baumaßnahme an der Schwachhauser Heerstraße abgeschlossen worden. Sie war mit vielen Entbehnungen und Belastungen für die Anlieger und für die Verkehrsteilnehmer verbunden. Viele von uns kommen dort jeden Tag vorbei und machen sich deshalb ihr eigenes Bild, ich auch beispielsweise. Manche behaupten wie Sie gerade, Herr Kastendiek, dort sei jeden Tag vor dem Tunnel ein ein Kilometer langer Stau, wie ich Sie gerade verstanden habe.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Nein, da haben Sie mich falsch verstanden! Ein zwei Kilometer langer Stau!)

Da kann ich sagen, das stimmt nicht, und es deutet darauf hin, dass Sie dort selten bis nie vorbeikommen.

Die Situation ist so, dass die Verkehrsmanagementzentrale, die das täglich beobachtet - man kann es im Internet einsehen -, das Amt für Straßen und Verkehr und die Verkehrsabteilung zu dem Ergebnis kommen, es gebe derzeit keine negative Beeinflussung des Verkehrsflusses. Die Polizei bestätigt dies, der Beirat hat entsprechend beschlossen und die anliegenden Geschäftsleute begrüßen die Parkmöglichkeit. Ich glaube, diese Fakten muss man zur Kenntnis nehmen, und darüber kann man nicht einfach hinweggehen, wie es die CDU und die FDP machen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die Fahrzeuge, die hier fahren, fahren im Regelfall entweder hintereinander oder versetzt zueinander, sie fahren fast nie nebeneinander. Wir haben dort das gleiche Verkehrsbild wie am Langen Jammer, der Lilienthaler Heerstraße, die Fahrzeuge fahren versetzt. Ich glaube, diese Fakten sprechen für sich. Wir beobachten es genau, und wenn es Handlungsbedarf gäbe, würden wir handeln. Es gibt aber im Moment keinen Handlungsbedarf in dieser Sache. Deswegen werden wir auch keine Park- oder Halteverbotsschilder aufstellen, werden es allerdings genau beobachten. Deswegen habe ich auch kein Problem damit,

dass wir darüber noch einmal in der Verkehrsdeputation berichten.

Davon zu trennen ist allerdings ein zweiter Problemkreis, das ist das aufgesetzte Parken vor dem Tunnel zwischen der Richard-Wagner-Straße und der Parkstraße, das wurde ja auch angesprochen. Das ist verkehrswidrig, und ich habe heute den Innensenator darum gebeten, dass dort verstärkt gegen das aufgesetzte Parken vorgegangen wird. Sobald das Wetter es zulässt, also die Periode frostfrei ist, werden wir dort Pfähle aufstellen, die das aufgesetzte Parken beenden. So viel zu diesem Thema von meiner Seite! - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Bau und Verkehr beantragt worden.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Abg. Woltemath [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

Bericht zur Sanierung des Standesamtes Bremen-Mitte - mangelnde politische Steuerung von Immobilien Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Januar 2011
(Drucksache 17/682 S)

Dazu

Änderungsantrag der Gruppe der FDP vom 25. Januar 2011 (Drucksache 17/689 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert und Herr Staatsrat Mützelburg.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Hinners.

Abg. **Hinners** (CDU)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben hier in der Bremischen Bürgerschaft, im Haushalts- und Finanzausschuss und in der Innendeputation schon mehrfach über die Sanierung des Standesamts debattiert, aber je tiefer wir uns mit dem Thema beschäftigen, desto mehr Probleme und Fragen tauchen auf. Deshalb ist es für die CDU-Fraktion wichtig, vom Senat zu erfahren, wie die generelle Regelung und Dienstaufsicht hinsichtlich der Verwaltung und gegebenenfalls Sanierung von stadteigenen Immobilien vom Senat vorgegeben beziehungsweise wahrgenommen wird.

Am Beispiel des Stadtamts zeigt sich doch unübersehbar, wie chaotisch hier geplant worden ist und offensichtlich immer noch geplant wird. Wie bekannt, war zunächst von einem Kostenvolumen von 2,5 Millionen Euro die Rede, dann gab es jedoch durch Immobilien Bremen eine Kostenermittlung von sage und schreibe 5,6 Millionen Euro, und die Mehrheit von Rot-Grün sah keinen Grund, das Verfahren einer kritischen Kontrolle zu unterziehen.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, da wurde ein Beschluss gefasst!)

Nein! Erinnern Sie sich an Ihre ersten Beschlüsse? Da gab es überhaupt keine Kontrolle, Herr Dr. Kuhn! Ganz offensichtlich hat bei diesem Verfahren weder der Senator für Inneres noch die Senatorin für Finanzen eine Dienstaufsicht über das Sanierungsvorhaben wahrgenommen, und das bei einem Gesamtkostenaufwand in Höhe von 5,6 Millionen Euro. Dieses Beispiel zeigt erneut, dass Rot-Grün nicht mit anvertrauten Steuergeldern umgehen kann.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frehe [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie können das!)

Erst durch öffentlichen und parlamentarischen Druck kam noch einmal Bewegung in die Angelegenheit, und plötzlich ist davon die Rede, dass doch alles für deutlich geringere Kosten saniert werden kann. Summen zwischen 2,45 und 4 Millionen Euro machen die Runde. Klar ist allerdings gar nichts. Das Ganze hat mittlerweile die Dimension eines politischen Skandals angenommen, denn mit der Mehrheit von Rot-Grün wurden sowohl in der Innendeputation als auch im Haus-

halts- und Finanzausschuss bedenkenlos die Kosten in Höhe von 5,6 Millionen Euro akzeptiert und entsprechende Beschlüsse gefasst, Herr Kollege Dr. Kuhn.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? Das Geld auszugeben?)

Dabei wurden von Rot-Grün die Verlagerung des Standesamts in die Überseestadt in ein Mietobjekt und ein abenteuerliches Finanzierungsmodell zusammen mit dem Ressort Bildung beschlossen. Die Konsequenz ist, dass die ursprünglich vorhandenen Mittel in Höhe von 2,5 Millionen Euro für die Sanierung des Standesamts nun zur Schulsanierung verwendet werden und für das Standesamt keine Mittel mehr zur Verfügung stehen. Das ist also die rot-grüne Politik: erst chaotisch planen, dabei keine Dienstaufsicht ausüben und mit vorhandenen Finanzmitteln andere Löcher stopfen, um am Ende mit leeren Händen dazustehen.

(Beifall bei der CDU)

Mit unserem Antrag wollen wir vom Senat detailliert erfahren, welche Dienstaufsicht konkret der Senator für Inneres bei der Planung der Sanierung des Gebäudes des Standesamts und zur Einhaltung der Kostenobergrenze wahrgenommen hat. Er ist jetzt nicht hier, aber er wird sich ja vielleicht schriftlich dazu äußern können. Hinsichtlich der Dienstaufsicht der Senatorin für Finanzen wollen wir vom Senat Auskunft erhalten, welche konkreten Maßnahmen zur Kostenvorgabe und -kontrolle durchgeführt worden sind. Weiterhin würden wir gern erfahren, welche generellen Anforderungskriterien vom Senat an Immobilien Bremen für Bau- und Sanierungsvorhaben zur Anwendung kommen und wie der Senat die politische Steuerung und Kontrolle von Immobilien Bremen wahrnimmt. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen! - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein schöner Antrag, den die CDU hier gestellt hat, den der Kollege Hinners begründet hat. Im Vorspann weiß die CDU ganz genau, dass die Finanzsenatorin alles falsch gemacht hat, um dann einen Bericht zu fordern, in dem gerade das dann untersucht wird, das passt schon einmal nicht ganz zusammen. Im Haushaltsausschuss, Herr Kollege Hinners, als der Bericht diskutiert wurde, um den wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gebeten hatten, ha-

* Vom Redner nicht überprüft.

ben Sie keine einzige Frage gestellt, die nicht beantwortet worden wäre. Alle Fragen, die Sie dort gestellt haben, sind beantwortet worden.

(Abg. Hinners [CDU]: Nicht zu meiner Zufriedenheit!)

In der kommenden Woche wird der Senat die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion beantworten, die über das Standesamt hinaus auch die Fragen der Vereinbarungen, der Regeln abfragt. Im Dezember sind alle Fraktionen, auch Ihre Fraktion, eingeladen gewesen, und sie sind ausführlich vom Finanzressort informiert worden. Deswegen: Sie wollen keine Lösungen, Herr Kollege Hinners, sondern Sie wollen die Sache ein bisschen am köcheln halten, das ist Ihr gutes Recht,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

zur Lösung trägt das aber gar nichts bei. Der Berichtsantrag ist nun komplett scheinheilig, weil Sie alle Möglichkeiten, Fragen beantwortet zu bekommen, nicht genutzt haben. Nun muss ich ein bisschen von meiner sonstigen Gewohnheit abweichen und jetzt schon ankündigen, dass ich das in den fünf Minuten nicht hinbekomme, weil man offensichtlich doch einige Dinge zurechtrücken muss. Ich gestehe gern, dass das am Anfang ein Aufreger war, als deutlich wurde, erste Schätzungen: 2,5 Millionen Euro, dann nachgerechnet, genaue Planung: 5,4 Millionen Euro. Das hat mich auch spontan aufgeregt, die Höhe und die Differenz. Dann kommen mit starkem öffentlichen Echo noch zwei Projektentwickler, die sagen: Kein Problem, das können wir auch mit 2,5 Millionen Euro machen. Das regt einen schon auf, das gebe ich gern zu. Nur sollte man dann auch die spontane Aufregung irgendwann von nüchterner Betrachtung ablösen lassen.

Ich will Ihnen noch einmal sagen, wie das gewesen ist. Sie können es auch in dem Bericht, den wir gehabt haben, nachlesen. Die Schätzung von 2,5 Millionen Euro war eine Aktualisierung alter Berechnungen aus dem Jahr 2002. Sie ist bei der Anmeldung zum Konjunkturprogramm, die, wie Sie wissen, sehr schnell gehen musste, auch als grobe Schätzung gekennzeichnet worden und von den beiden beteiligten Ressorts als solche Schätzung akzeptiert worden, um dann eingestellt zu werden. An dem Punkt will ich gern einräumen - und das war wahrscheinlich so -, dass vielleicht nicht vollkommen klar war, wie grob diese Schätzung war. Dass es da vielleicht tatsächlich in der Kommunikation, in dem Verständnis dieser Zahl Mängel gab, ja, das kann sein.

Es lag aber vor allen Dingen auch an dem Zeitablauf der sehr schnellen Anmeldung. Das kommt vielleicht der unausrottbaren Neigung der Politik entgegen, gern einmal mit niedrigen Zahlen zu starten, um ein Projekt anzuschieben, um dann zu schauen, wie es weitergeht. Das will ich gern einräumen. Das ist vielleicht gerade ein Schwachpunkt in der Entscheidungskette, der inzwischen, und zwar schon Mitte 2009, entschärft worden ist, indem das Finanzressort Immobilien Bremen verpflichtet hat, im Vorgriff auf neue Regelungen jetzt schon ein zweistufiges Verfahren anzuwenden.

Nur aufgrund einer sogenannten ES-Bau, Entscheidungsunterlage-Bau, die erheblich detaillierter und präziser ist als die Schätzung, die zum Beispiel für das Standesamt gemacht worden ist, dürfen die zuständigen Gremien überhaupt Mittel einstellen, Anträge stellen beziehungsweise Planungsmittel in Auftrag geben. Die sogenannte EW-Bau, Entwurfsunterlage-Bau, ist die zweite Stufe, die dann erst danach anfangen kann. Dann kann erst der Spaten in die Hand genommen werden. Diese Zweistufigkeit mit der präziseren ES-Bau gab es zu dem Zeitpunkt nicht, und das ist jetzt schon korrigiert worden, das hätten Sie aber auch alles erfahren können. Fehlende Steuerung durch das Finanzressort, Herr Kollege Hinners? Das Gegenteil ist offensichtlich der Fall.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die zweite Frage: Warum sind die Kosten so gestiegen? Das hört sich auch gewaltig an, und wenn man einmal genauer schaut, ist es so: Genauere Untersuchungen eben auf Grundlage einer ersten Schätzung, genauere Untersuchungen des Gebäudes und des Grundstücks. Das Gebäude ist übrigens seit 2002 auch nicht besser geworden. Das ist auch ein Problem. Das ist nicht irgendwie besser geworden seit den Schätzungen: Veränderungen bestehen in den Anforderungen, auch der energetischen Sanierungen, weil wir sagen, ja, wir investieren, weil es sich später lohnt. Der Verlust des Bestandsschutzes durch die höhere Summe führt zu erneuten Anforderungen auch im Brandschutz, im Denkmalschutz und so weiter. Die Wünsche der Nutzer selbst, denn natürlich geht es doch auch um eine vernünftige Arbeitsorganisation.

Die FDP beantragt: Nicht mehr Personal! Natürlich! Gegenwärtig ist es komplizierter, jetzt braucht man mehr Personal durch die räumlichen Bedingungen, und schon gar, wenn man die Trauzimmer von der Verwaltung trennen will, wie einige es vorgeschlagen haben. Das würde zu mehr Personal führen. Das wollen wir nicht. Wir wollen vernünftige Arbeitsbedingungen und auch einen vernünftigen, würdigen Rahmen für das, was man in

diesem schönen Gebäude dann auch machen will.

Herr Hinners, Sie haben in der Presse gesagt, das ist das Beste vom Besten. Das suggeriert die berühmten goldenen Wasserhähne. Das ist doch völliger Unsinn. Es geht um eine gründliche Sanierung eines besonderen öffentlichen Gebäudes, das, wie gesagt, seit 2002 auch nicht besser geworden ist. Ich bin nicht derjenige, der sagen kann, in dieser Summe, 5,4 Millionen Euro, ist jede einzelne Maßnahme richtig, vernünftig und unumgänglich. Das kann ich weder von den Nutzeranforderungen noch von der Umsetzung sagen. Da gibt es viel Spielraum.

Die Spardiskussion ist auch begonnen worden. Nur, dann hat das Innenressort gesagt, wenn ich einmal eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durchführe und eine Mietlösung mit dem vergleiche, was ich noch einsparen kann, komme ich nie dahin: Da schlage ich eine Mietlösung vor. Dann kamen die berühmten Angebote in der Öffentlichkeit. Das Angebot von Herrn Hübotter, das seine Leute in der Besprechung schon selbst längst korrigiert haben. Keiner spricht mehr von den 2,5 Millionen Euro, niemand. Dann haben wir noch das Angebot eines Menschen, der einfach einmal sagt, ich mache euch das für 2,5 Millionen Euro so als Generalunternehmer. Wir haben mit solchen Versprechungen viele Erfahrungen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Die beste Werbung, die man bekommen kann!)

Da kommen die Nachforderungen, die Gerichtsauseinandersetzungen, dieses und jenes. Nachher sind wir bei einem Bau, wo es hinten und vorn nicht stimmt, bei dem der Zweck, den wir dann damit erreichen wollen, wenn wir schon so viel Geld in die Hand nehmen, nicht erreicht ist, und wo wir viel Ärger haben. Darauf würde ich mich nur im ganz äußersten Notfall mit vielen Sicherheitsvorkehrungen einlassen. Wir wollen keinen Wildwuchs, auch nicht bei den Tariflöhnen. Es ist einfach so, dass, wenn der öffentliche Auftraggeber baut - das ist vielleicht auch deswegen -, es manchmal ein bisschen teurer erscheint, weil wir uns an alle Vorschriften, Auflagen und hohe Anforderungen halten.

(Glocke)

Ich komme zum letzten Satz, Herr Präsident. Es ist ein bisschen Mode geworden, Immobilien Bremen insgesamt generell zu verdächtigen und zu sagen, sie bauen eben so teuer. Ich möchte Sie einmal in diesem Zusammenhang auf die hervorragenden Ergebnisse im Konjunkturprogramm

II hinweisen, was die Kostenermittlung und die Planung, die Einhaltung der Zeit, die Beteiligung der örtlichen Wirtschaft und die Qualität angeht. Ich weiß, Vertrauen erwächst aus Erfahrung über kürzere und längere Zeit. Ich sage hier an dieser Stelle ganz ausdrücklich, dass mein Vertrauen zu den Beschäftigten von Immobilien Bremen nicht erschüttert ist.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Fragen, wie es weitergeht, werde ich mich äußern, wenn ich die anderen Kolleginnen und Kollegen gehört habe. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Standesamt beschäftigt uns weiter, und es ist richtig, eine Lösung ist längst überfällig. Im Jahr 2002 wäre es notwendig gewesen, dort bestand schon ein hoher Sanierungsaufwand. Sicherlich ist das eine oder andere schlechter geworden, aber der Sanierungsaufwand war damals schon hoch und ist heute hoch, und er wird nicht dadurch geringer, dass man länger zuwartet.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Ganz im Gegenteil!)

Das ist einer der Kritikpunkte in den Debatten, die ich verfolgen konnte. Ende des Jahres 2009 war klar, dass die unwirtschaftlich hohe Summe von 5,4 Millionen Euro ermittelt worden ist. Danach hat das Innenressort zwar für sich entschieden, so können wir das nicht machen, wir suchen eine andere Lösung, hat aber keinen informiert. Die Parlamentarier wussten nicht Bescheid, niemand wusste Bescheid. Erst als eine Lösung aus dem Hut gezaubert werden konnte, wurde diese dann präsentiert, und es war klar, dass diese dann zu Diskussionen führen wird in der Stadt, weil die Bremerinnen und Bremer natürlich ein Auge darauf haben, ob Standards eingehalten werden. Klar! Auch ein Auge aber haben sie darauf, ob denkmalgeschützte Gebäude hier entsprechend von der öffentlichen Hand geschützt werden und ob der Denkmalschutz ernst genommen wird. Auch diese Fragen müssen gestellt werden.

Da haben wir hier im Haushalts- und Finanzausschuss am Ende natürlich die Fragen zu erörtern, wie viel ist dann Denkmalschutz wert und wie viel Unwirtschaftlichkeit kann man dafür in Kauf nehmen? Einen weiteren Aspekt, den ich in die Debatte einführen möchte - deswegen haben wir

auch den Ergänzungsantrag gestellt -, ist doch schlichtweg der, dass man natürlich immer nach Standards fragen muss. Insofern bin ich zwar sehr zufrieden, dass Kostenschätzungen und Ausgaben in Zukunft mehr übereinstimmen - beim Gebäudesanierungsprogramm liegen auch noch nicht alle Unterlagen mit ES-Bau et cetera jeweils vor, das ist noch nicht so weit, wie der Senat es sich wünscht und wie ich es mir wünsche, aber das ist auf einem Weg -, das bietet aber doch keine Sicherheit davor, dass, wenn ich weiß, Kostenschätzungen und Ausgaben stimmen am Ende überein, ich sicher sein kann, dass die Ausgaben und die Kostenschätzungen so gering wie möglich waren.

Insofern stellt sich doch die Frage, wie kommen wir zu Mechanismen, die dazu führen, dass Standards realisiert werden, allerdings zu möglichst geringen Kosten. Wie hinterfragen wir Bauprogramme so, dass klar wird, hier wird mit wenig Geld gebaut. Hat Immobilien Bremen genügend Anreize? Immobilien Bremen, die natürlich auch über Bausummen abrechnet, und zwar auch ihre eigenen Leistungen, nicht nur die über HOAI eingekauften Fremdleistungen.

(Beifall bei der FDP)

Haben sie genügend Anreize, auch wirklich die günstigsten Kosten zu ermitteln? Da ist doch dann die Frage, wie schaffen wir das? Diese Debatte möchte ich doch gern führen, die können wir nicht nur am Beispiel des Standesamts führen. Dazu brauchen wir aber natürlich auch Fakten und Wissen und noch einmal eine Aufarbeitung der Fälle. Wir haben dazu natürlich schon viele Papiere und viele Sitzungen gehabt. Es braucht aber weitere Überlegungen, wie man diese Fragen beantwortet. Dann muss man natürlich in die Wirtschaftlichkeitsüberlegungen auch einen Aspekt einbeziehen, den ich ganz wichtig finde. Bei aller Reduzierung von Standards muss man auch auf rationale effektive Arbeitsabläufe achten. Es nützt nichts, wenn wir nachher die Bausumme senken und dafür dann zwei, drei oder vier Personen auf Jahre weiter beschäftigen müssen. Das ist dann durch eine höhere Bausumme längst wieder eingespielt.

Insofern muss man da genau schauen und nicht nur allein Bausummen miteinander vergleichen, sondern auch Wirtschaftlichkeiten, die dadurch erzielt werden, dass man die Arbeit des Standesamts effektiver gestalten kann. Es gibt weitere Dinge, die da gemacht werden sollen, elektronisch geführte Sterbebücher, die dann irgendwann die Papierform ersetzen sollen. Alles das muss dann aber eben auch in einem modernen Standesamt in alter Hülle, die denkmalgeschützt

ist, passieren. Insofern, denke ich, muss man da einiges tun. Natürlich muss man aber an die Standards gehen, denn ein Baupreis von 3 000 Euro pro Quadratmeter bedeutet einen Neubau. Das ist bei solch einer Sanierung auf der einen Seite erst einmal ein Hinweis auf die langen Versäumnisse der Sanierung, aber auf der anderen Seite ist es auch eine Frage, was da alles gebaut werden soll und ob das alles dann so nötig ist. Insofern müssen wir da weiter diskutieren. Deswegen unser Ergänzungsantrag! Ich bitte um Zustimmung zu beiden. - Danke!

(Beifall bei der FDP - Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp (DIE LINKE)*:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wesentliche Aspekte zum Sachverhalt und zum Stand der Dinge hat der Kollege Dr. Kuhn schon berichtet. Ich will da nur einige Sachen ergänzen. Der jetzige Stand der Debatte ist der, dass erstens großes Bestreben darin besteht, das Standesamt dort zu erhalten, wo es jetzt steht. Das finde ich richtig. Daher ist der Antrag der FDP eher überflüssig. Zweitens, die Kosten für die Grundsanierung und die ersten Kosten, die genannt worden sind, sind weitgehend deckungsgleich. Das heißt, die Idee, dass man die Sanierungskosten eines solchen Bauwerks auch bei einer relativ kurzen Begehung und Inaugenscheinnahme in gewissen Spielräumen schätzen kann, ist richtig.

Die 5,4 Millionen Euro sind nicht zustande gekommen durch die notwendigen Sanierungsmaßnahmen, sondern - es wurde gesagt - durch baurechtliche Änderungen, nutzerspezifische Wünsche und durch Baunebenkosten, wie Bodenuntersuchungen und vieles andere mehr. Das sind Dinge, die in der Tat erst bei einer näheren Untersuchung herauskommen. Der Stand der Dinge ist jetzt auch der, dass man versucht, deutlich unterhalb der 5,4 Millionen Euro zu bleiben und somit das Standesamt dort zu erhalten. Somit hat eine Debatte, die ich sehr interessant fand und die vielleicht auch notwenig war, zu einem Ergebnis geführt, mit dem ich sehr zufrieden bin.

Zwei Dinge sind für mich in der Zukunft noch zu diskutieren. Nicht etwa die Frage, ob es eine mangelnde Aufsicht über Immobilien Bremen gibt oder was die CDU beantragt zu fragen, nach wel-

*) Vom Redner nicht überprüft.

chem Verfahren sie das machen. Ich bin relativ sicher, erstens wissen Sie das. Zweitens, falls Sie es nicht wissen, hätten Sie es im Haushalts- und Finanzausschuss fragen können. Drittens, wenn man das Thema nicht irgendwie hochkochen will, hätte man es in der ganz normalen Anfrage machen können, dann wäre das auch erledigt gewesen. Es geht also nicht um eine ernsthafte Information, sondern es geht darum, die Dinge hochzukochen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg.
Kastendiek [CDU])

Nein, ich will Ihnen das nicht vorschreiben, Herr Kastendiek! Sie können gern fragen, wie Sie wollen, nur die Frage, wie Sie fragen und an welcher Stelle Sie fragen, offenbart den Hintergrund dieser Frage, das ist doch völlig logisch!

Die spannende Frage ist, und ich zitiere aus einem Text, der im Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegen hat: „Grundlage der Kostenermittlungen war ein Begehren des Gebäudes ohne jegliche Art von Voruntersuchung oder Bauteilöffnungen. Die angenommene Pauschale für die nutzungsspezifischen Kosten wurde aufgrund der geringen Planungstiefe, ohne detaillierte Vorgespräche mit dem Standesamt zu führen, beziffert.“ Das ist zulässig.

(Abg. Hinners [CDU]: Ist das auch sinnvoll?)

Das Problem, das ich nur sehe, ist, dann ist die Summe, die da herausgekommen ist, in dem Planungsverlauf in die Planung eingestellt worden. Alle haben geglaubt, das ist es, und dann hat irgendwann jemand richtig hingeschaut und festgestellt, es ist viel teurer. Ich werbe dafür, dass man so etwas möglichst nicht noch einmal macht, Summen in einem politischen Prozess in die Beschlusslage einzustellen, von denen man sich relativ sicher ist, dass sie auf ganz dünnem Eis zustande gekommen sind.

Das ist nicht Schuld derjenigen, die die Summe errechnet haben, sondern das ist dem Verfahren geschuldet oder vielleicht auch denjenigen im Haushalts- und Finanzausschuss und in diesem Haus, die 2,5 Millionen Euro genommen haben, wunderbares Glück, das stellen wir ein, und zack, Konjunkturprogramm II, dann haben wir ein saniertes Standesamt. Da müssen wir uns, glaube ich, in diesem Haus ein bisschen an die eigene Nase fassen. Hier ist Politik gefordert, Beteiligungsprozesse und auch Verfahren so zu organisieren, dass so etwas nicht noch einmal passiert, dass wir nicht noch einmal öffentlich mit einer Zahl hinausgehen, von der wir hätten wissen

müssen, dass sie mit sehr heißer Nadel gestrickt ist.

Der zweite Punkt, den ich an dieser Stelle einfach noch einmal anreißen will, ist, was deutlich wird, wenn wir jetzt die 5,4 Millionen Euro oder die notwendigen Kosten für Sanierung, für die bauliche Wiederherstellung und für eine Modernisierung des Standesamts betrachten: Dann müssen wir deutlich schauen, ob wir auch in anderen Immobilien in Bremen diesen Standesamtseffekt haben. Haben wir also eine Situation, wo wir aus mangelnder Instandhaltung, fehlender Sanierung Kosten aufbauen, die dann, wenn es wirklich von den Wänden bröckelt oder wenn es ernst mit einer Instandhaltung wird, so gestiegen sind, dass wir sie uns nicht leisten können und daraus ein Privatisierungszwang erfolgt? Dass es dann in der Tat irgendwann wirtschaftlicher ist zu mieten und zu schauen, ob man Gebäude nicht verkauft, finde ich eine Form von Privatisierungsdruck, der durch mangelnde Instandhaltung aufgebaut wird. Diesen finde ich schwierig, weil er an der Substanz der Stadt nagt und wir letztendlich Vermögen verkaufen, das dieser Stadt gehört und nicht diesem Hause.

Daher werden wir den Antrag der CDU ablehnen, weil ich finde, die Fragestellung hätte anders sein müssen, und die Antworten nützen nichts bei der Lösung des ersten Problems, nämlich der Frage, was eigentlich Politik in der Sache gemacht hat. Den Antrag der FDP werden wir nicht behandeln. Er hat sich erledigt, wird diesen Weg gehen und ist überflüssig. Ich bin gespannt, wie wir uns möglicherweise in der nächsten Legislaturperiode der Frage widmen, ob es diesen Standesamtseffekt bei der Frage von öffentlichen Gebäuden auch anderswo gibt und wie teuer das für uns wird. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Nach der etwas hochgekochten öffentlichen und hier auch teilweise parlamentarischen Debatte, Herr Kollege Hinners, möchte ich doch gern versuchen, die sachliche Diskussion aus dem Haushaltsausschuss von der letzten Woche fortzuführen. Herr Dr. Buhler und Herr Rupp haben das ja in der sachlichen Art und Weise bereits getan.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Wenn man so zusammenfasst, geht es meines Erachtens um vier Fragekomplexe.

Der erste wäre: Wie konnte es überhaupt zu dieser aufgeregten Debatte kommen? Hier teile ich auch die Einschätzung meines Kollegen Ehmke aus der Innendputation, dass das Verfahren doch nicht ganz glücklich gelaufen ist.

Der zweite Fragekomplex beschäftigt sich dann mit den Fragen: Gibt es tatsächlich in unserem derzeitigen Verwaltungs- und parlamentarischen Verfahren strukturelle Fehler, wie Sie unterstellen, Herr Hinners? Können wir uns sicher sein, dass das ein Einzelfall ist? Funktionieren die Dienstaufsicht und die parlamentarische Kontrolle? Wenn es da Schwachstellen gäbe, natürlich, müssten sie bereinigt werden. Herr Dr. Kuhn hat auch bereits eine Veränderung im Planungsablauf von Bauprojekten dargestellt, wir sind da ja auch in einem laufenden Veränderungsprozess.

Damit hängt der dritte Fragekomplex zusammen, ob und wie es uns gelingt, das Vertrauen in unsere planenden und bauenden Einheiten entweder wiederzuerlangen, Herr Kollege Fecker ist jetzt nicht da, oder zu behalten. Im Haushaltsausschuss haben wir uns jedenfalls am letzten Freitag beim Beschluss des Gebäudesanierungsprogramms 2011 mehr an die positiven Erfahrungen mit Immobilien Bremen bei der Abwicklung des Konjunkturprogramms gehalten. Das ist nämlich bundesweit einmalig ohne größere Einschränkungen abgelaufen, das muss man hier auch einmal sagen, vielen Dank an die Kollegen an dieser Stelle!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir haben jedenfalls das vorgelegte Programm ohne Einschränkungen, aber mit Vertrauen beschlossen.

Die vierte und auch wichtigste Frage an der Stelle ist: Wie bekommen wir ein modernes, ordentliches Standesamt, sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch für die Bürgerinnen und Bürger, die deren Dienstleistungen in Anspruch nehmen? Einen Teil der Fragen haben wir am letzten Freitag im Haushaltsausschuss bereits diskutiert - Herr Hinners, Sie waren dabei -, zum Beispiel mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass uns die Unsicherheiten bei den angenommenen Kosten, Herr Dr. Kuhn und Herr Rupp haben das bereits dargestellt, für die Sanierung des Standesamts bekannt waren.

Ich zitiere aus dem Sanierungsprogramm 2009: „Planung und Kostenberechnung aus 2002 muss angepasst werden.“ Das waren die berühmten 2,5 Millionen Euro von damals. Insofern sind heute die Kosten nicht etwa zu hoch, sondern die damaligen waren offensichtlich zu niedrig und auf jeden Fall nicht mehr zeitgemäß. Auf so einer unsicheren Annahme hätte uns eigentlich weder ein Finanzierungsvorschlag vorgelegt werden dürfen noch hätten wir ihn treffen dürfen. Allerdings waren wir, glaube ich, damals auch ziemlich froh, dass endlich das jahrelange Problem des unsanierten Standesamts angegangen worden ist. Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ist es ein bisschen scheinheilig, wenn Sie sich jetzt hier als Retter der Enterbten des Standesamts stilisieren wollen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zumindest aber hätten wir in Kenntnis gesetzt werden müssen, dass sich im Laufe der Beratungen zwischen Immobilien Bremen und Standesamt das Bauprogramm von einer reinen Sanierung zu einem kompletten Umbau vergrößerte und sich die Kosten damit derart erhöhten. Dass das sinnvoll und nötig ist, wenn man sich dieses sanierungsbedürftige Gebäude anschaut, scheint klar, aber diese extreme Kostensteigerung, glaube ich, hat uns alle erschreckt. Nichtsdestoweniger, der Aufklärungsprozess scheint ein mühsamer zu sein, aber er schreitet voran, weswegen wir auch als SPD-Fraktion bereits im Dezember letzten Jahres eine Kleine Anfrage mit einem umfassenden Fragenkatalog von mehr als 24 Fragen an den Senat gestellt haben. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, stellen heute, mehr als einen Monat später, einen Dringlichkeitsantrag, in dem der Senat bis Ende März berichten möge. Herr Hinners, nach Ihrer Kollegin Allers ist das der olympische Gedanke, manchmal ist es in der Politik auch so: Dabei sein ist alles, und Hinterherlaufen ist auch nicht immer völlig unehrenhaft.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Unsere Kleine Anfrage wird im Februar beantwortet sein. Wir kopieren Ihnen dann gern die Antworten vorab, dann haben Sie sie schon einmal. Ihr Berichtsantrag ist somit überflüssig, wir lehnen ihn ab, logischerweise lehnen wir dann auch den Änderungsantrag der FDP ab. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Hinners.

Abg. **Hinners** (CDU)*: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will auf die Vorredner kurz eingehen! Zunächst, Herr Kollege Kuhn: Sie haben darauf hingewiesen, alle Fragen seien aus Ihrer Sicht zumindest im Haushalts- und Finanzausschuss beantwortet worden. Erstens kann ich das so nicht bestätigen, zweitens sind die Fragen dort auch nicht zu meiner Zufriedenheit beantwortet worden. Ich will Ihnen das an zwei, drei Beispielen aufzeigen! Wir wollen ja heute irgendwann noch einmal zu Ende kommen, deswegen wollen wir es vielleicht bei diesen Beispielen belassen.

Erstens, Sie erinnern sich, dass von Immobilien Bremen deutlich gemacht wurde, dass der Senator für Inneres und hier das Stadtamt, also Standesamt, diverse Detailerfordernisse aufgestellt haben und dass Verhandlungen zwischen Immobilien Bremen und dem Standesamt offensichtlich relativ häufig - das macht ja auch Sinn - stattgefunden haben und dabei die Forderungen des Standesamts in die Preisdiskussion und -kalkulation von Immobilien Bremen eingeflossen sind. Das höre ich im Haushalts- und Finanzausschuss. In der Innendeputation höre ich vom Senator für Inneres, es sei alles Immobilien Bremen gewesen. Sie hätten an der Stelle vielleicht vom Standesamt Forderungen erhoben, aber Immobilien Bremen hätte den Hut aufgehakt und insbesondere alle Maßnahmen eigenverantwortlich getroffen. Also, was denn nun? Entweder Immobilien Bremen und damit Verantwortung bei der Senatorin für Finanzen oder Standesamt und damit Verantwortung beim Senator für Inneres! Hier schiebt der eine dem anderen die Verantwortung zu. So kann es nicht sein!

(Beifall bei der CDU)

Das Ergebnis kennen wir, die 5,6 Millionen Euro, alles zusammen lässt an der Stelle ja ein deutliches Bild aufkommen.

Ich will ein weiteres Beispiel aufzeigen, es geht da um den Denkmalschutz! Zunächst hieß es, und das ist offensichtlich in der ursprünglichen Kostenschätzung berücksichtigt worden, die Fenster müssten alle so erhalten bleiben, wie sie jetzt sind. Daraufhin wurde offensichtlich von Immobilien Bremen oder von dem Beauftragten - .

(Zuruf der Abg. Frau Möbius [SPD])

Frau Möbius, wenn Sie wirklich den Hintergrund haben, dann kommen Sie doch an das Mikrofon und reden nicht immer dazwischen!

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Nein, ich kann Ihnen das gern unter vier Augen erklären! - Abg. Röwekamp [CDU]: Das können Sie auch hier!)

Sie können es auch unter 134 Augen erklären! Machen Sie es hier!

Ich komme auf den Denkmalschutz zurück! Sie haben gehört, dass es zunächst darum ging, die Fenster alle auszubauen, zu sanieren, und damit die Wärmeschutzverordnung eingehalten wird, sollten von innen zusätzliche Fenster eingebaut werden, also eine aus meiner Sicht sehr teure und aufwendige Maßnahme. Jetzt höre ich, nach den neuen Diskussionen um die Preisentwicklung ist der Denkmalschutz doch wieder damit einverstanden, dass die alten Fenster so saniert werden, dass es keine zusätzlichen Fenster von innen geben muss.

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Wir müssen uns ja hier nicht über Kitt unterhalten, oder? - Abg. Röwekamp [CDU]: Über Kitt reden wir auch nicht!)

Wie kann es angehen, dass man nicht vernünftig und in diesem Zusammenhang dann möglicherweise von der Senatorin für Finanzen oder von Immobilien Bremen so mit dem Denkmalschutz verhandelt, dass man die Grenzen des Denkmalschutzes auch tatsächlich austariert?

(Beifall bei der CDU)

Zu Herrn Rupp will ich nur kurz eine Frage stellen! Ich wundere mich schon sehr, dass Sie diese Linie, die Sie hier verfolgen, jetzt einschlagen. Da drängt sich mir doch der Verdacht auf, dass Sie sich bei Rot-Grün einschmeicheln wollen. Ich weiß zwar nicht wofür, aber immerhin besteht diese Möglichkeit.

(Zuruf von der SPD)

Ja, Sie haben es ja abgelehnt, aber das muss ja nicht für Herrn Rupp gelten!

Frau Kummer, Sie haben auch die Frage nach der Dienstaufsicht aufgeworfen. Können Sie mir die denn hier erklären und beantworten? Wer hat denn nun die Dienstaufsicht wahrgenommen?

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Was soll denn diese Schulmeisterei?)

Hat der Senator für Inneres tatsächlich nicht nur das Standesamt fordern lassen, sondern hat er

* Vom Redner nicht überprüft.

sich auch selbst in die Forderungsliste eingemischt, die er aufgestellt hat, oder hat er das an sich vorbeilaufen lassen? Das wäre ein klarer Verstoß gegen die Dienstaufsicht.

Im Übrigen, unser Antrag heute ist nicht scheinheilig, wie Sie so einfach behaupten, sondern Sie sollten aus den Medien entnommen haben, dass das im Sinne und im Interesse vieler Bürger ist. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hatte es angedroht, ich darf jetzt noch auf den Beitrag vom Kollegen Hinners eingehen! Bei den Gesprächen zwischen dem Standesamt beziehungsweise dem Senator für Inneres in seinem Ressort, dem Verwaltungsleiter und Immobilien Bremen war ich mit Sicherheit nicht dabei, aber klar ist, dass dies Gespräche sind, die gleichberechtigt geführt werden. Es ist doch nicht so, dass da einer den Hut aufhat und der andere ihm folgt, sondern es sind zwei Gesprächs- und Verhandlungspartner, die sich einigen müssen, und auf der Grundlage von 5,4 Millionen Euro Berechnung hatte es ja begonnen.

Das ist doch so, dass es Verhandlungen und Gespräche gab, in denen tatsächlich eine Summe von 500 000 oder 700 000 Euro als Einsparvolumen identifiziert worden ist, und zwar mehr oder weniger einvernehmlich. Dann hat aber der Senator für Inneres gesagt, dann bin ich bei 4,7 Millionen Euro, die Differenz zwischen dem, was mir meine Leute ausrechnen beziehungsweise auch Immobilien Bremen bei einer Wirtschaftlichkeitsberechnung gegenüber einer Mietlösung, ist immer noch zwei Millionen Euro. Da finde ich es ganz verantwortungsvoll, wenn der Senator für Inneres dann die Entscheidung fällt und sagt, mit der Herabsenkung des Niveaus komme ich vielleicht ein Stück weit, aber nicht weit genug.

Dann ist die Entscheidung gefallen, die wir dann mehrheitlich - ohne Sie, ja! - im Haushaltsausschuss getroffen haben, dass wir nämlich sagen, wenn man die Wirtschaftlichkeit allein betrachtet, ist es besser, eine Mietlösung zu machen. Danach hat es noch einmal die Diskussion über die Bedeutung gegeben, vielleicht auch über die emotionale Bedeutung des Standesamts an dieser Stelle in diesem Gebäude für viele Bremerinnen und Bremer. Das ist ja legitim. Der eine oder andere sagt, das hätten wir uns vielleicht vorher

überlegen müssen. Ich bin nach wie vor als Haushälter eher der Meinung, dass man sich natürlich einer nüchternen Analyse stellt und das erst einmal wirtschaftlich vergleicht. Ich muss aber natürlich akzeptieren, dass es auch andere Überlegungen gibt, die sich an dem Haus festmachen, an der Atmosphäre, an den Traditionen, an dem, was man selbst dort erlebt hat. Das ist ja legitim.

Deswegen hat der Senat gesagt: Der Haushaltsausschuss hat beschlossen, aber wir setzen das nicht gleich um, sondern machen noch einmal eine Ehrenrunde in der Diskussion. So, und jetzt beginnt das, was vor einem Jahr unterbrochen worden ist, dass nämlich auf Grundlage dieser sehr ordentlichen und sachgemäßen Berechnungen noch einmal Nutzeranforderungen und so weiter abgeglichen werden. Ich sage Ihnen, auch der Denkmalschützer ist nur ein Mensch. Er ist auch nicht unbeeindruckt von öffentlichen Diskussionen und von dem Versuch, doch auf jeden Fall dort in der Hollerallee zu bleiben. Das ist doch völlig klar, dass das auch so ist. Deswegen glaube ich, dass wir irgendwann demnächst eine Zahl bekommen werden, die irgendwo zwischen vier, 4,5 oder 4,7 Millionen Euro liegen wird. Ich bin sicher, dass es nicht billiger geht, weil das auch Unsinn wäre, denn wir wollen gerade dieses Haus und seine besondere Bedeutung erhalten, also kann man keine Billiglösung machen.

Dann wird der Senat und wir als Parlament entscheiden müssen: Wollen wir eine Lösung, die nicht die wirtschaftlichste ist, aber eine Sanierung an diesem Standort mit all den positiven Dingen, die wir damit verbinden, oder sagen wir einfach, nein, wir machen die wirtschaftliche Lösung? Das ist das, was wir beschließen müssen auf der Grundlage von neuen Verhandlungen und neuen Berechnungen. Da sage ich ganz einfach, wenn jemand den alten Vorschlag aufheben will, den wir als Haushaltsausschuss beschlossen haben, dann muss er mit einem Vorschlag, mit einer Berechnung, mit verlässlichen Analysen kommen und sagen, jawohl, wir geben wegen der besonderen Bedeutung dieses Hauses mehr Geld aus, als wir es möglicherweise tun würden, wenn wir an die Weser gehen. Was ich auch nicht schlecht finde, das muss ich ganz ehrlich sagen. Ich als Person, das sage ich jetzt einmal ganz einschränkend dazu, weil es da auch bei uns sehr verschiedene Meinungen gibt.

Das ist aber eine Abwägungsfrage, die dann erst einmal der Senat treffen muss, der das Verfahren aufgehalten hat, und dann wir. Für diesen Entscheidungsprozess, Herr Hinners und Herr Dr. Buhlert, bringen uns Ihre beiden Anträge gar nicht weiter. Deswegen lehnen wir sie ab! - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir ist bewusst, welche hohe Bedeutung öffentliches Bauen und die Frage, wie der Staat mit seinen Immobilien umgeht, für die Beurteilung der Politik des Senats hat. Das ist der Klassiker, Umgang mit Immobilien, und das ist er meiner Meinung nach auch zurecht, nicht nur weil er sich für eine öffentliche Betrachtung besser eignet als komplizierte Verwaltungsstrukturen, sondern auch, weil man daran schon auch sehen kann, wie der Staat mit seinen Immobilien umgeht: Wie kostenbewusst und nachhaltig sind wir, wie sehr haben wir angenommen, dass wir eine Vorbildfunktion haben, und wie sehr haben wir es geschafft, die Verwaltung darauf auszurichten, dass sie einen Dienstleistungsauftrag hat? Insofern will ich hier sagen, dass der Senat in dieser Legislaturperiode, was das öffentliche Immobilienwesen - -.

Ich möchte Sie bitten, mir auch einen Moment zuzuhören, damit ich das hier darstellen kann. Ich hatte bisher wenig Gelegenheit, einmal einen Gesamtüberblick über das zu geben, was passiert. Insofern hat der Senat viel verändert, und ich habe großes Interesse daran, dass wir weiterhin sensibel und aufnahmebereit für die Fragen sind: Wo gibt es eigentlich Schwachstellen im Prozess, was können wir noch besser machen? Allerdings bitte ich Sie auch darum, wenn Sie zusammen mit uns dafür sorgen wollen, dass Dinge besser werden, dass das dann auch faktenbasiert und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber fair sein muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Neuordnung des Liegenschaftswesens und die Sicherstellung der Sanierung unserer Gebäude, die aufgrund jahrelangen kurzsichtigen Sparens beim Bauunterhalt in der Tat zum Teil in einem doch erbärmlichen Zustand sind, sind einer der Schwerpunkte des Handelns des Senats in dieser Legislaturperiode. Wir haben mittlerweile einen großen Teil der Umbaumaßnahmen, die wir uns vorgenommen haben, erreicht, wenn auch nicht alle und obwohl auch manches langsamer oder schwieriger vonstatten gegangen ist, als wir das erhofft haben. Wir haben GBI und GTM zusammengeführt, die Personaleinsparungen sind eingehalten worden. In dem Zeitraum 2009 bis 2011 wird Immobilien Bremen seinen Personalaufwand, bereinigt um die bereits erfolgten und für

das Jahr 2011 eingeplanten Tarifsteigerungen, um immerhin 700 000 Euro reduzieren.

Die im Wirtschaftsplan 2010 eingeplante Null ist erreicht worden. Die Zusammenführung an einem Standort spart auch immerhin jährlich 250 000 Euro. Auch die Finanzierung der Mitarbeiter des Bundesbaus haben wir durch erfolgreiche Verhandlungen mit dem Bund für die Zukunft gesichert. Mit der Einführung der Echtmieten, der Richtlinie für Flächenstandards und den Baustandards - alles Vorhaben, die jahrelang nicht vorangekommen waren - haben wir das Kostenbewusstsein für unsere Gebäude und Flächen erheblich verbessert und die Voraussetzung für einen sparsameren Umgang mit diesen Ressourcen geschaffen.

Durch die Abschaffung der Kostenmieten und die jetzt eingeführte Finanzierung der Gebäudesanierung durch Haushaltszuschüsse statt Kreditaufnahmen im Sondervermögen ist die zukünftige Finanzierung der Gebäudesanierung nicht nur gesichert, sondern auch transparent ausgestaltet. Neubauten mit all ihren Planungen müssen durch die Gremien, sind investiv zu veranschlagen und können nicht nebenbei über Vorverpflichtungen für die Zukunft - nichts anderes waren die Kostenmieten - in Gang gesetzt werden. Während nach dem bisherigen System die Gelder für Sanierung und laufenden Bauunterhalt durch Tilgungsverpflichtungen aufgezehrt worden wären, ist durch den Haushaltszuschuss sichergestellt, dass wir auch in Zukunft jährliche Sanierungsprogramme von 25 bis 30 Millionen Euro gewährleisten können und die laufende Bauunterhaltung stabil bleibt.

Bei der Eigenreinigung haben wir eine Einigung mit den Tarifpartnern erreicht - das haben wir heute der Öffentlichkeit vorgestellt -, die uns niemand zugetraut hätte. Darüber haben wir uns hier schon mehrfach heftig gestritten. Da habe ich gedacht, Herr Dr. Schrörs, dass Sie uns vielleicht zu diesem Verhandlungserfolg, den wir da erzielt haben, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch einmal gratulieren könnten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch beim zentralen Einkauf erzielen wir erhebliche Einsparungen, zuletzt bei den Ökofernkopier- und Multifunktionsgeräten von immerhin 1,6 Millionen Euro.

Nun zur Frage der Steuerung von Immobilien Bremen: Es wurde von der CDU die Kritik geäußert, dass wir diese Anstalt des öffentlichen

Rechts nicht ausreichend kontrollieren. Zunächst einmal haben wir überhaupt erst eine echte Steuerung eingeführt. Während in der Vergangenheit ein bis zwei stark engagierte Mitarbeiter meines Ressorts für das gesamte Liegenschaftswesen zuständig waren, haben wir mit dem neuen Referat 26 auch baufachlichen Sachverstand einbezogen und ein neues dezentrales Beteiligungsmanagement für die betriebswirtschaftliche Steuerung von Immobilien Bremen eingeführt.

(Abg. Hinners [CDU]: Seit wann?)

Die Umsetzung des Konjunkturprogramms II war das Gesellenstück für alle Beteiligten, und das kann man und muss man hier auch einmal sagen. Auch Vorredner haben es schon erwähnt, aber ich will es auch noch einmal sagen, eine Meisterleistung ist dabei herausgekommen. Alle Maßnahmen sind pünktlich durchgeführt worden, der gesamte Kostenrahmen ist eingehalten worden, wir sind bundesweit die Ersten, die so gut wie fertig sind. Natürlich hat es dabei auch in einzelnen Fällen Veränderungen der Kosten gegeben. Das war auch kein Wunder, denn wir mussten innerhalb von wenigen Wochen ein Programm mit einem hohen zweistelligen Millionenbetrag auf die Beine stellen. Da konnten wir nur auf das an Planung zurückgreifen, was vorhanden war. Natürlich haben sich bei einzelnen Maßnahmen auch verdeckte Mängel gezeigt, sodass wir anpassen mussten. Vieles ist aber auch aufgrund der erfolgreichen Vergaben billiger geworden, und so ist durch ein erfolgreiches Management bei Immobilien Bremen und in meinem Haus der Gesamtrahmen des Konjunkturprogramms eingehalten worden. Fragen Sie einmal die Handwerkskammer dazu, auch zu den Vergabeverfahren und zur Berücksichtigung von Unternehmen aus Bremen und im Umland, da werden Sie viel Lob hören!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wie aber erfolgt nun die Steuerung von Immobilien insgesamt? Es gibt einen klaren Geschäftsbesorgungsvertrag. Es gibt klare Standards, Hochbaustandards, und es gibt Richtlinien. Die Richtlinie Bau wird bereits angewandt - Herr Dr. Kuhn hat das schon erwähnt - und steht kurz vor der formalen Verabschiedung. Mein Ressort erhält regelmäßig Statusberichte, die Entscheidungsunterlage Bau und die Entwurfsunterlage Bau von Projekten werden geprüft. Staatsrat Mützelburg, die aufsichtführenden Referate und die Geschäftsführung von Immobilien Bremen haben regelmäßige Reportingtermine, und die Gesamtaufsicht erfolgt durch einen Verwaltungsrat, dem alle maßgeblichen Nutzerressorts angehören.

Dort, wo Dinge nicht klappen - das kommt natürlich einmal vor - oder zu lange dauern, greifen wir selbstverständlich ein. Deshalb haben wir unter anderem auch die schwierige Entscheidung getroffen, uns von einem Geschäftsführer zu trennen. Das ist aber kein Zeichen mangelnder Steuerung, sondern der Beweis dafür, dass wir bereit sind, zur Not auch unbequeme Entscheidungen zu treffen. Soweit die Frage, wie wird Immobilien Bremen gesteuert. Dann schauen Sie sich das einmal an, was wir vorgefunden haben und wo wir heute sind. Dann kann ich es eigentlich überhaupt nicht mehr verstehen, was hier von dieser Seite des Hauses so kommt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

So, und jetzt will ich auch noch etwas zum Standesamt sagen. All das zeigt aus meiner Sicht, dass die hier gemachten Vorwürfe ins Leere gehen, dass wir aber trotzdem schauen müssen, was am Verfahren verbessert werden kann. Ich werde aber nicht zulassen, dass diese Diskussion aus politischen Motiven auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Immobilien Bremen oder meines Hauses ausgetragen wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das Standesamt ist ein Gebäude - das haben wir vielleicht in der Tat unterschätzt, ich würde das jedenfalls für meine Person sagen -, das die Bremerinnen und Bremer lieben, das aber aufgrund einer schier endlosen Geschichte aufgeschobener Sanierungen in einem erbärmlichen Zustand ist. Dieses Gebäude einerseits möglichst als Standesamt zu erhalten, andererseits dabei auch die Wirtschaftlichkeit im Blick zu haben, ist nun einmal mehr als eine Herausforderung. Über die Sanierung des Standesamts wird seit einem Jahrzehnt gesprochen. Immer wieder wurde darüber gesprochen, aber es fehlte das Geld, der Mut und die Umsetzungskraft. Im Jahr 2008 kam dann das Konjunkturprogramm wie Manna vom Himmel, und nun sollte endlich auch das Standesamt saniert werden.

Als sich dann herausstellte, dass dies aus dem Konjunkturprogramm aus rechtlichen Gründen nicht gehen würde, haben wir es in das Gebäudesanierungsprogramm aufgenommen, in dem wegen der entlastenden Effekte des Konjunkturprogramms Luft war. Neu geplant werden konnte aufgrund des hohen Zeitdrucks dafür nicht. Deshalb wurde die damals nur geschätzte Summe von 2,5 Millionen Euro in das Programm aufgenommen, aber - und das gerät immer wieder in

Vergessenheit - mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass die Planung und Kostenberechnung aus dem Jahr 2002 angepasst werden muss. Fairerweise ist das hier heute auch mehrfach genannt worden. Deshalb wurde dann im Jahr 2009 eine genauere Planung vorgenommen, die dann zu der Ihnen bekannten Kostenberechnung geführt hat.

Schon die Eins-zu-eins-Sanierung war zu dem damaligen Preis zu dem Zeitpunkt nicht mehr zu bekommen, da sich bei der genaueren Prüfung der Schäden bei den unterirdischen Leitungen, ein Hohlraum unter dem Gebäude und anderes mehr herausgestellt haben. Da sich auch durch die Konkretisierung der Planungen innerhalb des Gebäudes, die vorher nur pauschal geschätzt worden waren, geänderte Nutzungsanforderungen mit direkten und indirekten Kostenfolgen ergaben, stiegen die Kosten soweit an, dass die Sanierung nicht mehr machbar erschien. Grund dafür war auch - ich habe das in der Fragestunde bereits erläutert -, dass durch die Nutzungsänderungen der Bestandsschutz entfallen würde und höhere Anforderungen und damit auch Kosten damit verbunden wären.

Nun zu der Frage, ob falsch oder überteuert geplant wurde. Dass die Kosten für das, was geplant werden sollte, nämlich die umfassende Sanierung und die Umsetzung der Nutzungsanforderungen, so hoch sind, wie von den von Immobilien Bremen beauftragten Architekten berechnet, bezweifelt meines Erachtens niemand der Beteiligten. Auch nicht nach den gemeinsamen Gesprächen, die stattgefunden haben. Es gibt eine Diskussion darüber, ob die Nutzungsanforderungen geändert werden können, um es günstiger zu machen, und ob weniger saniert werden kann, man also den vorgesehenen Sanierungsumfang verringert. Das ist die Frage. Von Planungsfehlern oder gar mangelhafter Planung der beauftragten Architekten kann daher keine Rede sein.

Momentan gemeinsam geprüft wird daher, ob man bei den Nutzungsanforderungen solche Kompromisse machen kann, dass das Standesamt vernünftig arbeiten kann, aber gleichzeitig die Kosten minimiert werden. Überdies werden alle Positionen auch unter Begleitung der Architekten von Herrn Hübötter noch einmal durchgegangen, um zu prüfen, welche Maßnahmen wie viel Kosten nach sich ziehen und auf welche Maßnahmen gegebenenfalls verzichtet werden kann. Das kann man nicht für 2,5 oder auch 3 Millionen Euro machen. Auch darin sind sich meines Wissens inzwischen alle einig. Was am Ende dabei herauskommt und in jeder Hinsicht zu welchem Preis, werden wir in Kürze wissen.

Auch dann kann erst eine endgültige Entscheidung über den Standort des Standesamtes getroffen

werden. Lässt sich daraus aber nun ableiten, dass Immobilien Bremen falsch plant oder zu teuer ist? Zum einen haben wir auch in Absprache mit dem Rechnungshof schon vor eineinhalb Jahren, seit Beginn der Aufstellung des Gebäudesanierungsprogramms 2010, die Festlegung, dass nur solche Vorhaben in das Gebäudesanierungsprogramm aufgenommen werden, für die es eine Entscheidungsunterlage Bau gibt, nicht mehr nur die bloße Kostenannahme, auch das wurde schon erwähnt. Dort, wo es sie noch nicht gibt, dürfen nur die Planungskosten verbindlich in das Sanierungsprogramm aufgenommen werden.

Zum anderen ist es so und wird es auch so bleiben, dass öffentliches Bauen schärferen, auch so gewollten Anforderungen unterliegt. Es gibt eben keine Nachverhandlung oder das Aushandeln von Preisen. Es gibt keine Vergabe unter der Hand. Wir wollen gerade auch im Interesse des Handwerks eine Vergabe einzelner Gewerke und keine Generalunternehmervergabe mit Subunternehmen und allen damit zusammenhängenden Folgen. Wir haben Standards zur Barrierefreiheit, wir haben energetische Anforderungen, Anforderungen zum Denkmalschutz, die weiter gehen als für Private. Das ist nicht zum Nulltarif zu haben. Hier müssen wir auch längerfristiger denken als private Investoren, die ihre Gebäude nach der Erstellung vielfach auch weiter veräußern und sich daher nicht dieselben Gedanken über Betriebskosten und jährlichen Bauunterhalt machen müssen.

Last, not least: Es wird auch immer gern der Vorwurf erhoben, die Nebenkosten seien zu hoch. Zum einen ist zu unterscheiden zwischen Nebenkosten, die sich aus dem Bau im engeren Sinne ergeben. Das sind die Kosten für die planenden und bauenden Architekten und Ingenieure und für die diversen Gutachten, für die es ja im vorliegenden Fall aufgrund des Gebäudezustandes besonderen Anlass gab. Das sind Nebenkosten, die auch jedem verantwortlich handelnden Privatmann entstehen würden.

Davon zu trennen ist die Bauherrenfunktion, die der Privatmann oder die Privatfirma als Eigenkosten natürlich gar nicht ausweisen muss. Solange wir Hochbauämter hatten, die nicht nach Projekten finanziert wurden, haben wir das natürlich auch nie ausgewiesen, und es war insofern auch nicht transparent, welche Kosten und Vorhaltekosten wir hatten.

Seit GBI und jetzt Immobilien Bremen werden die Bauherren- und Projektsteuerkosten bei Immobilien Bremen gemäß einer abgestimmten und kürzlich abgesenkten Preisliste, die sich an der HOAI orientiert, den Projekten zugeordnet. Die Nebenkosten werden nach HOAI berechnet. Die Immo-

bilien-Bremen-Kosten machen dabei bei unserem Standesamtprojekt 331 000 Euro von den insgesamt knapp 1,4 Millionen Euro aus. Zukünftig werden wir uns bemühen, dies gesondert auszuweisen, damit hier nicht immer wieder Missverständnisse entstehen. Überdies hat sich der Verwaltungsrat von Immobilien Bremen schon gleich zu Beginn seiner Arbeit mit dieser Frage befasst. Im Vergleich zu anderen Bundesländern liegen die Preise der Immobilien Bremen für öffentliche Bauleistungen leicht unter dem Durchschnitt.

Dennoch bleibt natürlich unser Ziel, so viel wie möglich zu möglichst geringen Preisen intern und extern zu bauen. Das ist auch im Interesse von Immobilien Bremen, die mit das größte Interesse daran haben, in- und extern als guter und kostenbewusster Dienstleister wahrgenommen zu werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraf 51 Absatz 7 der Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Gruppe der FDP mit der Drucksachen-Nummer 17/689 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und Woltemath [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/682 S seine Zustimmung

geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und Abg. Woltemath [parteilos])
Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 13
vom 18. Januar 2011
(Drucksache 17/686 S)**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Petition S 17/319 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP
und Woltemath [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, wir sind somit am Ende der Sitzung angekommen. Ich schließe die Stadtbürgerschaft und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

(Schluss der Sitzung 18.05 Uhr)